autonomes Blättchen

#44 März - Mai 21

autonomes
Blättchen

Impressum:

Nr. 44 März-Mai 21
E-Mail: autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:
1. Juni, 1. September,1. Dezember, 1. März

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage(s):
autonomesblaettchen.noblogs.org
autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepages schicken.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia ist auch im "Darknet" erreichbar (nur über den Tor-Browser)

https://de.indymedia.org
indy: **http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/**
derzeitige Indy-Spiegel unbekannter Herkunft:
leftspace: **http://zf2r4nfwx66apco4.onion**
ompf: **http://mphvik4btkr2qknt.onion/**
ompfll: **http://raxuatgmxdvnp4no.onion/**

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen !!! Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Es geht um Leben und Tod Dimitris Koufontinas 4
Auto von Markus Hartmann angezündet 5
Wissenswertes über Erlangen 5
Gedenktag zum Widerstand gegen den Faschismus 6
Antifa-Kampagne gestartet 6
Konstanz: Südkurier-Fassade beschmiert 7
Warum der „Revolutionäre Zorn" uns zornig macht 8
Und dazwischen nichts 9
(B) Was in der Stadt brennt (STRABAG), kann den Danni nicht roden 10
No-Covid, Zero-Covid, ...? 11
Impfstoff-Apartheid statt Aussetzung der Patentrechte 12
Contra #Zero Covid 13
Alle Räder stehen still? 15
Corona besiegen? 17
Schnelltests & Mutanten 19
Corona Riots in den Niederlanden: 20
Bremen: Jobcenter angekokelt 23
Zu den jüngsten Ausschreitungen in Spanien 23
Aufstände mit Unterbrechungen? 23
Einordnung der Angriffe des türkischen Faschismus
auf die befreiten Gebiete Kurdistans 29
CommemorAction 32
Wir haben das mörderische Abschiebesystem angegriffen 33
Keine Ruhe nach dem Schuss! 34
Die Tyrannei der Flexibilität 35
Rache für die zwei vom Jamnitzer! 39
DNA-Beschluss wegen Hausfriedensbruch? 39
Update: Zum §129 Verfahren in Berlin//Athen 41
Militante Kampagnen gegen Knäste 42
Getroffen sind Einige - Akten für Alle! 47
Die Zeit umdrehen! 47
Subversiv & unkontrollierbar! 50
Rigaer94: Was kostet die Drecksbude eigentlich? 52
Räumungsankündigung für die Meuterei 53
Interview mit einigen Menschen der Liebig34 53
Gegen diese patriarchalen Zustände! 57
Kronstadt Kongress 2021 59

Editorial

Puhh,

so langsam nervt auch uns der Lockdown. Stundenlanges Treffen bei Minusgraden. Ob diese Ausgabe trotzdem euer Herz erwärmt oder die Wut über die Verhältnisse die klammen Finger beweglich werden lässt? Ach, es sind sicher schon wieder 25 Grad im Schatten, wenn ihr dies lest; längst vergessen sind Eis und Schnee - und die Treffen im Iglu.

Zunächst: Beim Fertigstellen dieser Ausgabe befindet sich in Griechenland der Revolutionär und Antifaschist Dimitris Koufontinas noch immer im Hungerstreik für erträgliche Knastbedingungen. Er kann jeden Moment sterben, weil die rechte Regierung nicht bereit ist, nachzugeben. Er sagt selbst, er wolle nicht sterben aber er wird nicht aufhören bis zum Schluss für ein Leben in Würde zu kämpfen. Wir wünschen ihm viel Kraft und schicken ihm unsere Solidarität, auch wenn wir wissen, dass er zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Ausgabe bereits im Kampf gestorben sein wird, oder seine Rechte gegenüber dem Staat durchsetzen konnte.

Der Kampf des „17. November", der Gruppe, mit der er gekämpft hatte, war nicht immer auf der politischen Linie, der wir zugehörig sind. Aber sie haben auch einen antifaschistischen Kampf geführt, der seine Legitimität und Wichtigkeit nie verloren hat.

Wer mehr über Dimitris Koufontinas wissen möchte, dem empfehlen wir das Buch „Geboren am 17. November" das er im Knast geschrieben hat. Auch ansonsten halten wir es für sehr lesenswert, weil es wenige biographische Zeugnisse des revolutionären bewaffneten Kampfes in Europa gibt, die so offen, spannend und selbstkritisch erzählt sind. Wir haben großen Respekt vor dem Kampf des Genossen!

Wir finden, es ist eine echt interessante Ausgabe geworden. Es gibt ein Menge Aktionserklärungen, längere Einschätzungen und Analysen (z.B. zu den Corona-Riots in den Niederlanden und eine kritische Auseinandersetzung zur Solidarität mit dem Rapper Pau Rivadulla Duró (Alias Pablo Hasél), sowie mal wieder eine Buchempfehlung. Also ist sowohl was für die kurze Klositzung als auch für den längeren Sofaaufenthalt dabei.

Besonders erwähnen wollen wir 2 Aktionserklärungen und ihre Hintergründe, weil wir die Aktionen gut und wichtig und die Hintergründe krass finden. Zum Einen gab es Aktionen in Nürnberg weil dort am 02. Februar zwei Menschen zu 14 Monaten Haft sowie zu 10 Monaten auf 3 Jahre Bewährung verurteilt wurden. Die absurde Urteilsbegründung: Die beiden sollen im Sommer 2019 Polizist_innen am Jamnitzer Platz angeschrien haben. Dadurch soll sich ein Bulle bedroht gefühlt haben. Deswegen stecken sie einen 14 Monate in den Knast! Wir finden das ist eine neue Stufe der Repression und es bräuchte mehr Antworten von unserer Seite. Wenn einen schon das Anschreien von Bullen über ein Jahr in den Knast bringen kann, wird deutlich, wie totalitär die Verhältnisse, die einem hinter der bürgerlichen Fassade von Konsum und der Freiheit nur erlauben zu verblöden, geworden sind.

Die Andere Aktion die wir sehr wichtig finden, ist der Anschlag auf das Auto des Nazis Markus Hartmann. Hartmann hat zusammen mit Stefan Ernst den Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke erschossen, wurde aber vom Gericht laufen gelassen. Wir halten grundsätzlich nichts von Bestrafen, aber es ist klar, dass hier selbst mit mordenden Nazis anders umgegangen wird, als mit linken Aktivist_innen. Die Aktion gegen das Auto ist der Versuch Hartmann zur Verantwortung zu ziehen. Das war bitter nötig. Natürlich steht das Anzünden eines Autos nicht im Verhältnis zu seinen Naziaktivitäten. Es scheint auf erschreckende Weise harmlos, das Auto eines militanten Nazis zu zerstören und ihn selbst unbeschadet zu lassen. Aber dass Leute überhaupt diese Aktion gemacht haben, hat uns sehr gefreut! Es war schwer auszuhalten, dieses Schwein feixend durch die Gegend spazieren zu sehen. Die kurze Erklärung der Antifaschist_innen finden wir voll und ganz richtig, weil sie klar macht dass es gilt, sich für eine Seite zu entscheiden, und danach zu handeln.

Ansonsten grüßen wir die Rigaer 94 in Berlin und hoffen, dass genügend Aktionen und politischer Druck entstehen, dass der Senat sich nicht traut, das Haus räumen zu lassen. Die Rigaer ist eines der wenigen verbliebenen „linken" Hausprojekte die sich nicht haben befrieden lassen. Als revolutionäre Anarchist_innen und Autonome brauchen wir solche Räume - im Widerstand gegen Gentrifizierung sind sie unersetzlich.

Da in vielen Bundesländern noch die Zentren und Buchläden geschlossen haben ist es uns ein Anliegen, dass ihr selbst die Zeitungen an Freund_innen, WGs etc. weiterverteilt. Vielleicht findet das Autonome Blättchen dadurch ja auch neue Leser_innen, was schön wäre. Spenden brauchen wir natürlich auch dringend, weil es ja immer noch keine Solipartys gibt und das Bier nur privat und zum reinen Vergnügen getrunken wird - anstatt zur Unterstützung des Blättchens.

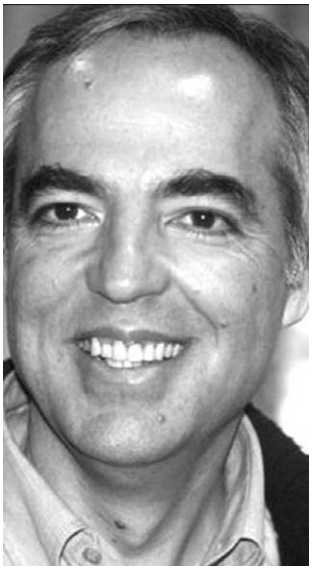
Wenn für jedes Exemplar des Autonomes Blättchens nur 1,50 Euro gespendet würde, könnte das Projekt sich finanziell über Wasser halten. Das ist nicht viel, oder?

Wir wünschen uns für die nächsten Ausgaben Texte, die sich strategisch mit den Herausforderungen der Klimakämpfe beschäftigen. Vielleicht habt ihr welche, die irgendwo verstauben oder habt Lust, neue zu schreiben?

Lasst euch nicht klein kriegen, *euer Blättchen-Kollektiv*

Es geht um Leben und Tod Dimitris Koufontinas

Athen: Abend für Abend demonstrieren Tausende für den Revolutionär



Seit dem 22. Februar verweigert Dimitris Koufontinas nicht nur die Nahrungsaufnahme, sondern auch die Aufnahme von Flüssigkeit, was in den nächsten Tagen zu seinem Tod führen wird. Sein gesundheitlicher Zustand ist äußerst kritisch.(Nierenversagen und Wiederbelebung am 5.3.)

Koufontinas verbüßt eine Haftstrafe von elfmal lebenslänglich, weil er Mitglied war in der von 1975 bis 2002 in Griechenland aktiven revolutionären Organisation »17. November«. Nach einem missglückten Anschlag der Gruppe wurden 2002 zahlreiche Mitglieder der Organisation verhaftet. Um diese zu schützen, stellte sich Koufontinas freiwillig der Polizei und übernahm die politische Verantwortung für die Taten von »17. November«. Gegenüber der Polizei und dem Staat machte er nie Aussagen zu weiteren Beschuldigten. Dies brachte ihm Anerkennung auch weit über die revolutionären Kreise Griechenlands hinaus.

Die linke Syzria-Regierung ermöglichte Koufontinas 2018 die Überstellung aus einem extra für »Terroristen« ausgebauten Gefängnis in Athen in ein sogenanntes ländliches Gefängnis, in dem weitaus bessere Haftbedingungen herrschen. Doch der jetzige griechische Premierminister und Vorsitzende der konservativen Partei Nea Dimokratia, Kyriakos Mitsotakis, hatte vor den Wahlen 2019 versprochen, diese Lockerungen speziell für Koufontinas zurückzunehmen. Er hielt Wort.

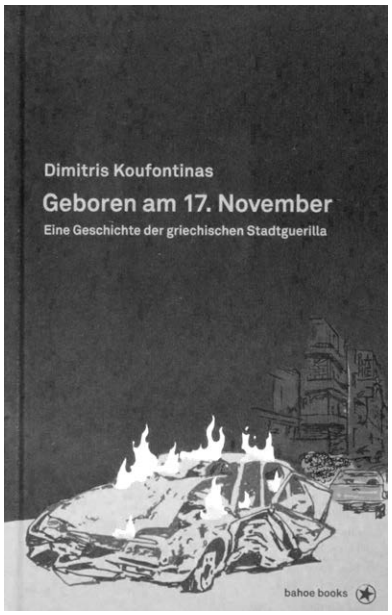
Das entsprechende Gesetz wurde im Dezember 2020 erlassen. In der Parlamentsdebatte wurde ersichtlich, dass das Gesetz ausschließlich wegen Koufontinas geschrieben wurde. Es sieht vor, dass Gefangene, die wegen »terroristischer« Straftaten verurteilt wurden, keine Hafterleichterungen genießen dürfen. Deren Inhaftierung in einem »ländlichen Gefängnis« schließt es ausdrücklich aus.

Umgehend wurde Koufontinas wieder in ein Hochsicherheitsgefängnis überstellt. Gegen diese Verlegung wehrte er sich erfolglos, wie seine Anwälte berichten. Mehrere Proteste, Eingaben und Anträge blieben von der Justiz schlicht unbeantwortet. Daher begann Koufontinas seinen Hungerstreik. Nach knapp drei Monaten ohne Essen liegt er nun seit zwei Wochen auf der Intensivstation des Gefängnisses, wo er mit dem Tod kämpft. Koufontinas verweigert jede Medikation und Zwangsernährung. Die behandelnden Ärzte beurteilen seinen Gesundheitszustand als äußerst kritisch und geben ihm nur noch ein oder zwei Tage Zeit, bis der Tod eintritt.

Im Hungerstreik sah der politische Gefangene Koufontinas die letzte und einzige Möglichkeit, seine Forderung durchzusetzen, wieder in ein »ländliches Gefängnis« verlegt zu werden. Er selbst äußerte sich letztmalig am 28. Februar entsprechend: »Ich möchte nicht sterben, aber ich möchte auch nicht behandelt werden wie menschlicher Müll«, so Koufontinas. Und er ergänzte: »Ich drohe nicht damit, mich selbst umzubringen. Aber solange sie«, gemeint waren Regierung und Justiz, »einer gerechten und legitimen Bitte nicht nachkommen, bleibt mir keine andere Wahl.«

Der Hungerstreik wird in Griechenland durch zahlreiche Kundgebungen und Aktionen linker Gruppen begleitet. Dabei geht die Polizei mit äußerster Härte gegen diese Proteste vor. Demonstrationen auf der Straße wurden und werden entweder gar nicht erst zugelassen oder von der Polizei mit äußerster Brutalität aufgelöst.

Auch in Deutschland kommt es zu Solidaritätsaktionen für Dimitris Koufontinas. So wurde das griechische Konsulat in Berlin kurzzeitig besetzt, und mehrere Hundert Menschen demonstrierten gegen die unmenschlichen Haftbedingungen des Gefangenen. Ebenfalls unterstützen Ärzte, Anwälte, Amnesty International sowie einzelne Mitglieder des Europäischen Parlaments, griechische Linksparteien, Künstler*innen und Intellektuelle Koufontinas. Auch in der Regierungspartei Nea Dimokratia werden erste Stimmen laut, die Forderung von Koufontinas zu erfüllen. Doch bislang ignorieren die Verantwortlichen in Politik und Justiz die Situation des Intensivpatienten und spielen weiter mit dessen Leben.



Auto von Markus Hartmann angezündet

Kurz vor der Urteilsverkündung im Mordfall Walter Lübcke

Dokumentation:

„wir haben am montag [25.01.21] zwischen 2 und 3 uhr morgens das auto von markus hartmann auf dem parkplatz in der falderbaumstrasse im industriegebiet kassel waldau angezündet. der siberne nissan mit magdeburger kennzeichen wurde dabei erfolgreich zerstört.

markus hartmann nutzte das auto seit seiner entlassung aus der untersuchungshaft. am donnerstag wird das urteil im prozess gegen stephan ernst und markus hartmann erwartet. vielleicht wandert hartmann direkt in den knast. vielleicht kann er das gericht als freier mann verlassen. ob dieser staat ihn schuldig spricht oder nicht spielt für uns keine rolle.

als 2014 viele schutzsuchende menschen nach deutschland fliehen mussten entschied sich markus hartmann auf der seite derer zu stehen die flüchtlingsheime anstecken und ausländer durch die straßen jagen. für uns zählt nicht ob hartmann selbst anwesend war als die schüsse auf lübcke fielen. für uns zählt nicht wie das urteil in frankfurt ausfällt. für uns zählt nur für welche seite sich markus hartmann entschieden hat.

markus hartmann hat mitgeschossen genau wie tausende von afd und pegida. und dafür muss er sich verantworten. das zerstörte auto ist dazu nur ein kleiner beitrag. keiner von euch soll auch nur eine einzige nacht ruhig schlafen können.

antifa heißt angriff“

anonym

Wissenswertes über Erlangen

zum 40. Jahrestag des Attentats auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke. Oder: Wieso wir heute die Lorleberg-Denkmäler angegriffen haben.

Dokumentation:

„Erlangen ist nicht nur Universitäts- und Siemensstadt, sondern auch die Stadt mit dem zweithöchsten Bruttoeinkommen pro Kopf in der BRD. Erlangen ist bürgerlich, beschaulich und aufgeräumt. Im Jahr 1982 widmete die Band „Foyer des Arts“ der Stadt das Lied „Wissenswertes über Erlangen“. Es gibt Dinge, die man in Erlangen für wissenswert hält, und andere, die man lieber unter den Teppich kehrt. Zu Letzteren gehören die Nazi-Vergangenheit und die Nazi-Gegenwart der Stadt.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, im März 1945, wurde auf Weisung Hitlers der Offizier Werner Lorleberg als Kampfkommandant und damit als oberster militärischer Befehlshaber der Stadt Erlangen eingesetzt. Als treuer Nazi sah sich Lorleberg seiner Aufgabe so sehr verpflichtet, dass er sich bist fast zuletzt weigerte, die Stadt kampflos den amerikanischen Truppen zu übergeben und dadurch womöglich Zivilist*innen vor dem Tod zu bewahren. Für ihn stand „die Verteidigung eines jeden Meters deutschen Bodens“ an erster Stelle, und zwar „bis zum letzten Ziegelstein und bis zum letzten Schuss“. Als die Alliierten jedoch bereits in das Randgebiet der Stadt vorgedrungen waren, ließ er sich vom damaligen Bürgermeister zu einer Kapitulation überreden. Und das hält man in Erlangen für äußerst wissenswert.

Dem „Bewahrer“ und „Retter“ der Stadt wurde ein Denkmal am Ort seines Todes gebaut, man bestattete ihn auf dem Ehrenfriedhof und benannte noch 1945 einen Platz in der Erlanger Innenstadt zum „Lorlebergplatz“ um. Alle Jahre wieder erweisen ihm hochrangige Politiker*innen die Ehre und gedenken seiner mit Blumenkränzen und rührseligen Reden. Dass er bis zu seinem Tod hochrangiger Nazi und Profiteur eines antisemitischen, rassistischen, zutiefst menschenverachtenden Systems war, wird dabei gerne übergangen. Die Erlanger*innen halten viel auf ihren Lieblings-Nazi: mit dem „Lorleberg“ und dem „Lorlebäck“ wurden gleich zwei Cafés nach ihm benannt.

Während man also in Erlangen das Nazi-Gedenken hochhält, wird derer kaum gedacht, die sich ein Leben lang gegen Antisemitismus und Nazismus einsetzten.

Der Erlanger Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke engagierten sich für den jüdisch-christlichen Dialog, unter anderem in der „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Franken“ und im „Antifaschistischen Aktionsbündnis Nürnberg“. Im Jahr 1980 wurden die beiden von der neonazistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ aus antisemitischen Motiven ermordet. Während Lewin schon frühzeitig vor der Organisation gewarnt hatte, war die Gefahr, die von der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ ausging, immer wieder von der bayerischen Landesregierung unter Franz-Josef Strauß relativiert worden.

Nach dem Doppelmord wurde in der Öffentlichkeit vor allem die Integrität der beiden Opfer infrage gestellt und ein Täter aus ihrem eigenen

sozialen Umfeld, insbesondere der jüdischen Gemeinde, vermutet. Es fand somit eine Täter-Opfer-Umkehr statt, wie sie später auch die Familien der NSU-Mordopfer erfahren mussten, und wie sie in der BRD scheinbar Tradition hat. Und noch eines haben die NSU-Morde und der Mord an Lewin und Poeschke gemeinsam: Von staatlicher Seite wurde und wird standhaft eine Einzeltäterthese postuliert, die vor dem Hintergrund alter und neuer Untersuchungsergebnisse nie haltbar war. Die „Wehrsportgruppe Hoffmann" agierte sowohl beim Oktoberfestattentat als auch beim Doppelmord an Poeschke und Lewin als Netzwerk, in das auch V-Leute verstrickt waren.

Doch davon will man in Erlangen lieber nichts wissen. Zwar wuchs Joachim Hermann als direkter Nachbar von Lewin und Poeschke auf, aber ein kritisches Gedenken der Tat steht nicht auf der Agenda der CSU. Bisher konnte sich der Stadtrat lediglich dazu durchringen, ein kleines Schild zur Erinnerung an das Paar am „Bürgermeistersteg" anzubringen (und das auch erst 2010). Einzig antifaschistische Zusammenschlüsse bemühen sich in Erlangen um eine kritische Auseinandersetzung mit den Hintergründen der Tat und um eine politische Gedenkpraxis.

In Erlangen, das wussten schon Foyer des Arts, „steh`n Vergangenheit und Gegenwart dicht beieinander". Nazis vorgestern, Nazis gestern, Nazis heute. Vor einigen Monaten wurden bei einem Mitglied der Erlanger Burschenschaft „Frankonia" mehrere Waffen gefunden. Der Student hatte außerdem über einen längeren Zeitraum historische Nazi-Utensilienim Internet verkauft und auf seinem Instagram-Kanal rechte Symbole veröffentlicht. Obwohl die starken personellen und weltanschaulichen Überschneidungen der „Frankonia" mit der rechtsextremen Szene immer schon bekannt sind, warb die Universität Erlangen noch vor einigen Jahren auf ihrer Homepage mit einem Link für die Burschenschaft. Nach wie vor werden in Erlangen Traditionslinien rechten Terrors verschleiert und die Gefahren rechter Netzwerke bewusst relativiert.

Heute ist der 40. Jahrestag des Attentats auf Shlomo Lewin und Frida Poeschke. Als Opfer rechter Gewalt werden die beiden unsichtbar gemacht, während man den Nazi Lorleberg feiert.

Daher haben wir den Jahrestag zum Anlass genommen, das Grab von Lorleberg auf dem Ehrenfriedhof und das Denkmal an der Thalermühle mit Farbe zu markieren. Bewusst haben wir den Zeitraum gewählt, in dem die „Initiative kritisches Gedenken" eine Kundgebung und Demonstration zum Jahrestag durchführte. Wir wollen aufmerksam machen auf die große Diskrepanz im Gedenken an Erlanger Persönlichkeiten und den ignoranten Umgang der Stadt mit ihrer Geschichte.

Keine Denkmäler für Nazis!
Keine Burschenschaften!
Keine CSU!

Für ein kritisches Gedenken an Shlomo Lewin und Frida Poeschke!"

anonym

Gedenktag zum Widerstand gegen den Faschismus

Der 12. Februar ist der Gedenktag zum Widerstand gegen den Faschismus. Aus diesem Grund haben wir, die Pankahyttn, in proletarischer Tradition unser Haus in der Johnstraße 45 geschmückt. Damit erinnern wir an das letzte Aufbegehren der ArbeiterInnenbewegung gegen den Faschismus, an die aufständischen RevolutionärInnen der Februarkämpfe 1934.

Wir weisen damit auch auf die faschistische Natur der ÖVP hin - heute beweisen die Regierungen Kurz, wie oft faschistische Konzepte und Praktiken angewendet werden. Das reicht von einer immer rassistischeren Migrations- und Flüchtlingspolitik, über eine rapide Entdemokratisierung bis hin zu Antifeminismus und immer ausufernderen Allmachtsansprüchen der wirtschaftlichen und politischen Eliten. Faschistische Kontinuitäten und Tendenzen sind in der kapitalistischen Gesellschaft allgegenwärtig.

Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem Kapital!

Antifa-Kampagne gestartet

antifascist action! - gegen rechte Krisenlösungen

Die Bundesrepublik taumelt durch die Corona-Pandemie in eine lange nicht dagewesene wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise. 2021 wird das Jahr sein, in dem verhandelt wird, wie es nach der Pandemie weitergeht und vor allem, wer die Lasten der Krise tragen wird. Ein Teil dieser Verhandlung sind die Landtagswahlen im Frühjahr, sowie die Bundestagswahl im Herbst – ein anderer Teil werden die betrieblichen und gesellschaftlichen Kämpfe, gänzlich abseits der Wahlen, sein.

Weil die Rechten weder Opposition noch Krisenlösung sind!

Nicht erst seit der „Querdenken-Bewegung" versucht sich die AfD als die Opposition zur „Merkeldiktatur" zu inszenieren. Dabei waren rechte Parteien nie Teil einer fortschrittlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme – und werden es auch nie sein!

Die Rechten instrumentalisieren unsere Sorgen, wie beispielsweise den drohenden Verlust des Arbeitsplatzes, das Bangen um einen Kitaplatz oder den Rausschmiss aus der Wohnung, für ihre strikte Law-and-Order Politik und ihre Hetze gegen Minderheiten. Mit einer vorgeblichen Abkehr vom neoliberalen Konzept macht sich die AfD zum vermeintlichen Anwalt der Lohnabhängigen. Doch erstens klafft eine gigantische Lücke zwischen den Wahlkampfforderungen, zu denen sich die Rechten durchringen können, und dem, was sie tatsächlich bereit wären, den Kapitalisten abzutrotzen oder „zuzumuten". Und zweitens ist bereits der Sozialstaat, den sie propagieren, mehr Spaltungsinstrument, denn Lösungsmodell. Mit Rassismus, Sexismus, Homophobie und Verachtung von Armen grenzen sie ein, wer einen Zugang zu diesem Sozialsystem verdiene und wer nicht. Damit hetzen sie diejenigen gegeneinander auf, die eigentlich ein gemeinsames Interesse haben: Die Verhältnisse zu Gunsten von uns allen zu verändern!

Verhältnisse, in denen Menschen die Butter auf dem Brot fehlt, während das absurde Vermögen einer kleinen Minderheit immer weiter wächst. Verhältnisse, die MinijobberInnen in der Krise ohne Hilfe im Regen stehen lassen, während Großkonzernen Milliarden zugeschanzt werden.

Eine gesellschaftliche Rechtsentwicklung – wie sie seit geraumer Zeit im Gange ist und wie sie im Zuge der aktuellen Krise weiter droht – steht für eine Verschärfung eben dieser kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse. Die AfD ist die Partei dieser Rechtsentwicklung. Deren einziger Akteur ist sie jedoch nicht. Neben faschistischen Terror-Zellen und rechten Straßenbewegungen findet sich auch eine Fraktion, mit aktuell wesentlich realistischeren Machtoptionen, innerhalb der bürgerlichen Parteien: Sollte mit Friedrich Merz ein rechter CDU'ler Finanzminisiter o.Ä. werden, bedeutet dies genauso eine Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche.

Es braucht uns alle!

Egal ob als Gruppe, alleine oder zusammen mit FreundInnen: Werdet Teil des dringend notwendigen Widerstands gegen diese Rechtsentwicklung! Ob abgerissene AfD-Plakate oder Solidarität mit betrieblichen Kämpfen gegen die Angriffe der Arbeitgeber – unser Widerstand wird umso stärker, je mehr Aspekte er miteinander vereint. Nur gemeinsam können wir es schaffen, den KrisenprofiteurInnen und ihren HelfershelferInnen als gesellschaftlich wahrnehmbare Kraft entgegenzutreten.

Lasst uns darum die hoffentlich zahlreichen Aktionen in dieser Kampagne zusammentragen. Schickt uns Aufrufe, Berichte, Bilder und Videos eurer eigenen Aktionen und Mobilisierungen!

Schaut nach Angeboten der Offenen Antifaschistischen Treffen (OATs) in euren Städten. Geht auf die Straße und stört rechte Wahlkampfauftritte. Entfernt rechte Wahlpropaganda. Teilt die Kampagne über eure Kanäle. Verteilt Flyer und stickert eure Stadt zu. Kurzum: Werdet antifaschistisch aktiv! . . . weil nur dagegen sein nicht ausreicht.

- Ihr wollt die Kampagne unterstützen und fragt euch noch wie?
- Ihr wollt Infomaterial von uns zugeschickt bekommen?
- Ihr habt Text-, Bild- und Videomaterial, dass ihr uns gerne zuschicken möchtet?
- Ihr wollt noch mehr über die Kampagne erfahren und mit uns in Austausch treten?

Dann schreibt uns eine Mail an: mail[ät]antifa-kampagne.info

https://antifa-kampagne.info/

Konstanz: Südkurier-Fassade beschmiert

Dokumentation:

„Nachdem der Südkurier der AfD eine Wahlwerbemöglichkeit darbietete und einige der AfD-Propaganda-Zeitschriften in Konstanz und Radolfzell mit der Ausgabe des 24. Februar 2021 der Printzeitung versandte, machten sich einige Antifaschist:innen heute Nacht auf den Weg, um dem Südkurier zu zeigen, dass rechte Hetze nicht unbeantwortet bleibt: Einige Farbbomben fanden ihren direkten Weg zur Fassade. Die Redaktion sollte das als erste Ermahnung wahrnehmen: Wir werden die widerliche Hetze, die in der AfD-Zeitschrift veröffentlicht wurde, sowie auch die rechtsideologische Agenda des Schmierblatts „Südkurier" nicht weiter unbeantwortet lassen, sondern werden direkt darauf reagieren. Es ist nicht das erste Mal, dass der Südkurier auffällig wird; das Verharmlosen der Querdenken-Proteste, bei denen man keine „eindeutigen Rechtsextremisten" gesehen haben will, oder die Verteufelung von legitimen antifaschistischem Protest sind dabei nur die Spitze des Eisbergs.

Im Zuge dessen rufen wir alle Antifaschist:innen auf sich uns anzuschließen eindeutig Stellung mit sämtlichen Aktionsformen gegen Rechts zu beziehen. Sei es auf der Straße, beim AfD-Stand oder sonstwo: Keinen Fußbreit den Faschisten!"

anonym

Warum der „Revolutionäre Zorn“ uns zornig macht

Die Interim 817 und später auch das Autonome Blättchen #43 bescherten uns mit einem Text unter dem Titel „Revolutionärer Zorn – R & Z , Nummer 1 , 2020“ einen Beitrag, der nicht unwidersprochen stehen bleiben kann.

In der Aufmachung lehnt sich diese Textreihe an die ursprünglich von den Revolutionären Zellen sechsmal herausgegebene Zeitung an. Im Gegensatz zur Radikal, die über die Jahrzehnte häufiger von unterschiedlichen Strömungen gekapert wurde, blieb der Zorn nach seiner letzten Nummer im Januar 1981 ohne Fortsetzung. Obwohl die Zeitung mit der Parole „Schafft revolutionäre Zellen!“ deutlich auf ein Copyright verzichtete, traute sich niemand mehr an diesen Namen heran, der eine danach unerreichte theoretische und praktische Entwicklung unter dieser Bezeichnung ausdrückte. Warum vierzig Jahre später sich neue Autor*innen in diese Kontinuität stellen, würde uns interessieren, aus den bisherigen Veröffentlichungen erschließt es sich nicht.

Stattdessen wird ein Narrativ bezüglich eines Vorfalls vom Mai 2020 verbreitet, der dem eigenen Anspruch des Vorwortes nicht gerecht wird, in dem die R & Z behaupten, sich „in die Tradition revolutionärer, anarchistischer und feministischer militanter und bewaffneter Stadtguerillagruppen in den Metropolen“ zu stellen. Dabei wird behauptet Diskussionen vorwärts zu bringen, sofern sie solidarisch geführt werden.

Überraschend jedoch wird im folgenden Beitrag mit der Überschrift „Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen“ eine Definition von „Antiautoritären Aktionen und deren Unterscheidung von faschistischen, konterrevolutionären Gruppen“ geliefert, die das Niveau von Bild, Welt und Co nicht übersteigt. Ausschließlich auf Presseberichten basierend verurteilt der neue Revolutionäre Zorn den Angriff auf ein ZDF Team am Rande einer Hygienedemo als eine Aktion von organisierten Faschisten.

Absurd ist der Weg zu diesem Fazit. Zuerst benutzen R & Z einen von jedem zeitlichen Kontext befreiten Abriss des RZ Textes „Beethoven gegen MacDonald“ um ihn mit dem NSU, einer verkürzten Abhandlung über Sinn und Zweck von Erklärungen, dem emanzipatorischen Charakter von Aktionen und der staatstragenden Linken zu vermischen. Von der psychologischen Kriegsführung des Bullenapparats sprechend, gehen sie genau dieser auf den Leim („Wäre nur ein minimal begründeter Rest von Verdacht für den Richter gegeben gewesen, hätte er, bei der Schwere der Tat, die Leute nicht gehen lassen.“)

Warum R & Z ausgerechnet aus „Beethoven gegen MacDonald“ zitieren um den Angriff auf das ZDF Team als faschistisch zu verurteilen, bleibt rätselhaft. In diesem Text finden sich auch Passagen, die der Analyse des neuen Revolutionären Zorns entgegen stehen, beispielsweise:

„Einzelne in ihrer Zielsetzung, Durch- und technischen Ausführung zweifelhafte Anschläge, die es z.T. im Zusammenhang mit Räumungen besetzter Häuser in Berlin gegeben hat, sind nicht in einem Zusammenhang mit der Anschlagsserie der Faschisten diskutierbar. Wer dies miteinander vermengt und politisch verwurstet, setzt sich nicht nur achtlos über die unterschiedlichen politischen Beweggründe hinweg.“

Schon alleine die Diskussion um die Motive und möglichen Täter*innen für den Angriff auf das ZDF Team aufzumachen entbehrt jeder Notwendigkeit. Und ohne jede Not hangeln sich R & Z an den Berichten von Bullen und Medien entlang, als wären sie selbst vor Ort gewesen. Sie geben vor zu Wissen wie das Kamerateam wirkte, die Secus waren keinesfalls rechts und auch nicht das Ziel, eine Verwechslung mit KenFM ausgeschlossen. Bewiesen durch das Ausbleiben eines Bekennerschreibens. Zum Glück erkennt der Revolutionäre Zorn des Jahres 2020 die Ansätze eines „tiefen Staates“, denn die Bullen haben die Faschisten bei der Aktion gedeckt.

Die Gedanken zum tiefen Staat sind grundsätzlich nachvollziehbar, nicht jedoch warum eine Auseinandersetzung am Rande eines komplexen Demonstrationsgeschehens mit dem Bombenterror von Faschisten verglichen werden muss. Der im Pamphlet produzierte Anspruch, als Revolutionär*innen die notwendige Spontanität beim simplen, handfesten Kampf um die Straße oder gar unter zukünftigen aufständischen Bedingungen zu unterbinden, ist zurückzuweisen. Mut zur Initiative ist die Voraussetzung bei Massenaktionen und diejenigen, die bereit dazu sind auch mal Fehler zu machen, brauchen dabei die Unterstützung der Szene und derjenigen, die mit dem Anspruch revolutionärer Politik das Wort erheben.

Unsere Kritik macht sich nicht daran fest, wer diesen Angriff ausgeführt hat. Für die militant ausgetragenen Konflikte in Berlin war die Interpretation der Motive dafür bedeutungslos. Interessanter finden wir es darüber nachzudenken, warum eigentlich Medienvertreter*innen und ihre Secus nicht aus dem antiautoritären Bereich angegriffen werden sollen.

Zum Thema Medien und Repression schrieb der Revolutionäre Zorn einst:

> *„Man sagt, das ist Repression – doch was ist Repression?*
> *Der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) Herold, bestellt regelmäßig die großen Nachrichtenagenturen, die Chefredakteure von Tageszeitungen und Magazinen, die Leiter von Rundfunk- und Fernsehanstalten zu sich. In den Sitzungen dieser kriminellen Vereinigung gegen das Volk wird die medienpolitische, psychologische Kriegsführung gegenüber allen gesellschaftlichen Bewegungen als Voraussetzung und Ergänzung polizeilich-militärischer Maßnahmen diskutiert, taktisch und strategisch abgestimmt. Die jeweilige Konzeption wird dabei auf den unterschiedlichen Leserkreis abgestimmt.“*
>
> Revolutionärer Zorn Nr. 2, Mai 1976

Gucken wir uns also die Geschädigten genauer an. Ein TV-Team vom ZDF. Ein Programm, was seit Jahren unablässig Reportagen zum Thema Linksextremismus sendet. Ein Sender, der uns pausenlos als kriminelles und terroristisches Feindbild anprangert. Ein Sender, der

Regierungspropaganda in Nachrichten verpackt. Uns in den Pausen mit Werbung vollpumpt und die übliche rassistische und sexistische Scheiße sprüht wie alle anderen bürgerlichen Medien auch.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Presse ganz überwiegend der Macht wohlgesonnen ist, geht die Argumentation von R & Z vollkommen an ihren selbst proklamierten Absichten vorbei.

> *„Denn wer Herrschaftsverhältnisse nicht angreift, erklärt sie dadurch praktisch für unangreifbar, egal, was er sich theoretisch dazu denkt. Folglich können die, die sie mit Erfolg angreifen, keine normalen Menschen sein."*
>
> Revolutionärer Zorn Nr. 3, Mai 1977

Aktionen und Publikationen der organisierten Linken stehen natürlich immer zur Debatte und auch namenlose größere Aktionen wie die erwähnten Anschläge auf die Bundeswehr können analysiert werden. Die Motive dafür, nach so langer Zeit einen Zwischenfall wieder aufzuwärmen, der für uns und selbst in der bürgerlichen Öffentlichkeit beinahe keine Bedeutung mehr hat, hinterlassen aber einfach nur Fragezeichen.

Nachdem Anfang der 90er Jahre eine RZ ihre Tätigkeit mit der Begründung einstellten, Feuer würde inzwischen mit Anschlägen der Nazis verbunden, ist im Jahr 2020 der Einsatz von – angeblichen – Eisenstangen ein faschistisches Indiz. Dieser Beitrag von R & Z ist der Spaltungsversuch, den sie selbst der Aktion zuschreiben. Eine inhaltliche Debatte auf dem Rücken besagter Auseinandersetzung mit dem ZDF und die daraus folgenden Spekulationen müssen aufhören.

anonym

Und dazwischen nichts

Eine Buchempfehlung

Das Buch von Mathieu Riboulet endet kompromisslos. „Wir mussten Schluss machen mit der Politik […], um ihn aufzuschieben, den Tod."

Es mag irritieren, ein Buch zu empfehlen, das so schließt, das auf diese Weise einen Lebensabschnitt beendet – und mit ihm die Hoffnung auf einen Kampf ums Ganze. Es stirbt die Hoffnung der Jugend, alles möge sich ändern. Es stirbt am Ende die Hoffnung, die Toten der Kämpfe seien nicht umsonst gestorben. Es bleibt die Wunde, dass sie es in der Hinsicht sind, dass ihr Kampf verloren ging. Es bleibt Enttäuschung. Aber es bleibt auch das Wissen von der Schönheit der Raserei, die das Erwachen des Politischen und der Sexualität auslösen kann. Ein historisches Wissen, sicherlich. Guck dich nur um, wie es in dieser Hinsicht heute aussieht... Um so wichtiger zu sehen, dass es einmal anders war, dass zu Leben bedeutete, lebendig zu sein, zu kämpfen, zu ficken und gefickt zu werden. Das gilt wörtlich; nicht in dem übertragenen sexistischen Sinne, wie „jemanden ficken" und „gefickt werden" heute benutzt werden. Selbstbewusst Ficken und Gefickt werden, die schwule Lust am männlichen Körper und die Lust, ihm Lust zu bereiten, waren mal Teil von Befreiung, waren Kampfmittel gegen Homophobie. Riboulet verwebt diesen lustvollen Kampf mit den in Frankreich, Italien und Deutschland vom Staat dahingemetzelten Revolutionär_innen der 70er Jahre. Sie bleiben Teil des Kampfes, sie werden zur eigenen subjektiven Geschichte und zu den ermordeten Gefährt_innen des Ich-Erzählers – obwohl er den bewaffneten Kampf nie führen wird, obwohl er nur die Toten kennt. Schwules sexuelles Erwachen und bewaffneter revolutionärer Kampf gehen in Und dazwischen nichts eine enge Verbindung ein. Ersteres findet rauschhaft statt, bis 1981 die AIDS-Epidemie alles verändert, beendet; Zweites nur als Sehnsucht nach Veränderung und als Erfahrung des Scheiterns. Die Klammer des Todes zeichnet sich bei beidem durch das, was dazwischen liegt: lebendig sein.

Der Roman Und dazwischen nichts ist kein neues Buch. Riboulet hat es vor fast 9 Jahren geschrieben, als er 52 war. Es ist schon lange erschienen. Ich habe es erst jetzt in die Finger bekommen und auf deutsch gelesen. Es ist auf französisch geschrieben worden. Es ist ein Buch über eine Jugend in den 1970ern. Es scheint mir nicht vorstellbar, dass es nicht auch die Geschichte von Riboulet ist. Ich weiß nichts über ihn, habe nichts im Netz recherchiert, nehme das Buch, wie es ist.

1960 in Frankreich geboren, mit 12 Jahren der erste tote Aufständische, ganz in der Nähe. 1972 wird das Jahr der Veränderung: Entdeckung der Sexualität, Entdeckung der toten Revolutionär_innen. Das Gefühl der Verbundenheit mit ihnen wird nicht denunziert. Pierre Overney, Ulrike Meinhof, Holger Meins und all die andern werden zu Kompliz_innen des eigenes Aufbegehrens. Der bewaffnete Kampf ist hier selbstverständlicher Teil der revolutionären Kämpfe und zugleich Projektionsfläche eines Jugendlichen, der das Gefühl hat, zu spät geboren worden zu sein; zu spät, um bewaffnet zu kämpfen und zu spät für die radikalen autonomen Tunten, zu denen er später trotzdem gehören wird, als Teil der entstehenden Autonomen in Italien und Frankreich. Bis 1978 mit der Ermordung Aldo Moros die politische Perspektive schwindet, weil deutlich wird, dass der Staat nicht nachgibt, niemals nachgeben wird. Weil es nur immer mehr Tote geben wird, weil dem 18-jährigen nur zu denken bleibt, dass politisch sein bedeu-

tet, bedeuten muss, zum Sterben bereit zu sein. Das ist er nicht. Also bleibt ihm am Ende nur, Schluss zu machen mit der Politik.

Wer nichts über Begehren lesen will, für den ist dieses Buch nicht. Wem das Wärmende einer körperliche Erinnerung an einen erigierten Schwanz obszön scheint, für den auch nicht. „Sex gibt's nicht getrennt von der Welt" wird zum Schlüsselsatz einer Sexualität des schwulen Aufbruchs, die meilenweit entfernt ist von der beklemmenden aktuellen Sicht auf Sexualität und ihre niederschmetternde Realität.

Was dieses Buch auch sehr lesenswert macht, ist die sprachliche Form, der Rhythmus der Worte und Sätze. In ihm spiegeln sich der reißende Fluss, als den sich der aufbegehrenden Jugend der 70er das Leben darstellt und die Klarheit des 52-jährigen, der das rückblickend beschreibt. Satzzeichen sind hier dazu da, dem Lesen, dem Wahrnehmen und Denken Halt zu geben. Sie dienen nicht der Ergebenheit des grammatikalischen Regelwerkes. Die Gedanken an die toten Revolutionär_innen streuen sich oft wie Gedankenfetzen in den Text – aber nicht leichtfertig, sondern wie Begleitmusik, wie ein solidarisches Gedenken, dass keine Distanzierung zulässt, obwohl sich der Protagonist am Ende sogar für das scheinbar Undenkbare entscheidet: keine Politik, dafür das Leben. Und doch wird in der Beschreibung der wenigen Jahre, von denen diesen Buch handelt, klar: ohne Aufbegehren kann es dieses Leben nicht geben.

Das Buch von Riboulet ist keine altkluge oder verklärende Erinnerung an die vergangene Jugend. Es ist viel eher die subjektive Einordnung geschichtlicher Aufbruchserfahrungen. Sie ist kein Verrat an ihnen, wie so viele Bücher, in denen ehemalige Kämpfer_innen ihre Vergangenheit verarbeiten. Aber vielleicht hat der Ich-Erzähler zu früh aufgegeben, um sich verraten zu müssen und seine Kämpfe und Träume als Jugendsünde abzutun. Dies tun nur diejenigen mit dem schlechten Gewissen. Das gibt es in diesem Buch nicht. Es gibt die bittere Erkenntnis, dass auch die Verhältnisse einen machen, wie man ist. Man kann der Welt nicht entfliehen. Riboulet sagt nicht, der Kampf für eine andere Welt sei nicht möglich, er sagt nur, er konnte ihn nicht so führen, wie er es sich als Jugendlicher erträumt hatte. Er bedauert das, ohne wehleidig zu werden.

Die Erfahrungen des Ich-Erzählers sind nicht nur seine, sondern die einer ganzen Generation Enttäuschter. Und doch sind wir Autonomen von heute, sowie die anderen Aufständischen Europas, auch die politischen Nachfahren des zutiefst enttäuschten 18jährigen von 1978.

Man muss nicht alles teilen, was da geschrieben steht – und vielen Altersgenoss_innen Riboulets stehen sicher die Haare zu Berge. Macht nichts. Andere werden einiges wiedererkennen. Den Jüngeren mag das Buch sowohl eine Ahnung davon geben, wie berauschend sexuelles und politisches Erwachen sein kann, als auch davon, dass man nicht zum Denunziant seiner selbst werden muss, wenn man die 50 überschritten hat. Ich wünsche mir mehr solcher Art Geschichtsschreibung!

Das noch: Vielleicht ist das Buch schwer zu lesen, wenn einem die vielen Namen nichts sagen, wenn man noch nie von den Toten der revolutionären Kämpfe oder der Tötung Aldo Moros durch die Roten Brigaden gehört hat. Das kleine Glossar am Ende hilft.

F.E.

Und dazwischen nichts
von Mathieu Riboulet
aus dem Französischen von Karin Uttendörfer
erschienen bei Matthes & Seitz Berlin

(B) Was in der Stadt brennt (STRABAG), kann den Danni nicht roden

Dokumentation:

„Aus dem lebensfeindlichen Reservat der Plattenbausiedlung Marzahn senden wir solidarische Grüße an die Verteidiger*Innen des Dannenröder Waldes und besonders an diejenigen, die dafür in den Knast gegangen sind. Um dieser Solidarität eine materielle Wirkung zu verleihen, verbrannten wir in der Nacht zum 17. Januar einen LKW der Straßeninstandsetzungsabteilung von STRABAG an der Märkischen Allee.

Im Gegensatz zum Baukonzern STRABAG sehen wir keinen Gewinn im Massaker an Bäumen und Tieren. Der Monopolist in der Zerstörung sowohl städtischer als auch natürlicher Lebensräume hat keine Skrupel alles wegzubaggern, was den Investorenträumen im Weg steht. Seien es Brachflächen in Berlin oder ein Wald für den Bau einer Autobahn.

Die Umweltbilanz gibt uns recht. Zwar ist das Verbrennen von Autos nicht ohne jede Schadstoffemission zu haben, langfristig aber ökologischer als die weitere Nutzung im ausufernden Straßenverkehr. Auch emotional spenden Autobrände in kalten Nächten einfach mehr Wärme als die schlafenden Luftverpester.

Profiteure zur Kasse bitten – dem Bau der A 49 in den Rücken fallen!"

Autonome Gruppen

No-Covid, Zero-Covid, ...?

oder vielleicht doch ein weniger asoziales Leben mit dem Virus?

Wir wissen, dass wir mit jedem Tag angepasster Unbewegtheit an Boden für ein Mehr an Autonomie und globaler Kollektivität verlieren. Ein abwartendes „Zero-Movement" ist sicher die denkbar schlechteste Covid-Strategie. Aber wohin sich bewegen? Die coronöse Verunsicherung scheint riesig angesichts der abenteuerlich unsozialen Vorschläge auch aus vermeintlich linksradikaler Perspektive für einen Kurs „raus aus der Pandemie". Wir sind gelangweilt von der Naivität und entsetzt von der Autoritäts- und Staatsverbundenheit „radikaler" Ansätze zur Pandemiebekämpfung. Seit wann eigentlich gibt die radikale Linke dem Staat gute Ratschläge, wie er besser regieren könnte? Es ist schließlich klar, dass ein noch härterer Lockdown, wie gefordert, nur mit autoritären polizeistaatlichen Maßnahmen durchzuführen ist. Zero-Covid verlässt damit das Kampfverhältnis gegenüber dem Staat.

Nachvollziehen von Infektionsketten und Verkehrsströmen (Kontrollen zwischen roten und grünen Zonen), Überprüfung von Kontaktregeln, Quarantäne-Kontrollen, Zugangsberechtigungen über Impfnachweise und Schnelltests. Es sollen viel mehr Daten erhoben werden. Ein permanentes Monitoring wird von den Protagonistinnen der verschiedenen fast-kein-Covid-Konzepte unter dem Vorwand „endlich haben wir mal eine Perspektive" in Kauf genommen bzw. willentlich angestrebt. Je zermürbter die Bevölkerung von Welle zu Welle schwappt, desto autoritärer muten die vorgeschlagenen Pandemie-Bekämpfungsstrategien an.

Mit Zero- und No-Covid wird nicht „nur" das wieder erstarkte Kontrollregime von Personenströmen u.a. an Grenzen untermauert. Es wird sogar das Konzept der Grenze verallagmeinert und argumentativ verstetigt: überall können jederzeit neue (Landkreis-)Grenzen entstehen und wieder verschwinden - ganz nach dem Wohlverhalten der so Umschlossenen. Ein ideales Droh- und Anreizsystem: Bemüht euch, und ihr könntet darüber bald wieder eure Bewegungs- und Freizeitfreiheit zurück erlangen. Es ist keine sprachliche Spitzfindigkeit, sondern ein fundamentaler Unterschied, ob grundlegende Rechte „ausnahmsweise" ausgesetzt werden oder umgekehrt regulär verdient werden müssen. Letzteres ist nicht wirklich weit entfernt vom Kerngedanken der chinesischen Soziale-Punkte-Systeme. Der digitale Impfpass soll in wenigen Monaten die individuelle Bewegungsfreiheit regeln, obwohl weiterhin unklar ist wie lang der Impfschutz der verschiedenen Vakzine anhält und ob Geimpfte nicht trotzdem ansteckend sein können.

Zero-Covid wird als europaweite Initiative vorgeschlagen. Diese Grenzziehung bedeutet ganz konkret eine Bejahung des europäischen Grenzregimes. So umgeht der Aufruf die Situation an den europäischen Außengrenzen. Die Lockdowns, die Grenzschließungen, die Aussetzung von Grundrechten bedeutet jetzt schon für tausende Menschen das Festhängen im Transit, noch geringere Chancen den Weg nach Europa oder in die EU zu schaffen, brutale Bullengewalt und und und. Wenn erstmal - hypothetisch gedacht - die Covid-Zahlen durch einen härteren Lockdown sinken würden, wie würde wohl die Situation an den Außengrenzen auf unbestimmte Zeit aussehen? Zynisch wird es dort, wo Zero-Covid als solidarische Strategie zur Seuchenbekämpfung angepriesen wird. Das ist keine Solidaritat, das ist europäischer Nationalismus. Solidarität ist global, oder sie ist gar nichts.

Alle „Nahe-bei-Null"-Covid Konzepte legitimieren eine Kompetenzerweiterung für Ordnungsamt, Gesundheitsamt und Landespolizei. Das „Bevölkerungsschutzgesetz" erlaubt dazu bereits jetzt einen deutlich weiter gesteckten Rahmen, als ihn sich eine Innenministerkonferenz jemals vor Corona hat erträumen können. Das Virus eines enthemmten und unbedingten War-on-virus hat offenbar leider auch weite Teile der sogenannten Linken befallen. Alles scheint denkbar - Hauptsache die Inzidenzen sinken. Muss man sich künftig ein medizinisches Unbedenklichkeitszeugnis ausstellen lassen, um am öffentlichen Leben teilzunehmen? Was ist mit denen, die sich nicht mit ihrer Gesundheit ausweisen können? All das war vor nur einem Jahr (in der ersten Welle) bereits denkbar, aber als dystopische Übertreibung verunglimpft worden.

Mit Sicherheit erleben wir aktuell eine verstärkte Biologisierung der Gesellschaft. Als Sachsen-Anhalt 2012 sein Polizeigesetz ändern wollte, um Personen von „Risikogruppen" (gemeint waren Homosexuelle, Drogenabhängige und Obdachlose) zwangsweise auf HIV oder Hepatitis zu testen, gab es in der Öffentlichkeit einen Aufschrei. Von Diskriminierung und Stigmatisierung war die Rede. Die Deutsche Aidshilfe kritisierte das Gesetz als „völlig unverhältnismäßig", weil es Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit und informationelle Selbstbestimmung verletzen würde. Die Vorschrift wurde schließlich gestrichen.

Knapp ein Jahrzehnt später werden Testungen nicht mehr als Eingriff wahrgenommen, sondern als Privileg. Was zeigt: Corona codiert das Soziale um. Womöglich würde man die Frage nach Zwangstests heute anders bewerten. Das HI-Virus ist schließlich noch immer eine Pandemie.

Wir bieten Euch drei sehr interessante und klare Texte zum Wachwerden aus ganz unterschiedlichen Positionen an: Alle Autor*innen arbeiten im/am Gesundheitswesen und sind in der Lage grundsätzliche Vorerkrankungen unseres Gesundheitssystem ja sogar unseres

Verständnisses von Gesundheit zu benennen. Alle drei Texte sind eine unmissverständliche Klatsche für den quasi-reaktionären Fehlschuss der Linksradikalen namens #zerocovid.

Zuvor jedoch eine kurze Betrachtung zur einer medial schwach beleuchteten, aber vermutlich (Pandemie) entscheidenden Frage der globalen Verteilung von Impfstoffen:

Impfstoff-Apartheid statt Aussetzung der Patentrechte

Neben der (unzulänglichen Methoden von) PCR-, Antigen-Schnell- und Selbst-Tetst soll das Impfen verlorene „Kontrolle über das Infektionsgeschehen" zurück erlangen, aber vor allem der Pandemie die Tödlichkeit nehmen.

Es gibt viel berechtigte Kritik an der vergleichsweise kurzen und wenig ausdifferenzierten Testphase der neu entwickelten Impfstoffe. Egal wie unberechtigt die mit den derzeitigen Impfstoffen verbundenen Hoffnungen auch sein mögen, die Weiterverbreitung des Virus „wirksam" zu bekämpfen; es scheint jedoch berechtigt, dass ein (mit Einschränkungen) großer Teil der Geimpften hoffen darf, von einem schweren und sehr schweren Verlauf der Covid-Erkrankung verschont zu bleiben.

Entscheidend für die gesamte Zahl an weltweiten Covid-Toten erscheint demnach die Frage, wie können weltweit möglichste viele Menschen geimpft werden. Die Verteilung des Impfstoffes ist dabei katastrophal ungleich:

Zehn Staaten haben (in den ersten beiden Monaten 2021) 75 Prozent aller bisherigen Impfungen durchgeführt. In 130 Ländern hat das Impfen noch nicht begonnen, nicht einmal für das medizinische Personal. Deutschland und andere reiche Industriestaaten verhindern weiterhin eine global gerechte Versorgung mit Impfstoffen zur Bekämpfung der Pandemie. Das ist die brutale Zuspitzung eines politischen Skandals, der bereits 1994 begann. Damals setzten die USA, Deutschland, Japan, die Schweiz, Großbritannien und Frankreich mit dem TRIPS-Abkommen über handelsrelevante intellektuelle Besitztümer weitgehende Patentschutzrechte durch – zum Nutzen der in ihren Ländern beheimateten Pharmakonzerne.

Damit sind die Regierungen der reichen Industriestaaten mitverantwortlich für die mangelnde medizinische Versorgung von vielen Millionen Menschen, für die wegen der Patentschutzrechte in den vergangenen 25 Jahren keine günstigen Generika produziert werden durften. Und auch für den Tod von vielen Menschen im globalen Süden. Seit 2001 gibt es laut TRIPS-Abkommen die Möglichkeit, die Patentschutzrechte auszusetzen. Doch das ließen die Industriestaaten bisher nur bei Aids-Medikamenten zu.

Das Problem: Der Impfstoffhersteller wir pro Dosis bezahlt. Er hat genug Kapazitäten, um in den nächsten drei Jahren die ganze Welt zu beliefern. Wieso sollte er sich beeilen? Für den massiven Ausbau von Produktionskapazitäten fehlen Anreize. Überkapazitäten drohen nach der Krise brach zu liegen und lassen sich deshalb nur mit enormer staatlicher Bezuschussung aufbauen. Gleichzeitig bleiben die bestehenden Kapazitäten anderer Hersteller ungenutzt. Entwicklung und Produktion von Impfstoffen müssten daher zügig entkoppelt werden. Dazu müssen die Impfstofflizenzen in ein Gemeingut überführt werden. Die WTO-Regeln sehen dazu sogar folgende Option vor: Erteilung von Zwangslizenzen ohne Zustimmung des Patentinhabers.

Anfang September 2020 vergangenen Jahres hatten Indien und Südafrika in der Welthandelsorganisation WTO beantragt, es allen Mitgliedstaaten freizustellen, für die Dauer der Pandemie geistige Eigentumsrechte auf medizinische Produkte auszusetzen, die im Kampf gegen die Pandemie gebraucht werden. Das würde eine weltweite Ausweitung der dringend benötigten Produktion von Impfstoffen, Tests, Medikamenten, Schutzmasken und Beatmungsgeräten ermöglichen und könnte so Millionen Menschen in den bislang unterversorgten Ländern des Südens Schutz bieten. Im Februar 2021 scheitert das Vorhaben erneut am Widerstand der USA, Deutschlands und anderer Industriestaaten, in denen diese Konzerne ihren Sitz haben.

Das Nein der reichen Industriestaaten zur Aussetzung der Patentrechte ist zudem überaus kurzsichtig. Denn die Coronapandemie wird weder in Deutschland noch in der EU überwunden werden. Auch wenn im Laufe dieses Jahres die erforderliche Milliarde Impfdosen allen EU-BürgerInnen zur Verfügung stehen sollten – überwunden wird die Coronapandemie, wenn überhaupt, nur global.

Es ist daher folgerichtig, die sich verweigernde Pharmaindustrie anzugreifen:

- für ihre künstliche Verknappung von Impfstoff aus kolonialen, kapitalistischen Motiven
- für ihre menschenverachtende Verweigerung, eine global effiziente Covid-Bekämpfung zu unterstützen

Contra #Zero Covid

Dieser Text wird aus schierer Verzweiflung geschrieben. Verzweiflung darüber, dass Menschen, welchen wir bisher als unsere Verbündeten angesehen haben, im Dauerfeuer der medialen Covid-Panik wohl das Hirn geschmolzen sein muss; darüber, dass Gruppen, welche wir als Teil einer progressiv-subversiven Zivilgesellschaft angesehen haben, alle ihre Ideale über Bord werfen und päpstlicher werden als der Papst; aber von Anfang an und zumindest versuchsweise geordnet.

Die Schreibenden (4Stück an der Zahl) arbeiten alle im Gesundheitssektor. 1x Ärzt_in für Innere Medizin, 1x Intensivpfleger_in, 1x Onkologiepfleger_in, 1x Notfallsanitäter_in. Alle sind auf die eine oder andere Art täglich mit den Auswirkungen von Covid19 konfrontiert. Zu bagatellisieren ist nicht unser Ziel. Covid19 stellt uns alle vor immense Herausforderungen und die Entscheidungen, denen manche von uns fast täglich ausgesetzt sind, hätten wir uns nie gewünscht treffen zu müssen.

Aber trotzdem fragen wir uns wie es sein kann, dass sich die politischen Koordinaten in derart kurzer Zeit so gravierend verschoben haben, dass antiautoritäre und linksradikale Gruppen, Strukturen und Einzelpersonen in kompletter Ignoranz der sozialen Verhältnisse in diesem Land Forderungen nach dem staatlichem Totalzugriff aufstellen. Statt den Diskurs des medizinischen Totalitarismus aktiv zu bekämpfen, wird die „solidarische" Gefängnisgesellschaft gefordert. Der biopolitisch legitimierte Angriff, angst-gerechtfertigt als lebensschützender Absolutheitsanspruch, umgesetzt vom Staat samt polizeilichen Sondervollmachten wird nicht nur stillschweigend hingenommen, sondern noch proaktiv gefordert. Es geht den linksradikalen Akteuren nicht mehr um eine Dialektik der Befreiung, stattdessen setzen sie im kompletter Unkenntnis der Funktionsweise von moderner Herrschaft eine Dialektik der Repression in Kraft. Wir sind entsetzt darüber und können es nicht verstehen, wie das Gerede vom Totalshutdown ernsthaft geglaubt werden kann, ohne wissen zu wollen, dass die europaweite Umsetzung weite Teile der unteren europäischen Gesellschaftsschichten einer bis dato nie dagewesenen Repression aussetzen wird. Glaubt etwa allen ernstes jemand, dass große Teile der „gefährlichen Klassen" sich freiwillig einsperren lassen?

Jede_r von uns arbeitet bei einem öffentlichen kommunalen Träger in einer deutschen Großstadt. Wir haben täglich mit Harzern, Gefangenen, Junkies, Obdachlosen, Geflüchteten, Sexarbeiter_innen, kaputtgemachten Arbeitern, vereinsamten Alten zu tun. Wie können selbsternannte Linksradikale nur so unglaublich borniert sein und ihre eigene bürgerliche Herkunft, welche es ihnen erlaubt eine so absurde Forderung zu stellen, vergessen machen wollen? Seit wann grassiert in widerständigen Kreisen eine so krass ausgeprägte theoretische Schnappatmung, ein so himmelschreiender Sozialchauvinismus, welcher unsägliches Elend und Leid für die Subalternen nonchalant billigend in Kauf nimmt mit der Forderung, den Laden einfach mal so 5 Wochen dicht zu machen? Seit wann sind linke und kritische Menschen so umnachtet, dass sie ihre eigenen hohlen Phrasen eines „solidarischen" Umganges für voll nehmen?

Der medizinische Totalitarismus

Gesundheit als Gut unterliegt gesellschaftlicher Übereinkunft, ist also relativ. Sowohl die Verteilung dieses Gutes, als auch die Verfügbarkeit unterliegen wie alles andere auch direkt und indirekt der sozialen Frage. Gesundheit ist kein a-politischer oder überpolitischer Begriff, sondern hängt vorallem davon ab, wer was bei wem als „gesund" definiert. Sprecher_innenposition und Dispositiv sind hierbei entscheidend. Gesundheit ist Körper: unsere Körper sind sowohl Zugriffsobjekt biopolitischer Regulation, staatlich-autoritären Begehrens, Ort unserer eigenen Subjektwerdung, als auch Feld und Gegenstand des Kampfes dagegen in einem. Die Frauenbewegung, Hurenbewegung, Krüppelbewegung kann ein Lied davon singen. Im Spannungsfeld Migration wird Gesundheit Instrument sozialhygienischer Vorstellungen von Volk und Nation, von Raum und Rasse. Das Andere ist immer das Artfremde, das Krankhaft-Schadhafte. Gesundheit ist das, was der Kapitalismus sowohl als Ware hervorbringt, wie als Ressource vernutzt. Gesundheit kann ohne seinen Gegenpart, der Krankheit nicht sein. Der gesunde Körper ist derjenige, welcher seinen Wert über den Grad seines Vernutzungspotentials bemessen bekommt.

Gesundheit als Norm kann niemals erreicht werden. Wer sie hat, muss alles tun, um sie zu erhalten (Spoiler: es wird nicht gelingen, schließlich altert jeder Körper). Es kann niemals genug für Gesundheit als abstrakten Wert getan werden, ähnlich dem infantilen Begehren nach ewiger Jugend. Ja heißt ja und nein heißt ja. So wie der abstrakte Sicherheitsdiskurs immer nur mehr Überwachung legitimiert, da es keine absolute Sicherheit geben kann (Leben heißt Risiko), legitimiert der Ruf nach Gesundheit nur den biopolitischen Totalzugriff auf Körper. Gestorben wird hier nicht, auch wenn das bedeutet, dass im Namen des Schutzes von Gesundheit der soziale Tod eines jeden Einzelnen in Kauf genommen wird.

Gesundheit darf aus unserer Sicht niemals den Bereich politischen Handelns definieren. Die Bereiche, in denen das bereits geschehen ist, gehören zu den finstersten Kapiteln der Geschichte. Der angstgetriebene Diskurs um zu erhaltende Gesundheit muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Gesundheit muss als politischer Begriff von unten partikular bestimmt werden, die Machtfrage muss gestellt werden. Es sind nämlich „wir" als Gesundheitsarbeiter_innen und Expert_innen, welche für euch definieren werden, was Gesundheit bedeutet, es sind wir die Weißkittel, welche für euch bestimmen werden, was wir für eure Gesundheit für richtig halten und was wir denken das ihr tun müsst. Mit dem entgrenzten virologisch-medizinischen Wissen kommt keine Demokratisierung, sondern die Herrschaft der Experten, welche mit der Forderung nach abstrakter Gesundheit jeden einzelnen im Namen des „Guten" zurichten und wortwörtlich endlos regulieren werden.

Im Namen der abstrakten Gesundheit einen Totalshutdown zu fordern, kommt unserer Meinung nach einer Selbstermächtigung medizini-

scher Expertenkreise gleich. Wir können das Thema hier nur skizzenhaft umreißen und an anderen Stellen ist schon viel mehr und Besseres dazu geschrieben worden. Es sei aber noch einmal angemerkt, dass das Reden vom Erhalt der Gesundheit jenseits der oben nur angedeuteten segmentären Ebenen von Gesellschaft strukturelle Ähnlichkeiten dem Diskurs vom „Kampf gegen den Terror" hat; Es ist ein leerer Signifikant, welcher sowohl als erste wie als letzte Begründung für autoritäres Handeln funktioniert und den mit Sicherheit nicht „wir" als Antiautoritäre füllen können. Wir können über die Blindheit alternativer und links(radikaler) Kreise, welche mit #ZeroCovid das Lied des medizinischen Totalitarismus anstimmen nur ungläubig den Kopf schütteln.

Dialektik der Repression/ repressive Dialektik

Staatliche Macht tendiert dazu, sich unbegrenzt auszudehnen. Es gibt keine ihr inhärenten Grenzen. Macht wird nur von Gegenmacht begrenzt. Die Entwicklung der Repressiv-Kräfte schreitet ohne unseren Einfluss voran, was heute technisch möglich ist, ist morgen selbstverständliches Behördenhandeln. In Zeiten ohne Ausnahmezustand stellen „wir" als Zivilgesellschaft im weitesten Sinne das Korrektiv zum staatlichen Machtanspruch. Ohne langes und zähes Kämpfen in den Schützengräben der Zivilgesellschaft wäre Vergewaltigung in der Ehe noch straffrei (um nur ein Beispiel zu nennen).

Seid Jahren stehen wir unter Dauerbeschuss des technologischen Angriffes, seid Jahren werden polizeiliche Kompetenzen ausgeweitet, Polizeigesetze novelliert, wird die rechtliche Rahmensetzung von medialer Hysterie begleitet. Was sich im Juni 2020 in Stuttgart ereignet hat nimmt sich wie ein laues Lüftchen aus verglichen mit den Kämpfen um die Mainzer Straße 1990. Jeder Widerstand gegen die Polizei kommt von der Bedeutung einem Angriff auf die Staatsräson gleich (im Gegensatz zu uns haben SIE ihre Reihen geschlossen).

Jetzt haben wir den Ausnahmezustand. Beispielloses Aushebeln bürgerlicher Freiheiten und Persönlichkeitsrechte; jede Woche wird weiter diskutiert, welche Einschränkungen noch stärker vorgenommen werden. Nicht nur Schweigen viel zu viele von uns aufgrund der schieren Geschwindigkeit des autoritären Staatsumbaus, mit #ZeroCovid fordert der sich selbst als „linksradikal" bezeichnende Teil der Zivilgesellschaft auf einmal 100%ige Zuspitzung desselben. Wir fassen uns wirklich an den Kopf und fragen uns, wo die politische Analyse geblieben ist bzw. ob jemals überhaupt eine vorhanden war. Dass es eine Diskrepanz zwischen Sein und Schein gibt, daran haben wir uns schon gewöhnt, aber dass Gruppen wie die Interventionistische Linke und FAU Forderungen supporten, bei denen ein Franz-Josef Strauß Pipi inne Augen und Hose bekäme, lässt uns den Mund offen stehen unter unseren FFP Masken. Als Feigenblatt der autoritären Staatstransformation liefern sie dem Extremismus der Mitte nicht nur ein absolutes Deus Ex Machina, sondern große Teile der widerständigen Zivilgesellschaft auf dem Silbertablett gleich mit. Ihre Forderung nach der staatlich verordneten und durchgesetzten Totaleinsperrung kann nur, da sie nicht freiwillig geschehen wird, mit staatlichen Sondervollmachten geschehen, welche, einmal etabliert und erprobt den Maßstab politischer Freiheiten dauerhaft aushöhlen werden. Ein Staat, welcher seinen Bürgern sämtliche Freiheitsrechte verwehren kann, nimmt sie dauerhaft, selbst wenn er sie gütigerweise irgendwann wieder zugestehen sollte. Eine friedliche Transformation der Gesellschaft, welche besagte Akteure nach eigenem Verlautbaren anstreben, wird so auf Dauer verunmöglicht. Darin besteht die Dialektik der Repression und es ist ein schrecklich bitterer Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet die gesellschaftliche Linke es war, welche sich ihr eigenes Grab geschaufelt haben wird.

Selbst, wenn wir annehmen sollten (was wir nicht tun, aber in dubio pro reo), dass #ZeroCovid ernsthaft glaubt, der Totalshutdown wäre „solidarisch" umsetzbar: wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass das gelingt? Mal ganz von der Tatsache abgesehen, dass sich in #ZeroCovid wieder einmal ein sehr deutsches Begehren nach Recht und Ordnung ausdrückt und vermeintliche radikale Kritiker_innen als Affirmanten des paternalistischen Staates auftreten: Die Kräfteverhältnisse sind schlicht nicht so, dass ein Vermögenstransfer, welcher die sozialstaatliche Vollversorgung garantieren soll (erst „nach hause" geprügelt, dann kommt der Sozialarbeiter in Schutzausrüstung und verteilt Care-Pakete), erkämpfbar wäre, das Gegenteil ist der Fall. Ist denn den Akteuren nicht klar, dass sie Forderungen stellen, welche, ohne die realen Kräfteverhältnisse zu ihrer Umsetzung zur Verfügung zu haben (wie denn auch? #stayathome wird's nicht richten), sie im besten Falle eine nur erbärmlich zu nennende Bittsteller_innenposition innehaben? Hat der moralinsaure Diskurs, gegen „Schwurbler und die Nazis von Querdenken" zu sein, die Analyse von Gesellschaft als Produkt von permanent stattfindenden Klassenkämpfen verschleiert? Wird allen ernstes angenommen, etwas fordern zu können? Aus welcher Position heraus, #ZeroCovid und welche Armee? Im Gegensatz zu uns hat die Kapitalfraktion ein sehr hohes Bewusstsein von Klassenkämpfen und ihrer eigenen Stellung in diesen. Warum sollten sie (und das müssten sie) den Forderungen von #ZeroCovid zustimmen? Weil sie moralisch überzeugt worden sind? Kommt nach dem „guten König" jetzt der „gute Superreiche"? Zu glauben, dass ein „solidarischer" Lockdown überhaupt möglich wäre, ist im besten Falle unserer Meinung nach gefährlich naiv, im schlimmsten Falle reaktionär, lassen sich doch dank #ZeroCovid die feuchtesten Träume sämtlicher autoritären Charaktere rechtfertigen.

Wir können nicht anders, als allen Verrat und Versagen vorzuwerfen, welche sich mit #ZeroCovid gemein machen. #ZeroCovid ist nicht die Antwort, sondern erwächst sich als unser schlimmster Alptraum. Dass ausgerechnet ein Teil unserer Genoss_innen diesen Alptraum ohne Zögern promoted, stößt uns nur weiter von diesen Teilen linker Segmente ab. Wir rufen jede und jeden einzelnen, der oder die diese Zeilen hier liest dazu auf, die Solidarität mit #ZeroCovid und allen, welche sich mit ihnen gemein machen, aufzukündigen und sie als das zu benennen, was sie in unseren Augen sind: autoritäre politische Kräfte, welche vermeintlich in unserem Namen sprechen, unsere Worte und Sprache benutzen, aber nur eines sind: unsere Feinde.

Vom Dürfen und Können

An dieser Stelle sind ein paar weitere Worte zu uns, den Schreibenden angebracht: Wir gelten, wie das so schön gesagt wird, als systemrelevant. Wir sind in diesem Leben nicht von dem Fluch der Arbeitslosigkeit betroffen, werden in diesen überalterten Gesellschaften nicht zum Surplusproletariat gezählt. Keine Maschine wird uns zu unserer Lebenszeit ersetzen können, wir sind also von den Verwerfungen der

Automatisierung und Zwangsdigitalisierung so nicht betroffen. Unsere Arbeit ist (zum größeren oder kleineren Teil) körperlich, egal wie hart der Shutdown wird, wir sind nicht gefährdet. Unsere Patienten schon. Täglich mit dem Ausschuss dieser Gesellschaft konfrontiert zu sein bei dem Anspruch, Egalität, Staatsferne und antiautoritäre Umgangsweisen umzusetzen ist nicht leicht. Was nicht heißt, dass wir alle unsere unterschiedlichen Arbeiten nicht als explizit politisch begreifen. Leider sind wir damit auf weiter Flur alleine, zeichnen sich Ärzte und Pflegekräfte unserer Erfahrung nach leider durch einen überproportional hohen Anteil an statusbewussten Menschenfeinden aus.

Aus dem politischen Anspruch an unsere Arbeit erwächst eine zentrale Sache: Der Schutz unserer Patienten gegenüber anderen Pfleger_innen und Ärzten, gegenüber dem Krankenhaus als Institution, gegenüber der Polizei, Behörden, Gerichten, Schließern, teilweise ihren Angehörigen. Diese Schutzfunktion ist eine permanente Gratwanderung zwischen Paternalismus, Autonomie, unserer jeweiligen fachlichen Kompetenz und der damit einhergehenden Wissenshierarchie und dem Willen des Patienten. Im Namen von abstrakter Gesundheit „Leben" zu schützen ist für uns undenkbar, schließlich sind wir alle häufig mit dem Wunsch nach Sterben konfrontiert. Der Wunsch zu Sterben ist selten primär, er ist fast immer ein Nicht-Leben-Wollen-um-jeden-Preis. Das heißt, dass jede_r von uns sich damit auseinandersetzen muss, dass Patienten für sich Entscheidungen treffen, von denen wir wissen, dass sie später oder früher (meist früher) mit dem Tod des Patienten einher gehen. Und das ist nicht nur in Ordnung, sondern alternativlos. So wie wir zwischen der Erde unter unseren Füßen und dem Himmel über unseren Köpfen kein anderes transzendentes System akzeptieren (sei es Gott, der Staat, der Kapitalismus, o.ä.), so undenkbar ist es für uns eine Kampagne zu unterstützen, welche von ihren inhärenten Prinzipien zutiefst dem zuwider läuft, was wir täglich jede_r von uns in seinem Bereich versuchen als gelebte anarchistische Ethik umzusetzen.

Und das sei hier explizit als Kampfansage an #ZeroCovid verstanden: wir werden unseren Überzeugungen gemäß alles tun, um uns und unsere Patienten gegen euren Angriff auf uns und die Prinzipien, welche wir für richtig halten, zu schützen. Aus tiefster Überzeugung kündigen die Schreibenden ihre Solidarität mit euch auf. Ihr entspricht dem, was wir, als explizit im Gesundheits(un)wesen Tätige, zutiefst verachten. Uns ist nicht entgangen, wie viele Pflegende und Ärzte unterschrieben haben bei euch. Wir können uns wiederholen, was wir an anderer Stelle bereits geschrieben haben: aus dem deutschen Gesundheitswesen erwachsen uns nur Blüten der Reaktion. Gesundheitsarbeitenden, welche sich mit #ZeroCovid verbünden, unterstellen wir, ihr autoritäres Begehren auszuleben, welches sie auch bei uns als unsere Kolleg_innen tagtäglich hundertfach zeigen.

Diese Zeilen sind ungenügend, sind Produkt einer Selbstverständigung unter Kolleg_innen, Freund_innen, Genoss_innen. Wir sind keine akademischen Sozialwissenschaftler_innen, haben aber wohl das eine oder andere Buch gelesen, wobei es aber nicht darum geht. Viele Themen konnten wir leider nur verkürzt anschneiden. Wir hoffen, mit diesen Zeilen zu einer Positionierung innerhalb der sich als linksradikal und antiautoritär verstehenden Menschen beizutragen. Mit diesem Text wollen wir spalten, ja. Nicht als Selbstzweck; wir hoffen, dass deutlich geworden ist, dass wir entsetzt sind darüber, wer auf einmal mit den Wölfen heult, vor allem jene, von welchen wir es als letztes gedacht hätten. Die Kritik an dem Monstrum, welches sich #ZeroCovid nennt, ist damit auf keinen Fall erschöpft, im Gegenteil. Wir fangen grade erst an, wir müssen diesen Behemoth um jeden Preis stoppen! Wir sind nur wenige, aber werden tun, was wir können. Der Kampf, welchen wir täglich gegen Covid19 führen ist der gleiche, welchen wir gegen #ZeroCovid und jegliche Form des staatlich-kapitalistischen autoritären Angriffes führen. Es gäbe an dieser Stelle noch sehr viel zu schreiben und zu sagen, aber mehr schaffen wir heute nicht. Als letztes wollen wir allerdings noch klarstellen, dass wir mit den drecks Faschisten von Querdenken nichts zu tun haben.

Armore Anarchia Autonomia

Alle Räder stehen still?

Zero Covid vernachlässigt die Erkenntnisse der feministischen Ökonomie sträflich

Als Marxistin und Feministin bin ich erstaunt über das, was uns neuerdings als linke »Alternative« in der Coronapolitik angeboten wird. Der Unmut ist verständlich: Seit Anfang November ist Deutschland in einem Lockdown, der fast wöchentlich mit neuen Maßnahmen verschärft wird – und die Zahlen der positiv Getesteten steigen, davon nur minimal gedämpft, weiter. Grund genug, sich aus einer linken Perspektive nach einem Kurswechsel umzusehen. Doch genau das macht Zero Covid nicht. Es fordert mehr vom selben, nur härter, dafür solidarisch. Was das heißen soll und ob die Solidarität nicht spätestens dort endet, wo die geforderte Strategie nicht länger auf Zustimmung stößt, solche Fragen lässt der Aufruf diskret bei Seite. Irrelevant auch, dass der Einfluss verschärfter Lockdown-Maßnahmen auf das Infektionsgeschehen fraglich ist – was ein Blick auf die europäische Landkarte bestätigt: Diejenigen Länder, die die härtesten und längsten Lockdowns hatten, weisen die höchsten Sterblichkeitsraten auf.

Aber um solche Details kümmert sich der Aufruf nicht. Er möchte stattdessen »entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigen« eintreten und schlägt dafür eine »solidarische Pause von einigen Wochen« vor. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen sollen geschlossen bleiben und das wäre der entscheidende Unterschied: Sein Lockdown heißt Shutdown, weil er auch die Arbeitspflicht aussetzen will. Spätestens hier stutzt die marxistisch geschulte Feministin und fühlt sich in die Zeiten von vor '68 versetzt – wo es noch keine feministische Kritik

an der linken Vorstellung von Wirtschaft gab, die feministische Ökonomie noch nicht das Licht der Welt erblickt hatte und Gewerkschafter bei linker Politik mit Glanz in den Augen an ihre tapferen Arbeiter in den Fabriken dachten. Wo leben die Initiatoren dieses Aufrufs? Vor allem: In welcher Wirtschaft?

Vielleicht wäre es bei einer Krise wie der jetzigen, die offenbar etwas mit dem Care-Sektor zu tun hat, sinnig, sich einmal dem hier angehäuften feministischen Wissen zuzuwenden – auch aus einer linken Perspektive. Und nein, ich meine damit nicht, dass das Ganze mit einer antirassistischen LGBTQ-Rhetorik übergossen werden soll; das geschieht, aber hilft hier nicht weiter. Ich meine folgendes:In Deutschland arbeiten gegenwärtig 5,7 Millionen Beschäftigte in Fabriken. In der Gesundheitswirtschaft sind es 7,5 Millionen, das ist jede sechste Arbeitnehmende.

Hinzu kommen die Beschäftigen im Sozialwesen, in der Kleinkindererziehung, in den Schulen und im Einzelhandel. Diese personenbezogenen Dienstleistungen, also Dienstleistungen, die eine physische Präsenz erfordern, umfassen laut verschiedenen Berechnungen der Feministischen Ökonomie rund ein Drittel des Bruttoinlandproduktes. Hinzu kommt, dass ein Teil der Industrie Nahrungsmittelproduktion ist, es gibt die Lebensmittelverarbeitung und die Landwirtschaft, die physische Logistik und das Transportwesen (inklusive Müllabfuhr, Post, Taxi und Verkehrswesen). Vermutlich ist es nicht falsch, davon auszugehen, dass damit alles in allem rund 50 Prozent der Beschäftigten in Branchen arbeiten, deren Stilllegung ein Kollaps der Versorgung der Bevölkerung bedeuten würde. Was heißt angesichts dieser Größenverhältnisse solidarischer Shutdown?

Der Weg Richtung Zero Covid kann – abgesehen davon, dass sich ein Virus nicht einfach ausrotten lässt – deshalb nicht funktionieren, weil wir nicht in einer Industrienation, sondern in einer Care-Dienstleistungswirtschaft leben und wir auf diese rund 50 Prozent der Arbeiten nicht verzichten können; es sei denn, der Aufruf verstehe sich als – solidarischer – Aufruf zum mehrwöchigen Fasten und dem Verzicht auf die Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen auf unbestimmte Zeit.

Frau wird das Gefühl nicht los, dass die Verfechter*innen von Lockdown-Maßnahmen einer bestimmten Schicht angehören: relativ gut abgesicherte Wissensarbeiter*innen mit Lohnfortzahlung in einer mehr oder weniger geräumigen Wohnung, die gewohnt sind, sich und ihre Kinder mehrheitlich an elektronischen Geräten zu beschäftigen. Dass dies ein kleiner Auszug aus der Arbeits- und Lebensrealität ist, und dass hier der Habitus einer ganz bestimmten Schicht generalisiert wird, geht in der Moral des Appells mit seinem Gestus von unten vollständig unter. So formuliert die linke, an der Oxford University forschende Epidemiologin Sunetra Gupta: »Lockdowns sind ein Luxus der Wohlhabenden; etwas, das sich nur die reichen Ländern leisten können – und selbst da nur die bessergestellten Haushalten in diesen Ländern.« *

Warum werden die Schäden von Lockdown-Maßnahmen nicht thematisiert: Dass – einmal abgesehen vom Eurozentrismus, über den ausführlicher geschrieben werden müsste – wir eine ganze Generation von Kindern traumatisieren, dass sie Gewalt ausgesetzt sind in Familien mit beengenden Wohnverhältnissen, dass sich diese nicht in Wochen aufheben lassen, dass Jugendliche auf soziale Kontakte angewiesen sind, dass wir die Ältesten mit solchen Maßnahmen, wie immer deutlicher wird, gerade nicht schützen, da diese ihren Lebenswillen brechen. Wissen die Initiatoren, was es heißt, mit kleinen Kindern in engen Wohnungen eingesperrt zu sein? Und warum haben all diese Bevölkerungsteile kein Anrecht auf unsere Solidarität?

Genau hier setzt das Kollektiv Feministischer Lookdown an, dem die Autorin selbst angehört. Ein Zusammenschluss linker Feministinnen, der sich im März 2020 formierte, um eine links-feministische Kritik an und Alternative zur offiziellen Lockdown-Politik zu formulieren, haben wir von Anfang an die Frage aufgeworfen, ob wir uns nicht, anstatt auf die (vermutlich unmögliche) Eindämmung des Virus, auf den Care-Notstand konzentrieren sollten – und ob nicht genau damit sehr viel mehr Tote zu verhindern wären. In unserer Wahrnehmung ist es der Pflegenotstand, der die meisten Toten verursacht.

Führen wir uns vor Augen, dass zwei Drittel aller im Zusammenhang mit Covid19 Verstorbenen auf die Pflegeheime entfallen und vergegenwärtigt man sich die desaströsen Arbeitsbedingungen sowohl in der Langzeitpflege wie in den Akutspitälern, so ist es unverständlich, warum eine seriöse Politik nicht vorrangig hier ansetzt: Es ist Stress, die permanente Unterversorgung an Personal, der moralischer Druck dem eignen Team gegenüber, trotz Krankheit weiterzuarbeiten, Erschöpfung, die dazu führen, dass die für den Schutz der vulnerablen Personen notwendige Sorgfalt nicht mehr aufrechterhalten werden kann. (...)

Um dem permanenten Pflegenotstand in den Krankenhäusern, Langzeiteinrichtungen und in der ambulanten Pflege zu beenden, bräuchte es vermutlich die Verdoppelung der Ressourcen für das gesamte medizinische, Pflege- und Reinigungspersonal. Dies schiene uns der wirksamste Schutz der Bevölkerung, der vermutlich die meisten übrigen Maßnahmen überflüssig werden ließe – womit auch eine weitere Zuspitzung der gesellschaftlichen Polarisierung verhindert werden könnte. Doch vergegenwärtigen wir uns, was dies nationalökonomisch bedeutet, wird verständlich, warum ein solcher Vorschlag kein Gehör findet.

Das Gesundheitswesen umfasst heute in den meisten europäischen Ländern rund 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Würden die darin involvierten Ressourcen nicht nur verdoppelt, sondern konsequent der privaten Kapitalverwertung entzogen und gleichzeitig der öffentlichen Finanzierung unterstellt, so käme dies einer radikalen Umwälzung gegenwärtiger kapitalistischer Ökonomien gleich.

Ein einfaches Beispiel mag dies verdeutlichen: Obwohl die Schweiz sich in der Finanzierung der bisherigen Lockdown-Schäden als relativ großzügig erweist, bleiben die Beiträge der bisherigen Hilfspakete weit hinter den jährlichen staatlichen und privaten Ausgaben für das Gesundheitswesen zurück. Ökonomisch gesehen lohnt es sich offenbar für die private Kapitalakkumulation, ab und zu einen Lockdown zu finanzieren, und dafür das öffentliche Gesundheitswesen weiterhin kaputtzusparen.

Der nachhaltige Ausbau der Pflegeversorgung wäre viel teurer, da es sich um jährlich wiederkehrende Beträge handelt. Über diese Größenrelationen und den darin enthaltenen Konflikt – zwischen einer Wirtschaft, die arbeitsintensiv ist, aber dem Wohl der Bevölkerung dient, und einer Wirtschaft, die, wenn auch hochproduktiv, primär der privaten Kapitalakkumulation dient – über das spannungsreiche Verhältnis zwischen diesen beiden Wirtschaftsweisen müssten wir diskutieren. Doch genau von diesem Konflikt lenkt die merkwürdige Debatte rund um Zero Covid ab, merkwürdig deshalb, weil sie jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt.

Alles Bullshit? Es geht um den Schutz der Beschäftigten? Hierzu möchte ich folgende Zahlen anfügen: In der Schweiz sind in der Gruppe der unter 60-Jährigen bisher 188 Personen an Covid19 gestorben. 2018 sind an Erkrankungen der Atemwege in der Gruppe der unter 65-Jährigen 321 Menschen verstorben. Auch hier wären Größenrelationen zentral. Von einem Massensterben zu sprechen, ist jedenfalls unseriös. Covid19 ist für Ältere eine gefährliche Krankheit. Diese gezielt zu schützen ist möglich, ohne Lockdown, aber mit Mitteln, die den Kapitalismus tatsächlich zur Kasse bitten.

Ich danke meinen Mitstreiterinnen des Kollektiv Feministischer Lookdown, in deren Namen ich diesen Beitrag geschrieben habe. Mehr unter: https://www.feministischerlookdown.org/.

Tove Soiland

Corona besiegen?

Kann Corona nicht endlich vorbei sein?!

Ein schnelles Ende der Pandemie erzwingen zu wollen, kann autoritäre Maßnahmen begünstigen. Die Erfahrung mit HIV zeigt, dass Strategien erfolgreicher waren, die nicht auf falsche Hoffnungen setzten.

Die Covid19-Pandemie zeigt vielleicht so deutlich wie noch nie zuvor in unser eigenen Lebenszeit, dass Gesundheitspolitik und gesundheitspolitische Debatten immer beides gleichzeitig sind: Ganz weit weg und ganz nah dran. Ganz weit weg im Expert*innenreich der Virologie und Epidemiologie, der mathematischen Modellierungen, der Hochtechnologie-Medizin, der Medizingeschichte und Medizinethik, der Philosophie und Politikwissenschaft, der geistigen Eigentumsrechte und Wirtschaftsregime, der „Ressourcenallokation" und Profitinteressen, der biopolitischen Kontrollregime und Überwachungspraxen – und zugleich ganz nah dran an der eigenen Verletzlichkeit und Sterblichkeit, unserer Lebensplanung und Arbeitspraxis, der Sorge um unsere Lieben.

Wer von uns hätte vor einem Jahr den R-Wert gekannt oder die Spike-Proteine der Covonaviren? Wer die Aerosolforschung und die FFP2-Masken? Wer hätte sich ausmalen können, dass komplette Wirtschaftsbereiche wie Gastronomie, Tourismus und Kulturindustrie monatelang geschlossen bleiben? Dass sich Altersheime flächendeckend und über Monate in beschützte Gefängnisse ohne Besuchserlaubnis verwandeln, in denen trotzdem die Angst vor dem nächsten Infektionsausbruch grassiert? Dass politische Wohnzusammenhänge nicht wegen ideologischer Fragen scheitern, sondern daran, wer wieviel Besuch bekommt?

Trügerische Hoffnung

Trotz der vielen „nicht pharmazeutischen Maßnahmen" wie Abstandhalten, Masken tragen, erhöhter Hygiene und des zeitweisen Schließens (mit all seinen dramatischen Folgen) immer weiterer Bereiche der Kultur, des Tourismus und des Einzelhandels bis hin zum Bildungswesen, die alle von der menschlichen Begegnung und ihrer Mobilität leben, widersteht die Pandemie gerade auf dem europäischen Kontinent in der „zweiten Welle" schon seit Monaten einer substantiellen Reduktion. Das lässt den Ruf nach einem noch einmal radikaleren Shutdown laut werden, der mit der Hoffnung auf die anschließende Kontrollierbarkeit bis hin zum Ziel von null Infektionen verbunden ist.

Dies ist völlig naheliegend. Doch die Hoffnung auf ein rasches Ende der Pandemie nach den vergleichsweise ruhigen Sommermonaten in Europa erweist sich trotz beginnender Impfungen zu Beginn des zweiten Krisenjahres als trügerisch. Es scheint eher, als würde das Virus seinen Angriff auf unser Leben verstärken: Er wird leichter übertragbar, treibt die Infektionszahlen wieder nach oben und uns vor sich her in unserer Angst und unserer Sorge um die Schwerkranken und Sterbenden und wie das alles noch weiter geht. Ein Ausweg scheint das noch längere und noch stärkere Einschränken unserer potentiellen Infektionsgefahren, der Mobilität, der Arbeits- und Lebenswelten. Diese Strategie erscheint aktuell als die absolut Notwendige.

Und tatsächlich haben es andere Länder und Weltregionen geschafft, sehr viel besser die Ausbreitung des Virus einzudämmen, insbesondere in Ost- und Südostasien. Doch auch wenn es einen solchen ge-

meinsamen Kraftakt für einen „vollständigen Lockdown" mit sozialer Absicherung wie im ZeroCovid-Aufruf vorgeschlagen in Europa geben würde, gibt es große, begründete Zweifel: nicht nur, ob sich eine solche Strategie durchsetzen ließe, sondern auch, ob sie den erwünschten Erfolg (und für wie lange) hätte. Daher kann eine Diskussion über die Pandemie nicht darauf verzichten, das wahrscheinlichere Szenario eines Lebens mit einem – so gut es geht – eingedämmten Virus zu diskutieren.

Woher rührt die Skepsis?

Die Hoffnung auf ein „Aushungern" des Virus durch verordnete Bewegungs- und Berührungslosigkeit für alle erinnert an die radikalen Forderungen nach „No Sex" in den 1980er Jahren, als das HI-Virus zuerst in den US-amerikanischen und dann auch in europäischen Schwulenszenen Panik auslöste. Auch hier gab es Appelle zur kompletten Enthaltsamkeit, zur Unterstützung für die Versuche des Staates, mit den Infektionsorten aufzuräumen, der Schließung von Saunen und Darkrooms, dem Ende der Promiskuität. Diese scheinbar einfache und naheliegende radikale Lösung war aber nicht praktikabel und realisierbar. Nicht nur war der Widerstand der Betroffenen gegen solche massiven Einschränkungen ihrer individuellen Handlungen hoch und fand mit Gesundheitsministerin Rita Süssmuth in der konservativen Bundesregierung überraschende Unterstützung, für die langfristige Reduzierung infektionsgefährdender Situationen erwiesen sich auch mit der Todesangst arbeitende Appelle als ungeeignet.

Erfolg hatten im Gegenteil die Konzepte des „Safer Sex" – das Aushalten der ambivalenten Wünsche nach Schutz vor der Infektion und dem Bedürfnis nach Nähe, auch nach Kontrollverlust und Rausch. Das praktische Symbol (und der konkrete Schutz) dieses Konzepts war das Kondom, das durch den offensiven Umgang damit und seiner Bewerbung eine enorme Sichtbarkeit und Verbreitung gewann und zu jahrzehntelang stabilen „Kondomisierungsraten" des schwulen Sex führte. Abstandsgebote und Maske übernehmen diese Funktion heute in der Covid19-Pandemie. Das Werben für die geteilte Verantwortung für den Infektionsschutz akzeptierte auch das Scheitern daran, in dem es die (temporäre) Unvernunft des Individuums verteidigt und die Sorge um die trotz aller Vorsicht stattfindende Infektion nicht dämonisiert und moralisch verurteilt.

Deshalb propagieren wir trotzdem keine Corona-Parties. Aber so lassen sich überzeugendere Argumente finden in Zeiten des Misstrauens gegenüber den Expert*innenappellen. Denn der Appell an die Solidarität mit den Opfern der Pandemie muss auch die Solidarität mit denjenigen einschließen, die sich nicht in ihre Studierstube und ihre „sichere" Paarbeziehung zurückziehen und die Pandemie scheinbar aussitzen können. Die, deren Leben nicht nur gezwungenermaßen viel auf der Straße stattfindet, deren überlebenswichtige Mobilität durch Corona-bedingte Grenz- und Polizeikontrollen eingeschränkt wird, die in diffusen Beziehungen leben und dadurch stärker von Infektionen (durchaus nicht nur mit dem Coronavirus) gefährdet sind.

Angst ist keine gute Ratgeberin

Aus der AIDS-Pandemie lernen wir auch: Wir sollten und dürfen uns nicht auf das Moment der Angst verlassen, dass die hohen Infektionszahlen scheinbar so überzeugend macht. Und wir können das Thema der Angst nicht mit der Hoffnung auf „Null Infektionen" suspendieren. Denn Angst ist der falsche Ratgeber, er stärkt die autoritären Lösungen, nicht die solidarischen. Dies ist beim „Krieg gegen den Terror" so und so ist es beim „Krieg gegen das Virus". Wir sagen es zwar oft, aber vergessen es auch oft wieder: Das Virus bedroht uns alle, aber nicht alle gleich. Wir sind keine Schicksalsgemeinschaft, die das „gemeinsam" schaffen muss und kann. Das Virus vergrößert im Gegenteil wie ein Brennglas die gesellschaftliche Ungleichheit, gerade auch im Lockdown. Nicht die Arbeit ist das Problem, sondern die Prekarität der Arbeit. Wir brauchen nicht 5 Wochen Shutdown und dann geht alles weiter wie vorher. Wir brauchen dauerhaft gute Arbeitsbedingungen für essentielle Arbeit und eine gemeinsame Debatte darüber, was essentiell ist: die Niedriglohnjobs im Auslieferungszentrum bei Amazon und Co, damit der Konsumrausch trotz geschlossener Kaufhäuser funktioniert? Die prekäre, gesundheitsgefährdende Arbeit in Großschlachtereien, die aus Deutschland nach den Niederlanden den größten europäischen Fleischexporteur gemacht haben?

Die Care Revolution muss hier ernst genommen werden mit ihrem Fokus auf die Sorgearbeit. Hedgefonds, die Altersheime kaufen, um von den Geldern der Pflegeversicherung zu profitieren, so wie es die privaten Krankenhauskonzerne machen, gehören skandalisiert und kommunale und gemeinnützige Alternativen gestärkt. Die prekäre Pflegearbeit in Altersheimen und Krankenhäusern, die „auf Kante genäht" ist und beim ersten Krankheitsfall auf flexible „Springer*innen" von Personalagenturen setzen, muss endlich auskömmlich finanziert werden. Die lokalen Bündnisse und Unterstützungsnetzwerke, die im ersten Lockdown spontan Versorgungseinkäufe für Nachbar*innen organisiert haben, müssen finanziell und strukturell verstetigt werden, um sich an der Organisation des Infektionsschutzes in Altersheimen der Nachbarschaft zu beteiligen.

Der vollkommen berechtigten Furcht vor dem Kollaps der Gesundheitseinrichtungen und der Überarbeitung der Gesundheitsarbeiter*innen gilt es, die inhärenten Dysfunktionalitäten und Beschädigungen eines durch kapitalistischen Wettbewerb und kommerzielle Interessen geprägten Gesundheitssystems entgegenzuhalten und sie in den Fokus zu rücken. Dabei könnte die „Rekommunalisierung aller Gesundheitseinrichtungen" vielleicht eine Langzeitperspektive sein. Im Hier und Jetzt müsste es um Unterstützung der Forderungen der Beschäftigten nach Mindestpersonalschlüssel und Rückführung von ausgegliederten Bereichen in den Krankenhäusern und Tarifverträge zur Entlastung der ausgepowerten Belegschaften gehen.

Gesundheit ist mehr als kein Corona

Von diesem Blick und aus dieser konkreten Solidarität heraus müssen wir versuchen, linke Antworten auf die Herausforderungen der Covid19-Pandemie finden, und das nicht so sehr von den Abstraktionen der Zahlen und Modelle ausgehend. Denn in der Pandemie werden

nicht nur Corona-Statistiken verhandelt, sondern auch der Zustand der Gesundheitssysteme und das, was wir unter Gesundheit verstehen.

Die (realistischen) Erfahrungen und die Wünsche der Menschen in Bezug auf Gesundheit und Krankheit sind doch nicht, dass wir nie mehr krankwerden, dass wir die Krankheiten und den Tod endgültig besiegen. Dies suggeriert uns nur die allein einmal gelungene „Ausrottung der Pocken", während schon die mit enormem Einsatz vorangetriebene „Ausrottung der Kinderlähmung" zeigt, dass diese wahrscheinlich eher eine kontinuierliche Daueraufgabe bleiben wird, um nur den erreichten Erfolg halten zu können. Von den „großen Drei" im globalen Infektionsgeschehen – Tuberkulose, Malaria und HIV – ganz zu schweigen. Das ist kein Scheitern, sondern ein immer wieder neues Anpassen der Anstrengungen an die Widrigkeiten des Lebens und der gesellschaftlichen Missstände, die es zu überwinden gilt. So ist es auch mit Covid19. Wir werden die Pandemie nur besiegen können, wenn wir die Sorge umeinander als unverzichtbar akzeptieren und unseren Einsatz für die besonders Gefährdeten maximal erhöhen. Und wenn alle Menschen Zugang zu Impfstoffen und guter Behandlung im Krankheitsfall haben.

Dazu ist die Forderung nach „Impfstoffgerechtigkeit" absolut essentiell. Aber zugleich wissen wir, dass das Elend nicht vorbei ist, wenn der letzte der 7,8 Milliarden Menschen geimpft worden ist, sondern wenn wir das soziale Menschenrecht auf Gesundheit verwirklicht haben, das nicht das Recht auf ewige Gesundheit ist, sondern die Überwindung der Ungleichheit vor Krankheit und vorzeitigem Tod. Dafür brauchen wir alle jetzt, hier und überall auf der Welt gute Sorge, Pflege und Medizin. Wir müssen unsere existentiellen Lebensbedingungen sichern. Wir müssen am Skandal der unterschiedlichen Lebenserwartungen durch soziale Ungleichheit arbeiten und an der noch größeren sozialen Kluft bezüglich der Zahl der „gesunden Lebensjahre", die wir erleben können. Denn wir wollen nicht nur unserem Leben mehr Jahre geben, sondern den Jahren auch (gutes) Leben.

Dies schaffen wir nicht in 2021 und auch nicht bis 2030, wenn das Nachhaltige Entwicklungsziel 3, „Gute Gesundheit und Wohlbefinden für Alle", erreicht sein soll. Die Reise wird länger und die Widerstände sind groß. Das sollte uns nicht entmutigen, sondern anspornen. Mit Blick auf die HIV-Pandemie sehen wir, dass sie ihren Schrecken verlor, als es möglich wurde, das Sterben zu verhindern und das Leben der Betroffenen zu verbessern. Diese Perspektive ermöglichte den Blick auf die Ungerechtigkeit des ungleichen Zugangs und mobilisierte eine massive Gesundheitsbewegung von unten. Ähnliche Bewegungen sehen wir bei Covid19. Und wir sollten diese Blickrichtung auch heute einnehmen.

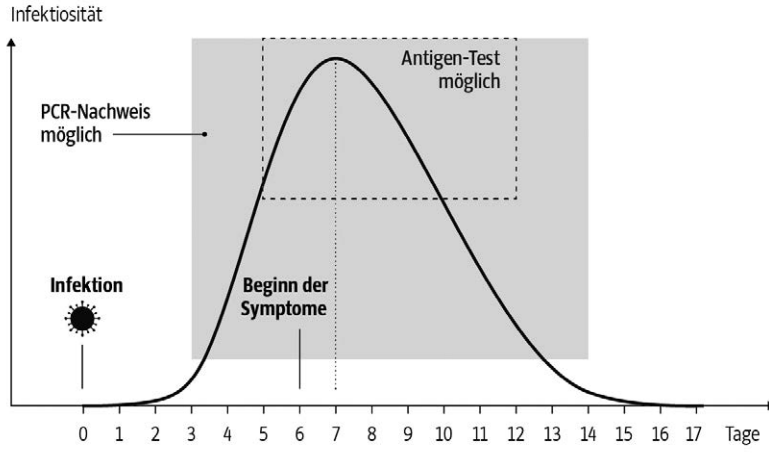
Andreas Wulf (für medico international)

Schnelltests & Mutanten

Die Etablierung von Schnelltests im Alltag als Berechtigung für Zugang und Bewegungsfreiheit hat einen Haken. Wegen der deutlich geringeren Genauigkeit dieser (Antigen-)Schnelltests (siehe Abbildung) soll ein positiver, professionell durchgeführter Schnelltest (tief im Rachen) unfreiwillig per PCR-Test verfiziert werden. Dazu wird der in Flüssigeit gelöste Nasen-/ Rachen-Abstrich ins Labor geschickt. Wer sich also nicht selbst schnelltestet, sondern sich in der Apotheke, beim Arzt, Arbeitgeber oder einem Testzentrum testen lässt, läuft Gefahr die Entscheidungskompetenz in der Frage „unterzeihe ich mich einem PCR-Test?" zu verlieren.

Wir empfehlen daher den Selbsttest aus dem Discounter oder Drogeriemarkt zu Hause privat durchzuführen. Dem Ergebnis solcher Schnelltests kann allerdings nur eingeschränkt vertraut werden. Die gut klingende Sensitivität von 97% gilt nur wenn der Getestete hoch infektiös ist. Bei immer noch ansteckender niedriger Viruslast liegt die Erkennung nur zwischen 60-80%. Es gibt sowohl falsch positive als auch falsch negative Ergebnisse.

Mit der neuen Mutantensuche verändert sich die potenzielle Gefahr, die eigene DNA mit der Probe abzuliefern, nicht. Seit Februar werden 5-10% der positiven PCR-Tests (zufällig ausgewählt) zur Feststellung etwaiger Mutationen des Virus genom-sequenziert. Seit 19.1.2021 gilt die „Neue Coronavirus-Surveillanceverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit". Eine vollständige Genomsequenzierung der Virus-RNA kann nicht jedes Labor durchführen. Daher werden diese



5-10% der positiven Proben an Speziellabore verschickt. Die Bezeichnung „Vollgenomsequenzierung" lässt zunächst aufhorchen, aber aus den positiven Proben wird zur Mutantensuche nur die Virus-RNA, nicht eure Wirts-DNA, herausgelöst und vervielfältigt um das Erbgut des Virus zu entschlüsseln. Die Speziallabore müssen ihre Ergebnisse als Datei (nicht die Proben) an das Robert-Koch-Institut übermitteln.

Das bedeute also: *keine Entwarnung beim PCR-Test was die Gefahr anbelangt, unsere DNA „in Forschungsdatenbanken" zu hinterlegen - aber offenbar auch keine Verschärfung des Problems aufgrund der Mutations-Sequenzierung.*

Corona Riots in den Niederlanden:

„Die Regierung hat den Familien Millionen gestohlen, hat Familien zerstört“

Seit letztem Wochenende ist es in den Niederlanden unruhig. In Urk haben Faschist*innen und Querdenker am Samstag eine Corona-Teststraße niedergebrannt. In Amsterdam und Eindhoven kam es am Sonntag zu Ausschreitungen, nachdem rechtsextreme Gruppen wie PEGIDA-NL und Querdenker in beiden Städten zu Demonstrationen gegen die Ausgangssperre aufgerufen hatten. Der seltsame Querfront-Mix in den Niederlanden bei dieser Art von Demonstrationen ist ähnlich wie in Deutschland und Österreich. Was anders ist, ist, dass Jugendliche die Querfront-Proteste in Eindhoven am Sonntag gekapert haben. Einige Fascho-Hools beschwerten sich in den sozialen Medien, dass sie dabei von migrantischen Jugendlichen zusammengeschlagen wurden. In einigen Videos skandierten Jugendlichen antisemitische Schimpfwörter. Also sind das alles rechtsextreme und antisemitische Jugendliche? Nein, auch wenn ich natürlich jedes rechtsextreme und antisemitische Verhalten verurteile, so einfach ist es nicht. Es ist eine schwierige und komplexe Situation. Ein Versuch, die Corona-Unruhen in den Niederlanden einzuordnen.

In den achtziger Jahren begann Premierminister Ruud Lubbers mit einem neoliberalen Reformprogramm, mehrere Nachfolger setzten es fort. Als Gerhard Schröder Anfang der 2000er Jahre seine neoliberale Agenda 2010 auf den Weg brachte, sagte er offen, dass sie teilweise auf dem niederländischen sogenannten „Poldermodell“ basiere. In den Niederlanden gingen die neoliberalen Programme aber noch viel weiter als in der BRD. Thatchers „Es gibt keine Gesellschaft“ hat bei unseren Nachbarn funktioniert. Nach der zerstörerischen Arbeit von 3 Generationen von Politikern ist die Gesellschaft in den Niederlanden heute komplett zerbrochen.

Wie der Zufall nach Beginn der neoliberalen Reformen so will, kam die extreme Rechte schon in den achtziger Jahren ins niederländische Parlament. Damals war es die Centrumpartij, später zusammen mit einer Abspaltung: die Centrum-Demokraten. 1986 versuchten die beiden Parteien für die nächsten Wahlen zu fusionieren, aber autonome Antifaschisten störten den Parteitag der rechtsextremen Parteien in Kedichem und so kam die Fusion nicht zustande. Das Hotel, in dem der Parteitag stattfand, ging in Flammen auf. Die Antifaschist*innen verhinderten mit dieser Aktion den Zusammenschluss von Centrumpartij und Centrum-Demokraten.

Autonome Antifaschist*innen griffen das Hotel in Kedichem an, in dem der Parteitag der Centrumpartij und der Centrum-Demokraten am 29. März 1986 stattfand. Der Parteivorsitzende der Centrum-Demokraten, Hans Janmaat, musste aus dem Hotel fliehen.

Vor der Centrumpartij gab es bereits die Nederlandse Volksunie (NVU), aber die hatte nie wirklich das Potenzial, größer zu werden. Sie waren zu offen faschistisch, in Zeiten, in denen viele Menschen der „Kriegsgeneration“ noch am Leben waren. Bald wurden auch die Centrumpartij und die Centrum-Demokraten auf dem Scheiterhaufen der Geschichte abgeladen. Aber die wirkliche Gefahr sollte noch kommen.

Während die autonome Bewegung immer schwächer wurde, setzte sich in den Niederlanden ein neuer rechtsextremer Politiker durch: Pim Fortuyn. Fortuyn war in den frühen neunziger Jahren Professor für Massenkommunikation und schrieb für die konservative Wochenzeitung Elsevier. Im Jahr 1997 veröffentlichte er das Buch „Gegen die Islamisierung unserer Kultur“. Am 20. August 2001 gab Fortuyn bekannt, dass er in die Politik gehen wolle. In November 2001 wurde er Spitzenkandidat der Partei Leefbaar Nederland (LN, deutsch: Lebenswerte Niederlande), und kurz darauf ebenso von Leefbaar Rotterdam. Nach rassistischen Äußerungen in niederländischen Medien wurde Fortuyn wegen seiner rechtsextremen Agenda aus Leefbaar Nederland geworfen und gründete sofort seine eigene Partei. Liste Pim Fortuyn. Fortuyn war kein „old-school“ fascist wie Janmaat, er war eine charismatische Persönlichkeit. Er trug immer maßgeschneiderte Anzüge, modische italienische Schuhe und war rhetorisch sehr begabt. Ich erinnere mich, dass ich eine Debatte mit allen Spitzenkandidaten im öffentlich-rechtlichen niederländischen Fernsehen gesehen habe. Das war ein paar Monate vor den Parlamentswahlen 2002. Fortuyn ließ während diese Debatte seiner Gegner*innen wie Schulkinder die noch viel zu lernen haben aussehen. In diesem Moment wurde mir klar, dass dieser Mann eine ganz andere Art von rechtsextremem Politiker war, Fortuyn war wirklich gefährlich. Ein paar Wochen vor der Wahl, am 6. Mai 2002, wurde Fortuyn erschossen. Der Attentäter, Volkert van der Graaf, war ein Umweltaktivist und sagte während seiner Gerichtsverhandlung, dass er Fortuyn tötete, weil er ihn für eine Gefahr für die Gesellschaft hielt, insbesondere für gefährdete Gruppen wie Geflüchtete, Muslime und Menschen die z.B. Invalidenrente beziehen. Van der Graaf erkannte, dass Fortuyn gestoppt werden musste. Aber der Schaden war bereits angerichtet. In nur ein paar Monaten wirbelte Fortuyn die gesamte Parteienlandschaft durcheinander.

Fortuyn wurde nie gewählt, veränderte aber die holländische Gesellschaft in nur wenigen Monaten und zwar nachhaltig. Heute, im Jahr 2021, fast 20 Jahre später, ist rechtsextreme Politik in den Niederlanden völlig normalisiert. Neun Tage nach seinem Tod fanden die Wahlen statt und seine Partei wurde Teil einer Koalitionsregierung mit den Christdemokraten und der neoliberalen VVD. Es war das erste Mal, dass eine rechtsextreme Partei die Niederlande seit der Nazi-Besatzung in den 1940er Jahren regierte. In Rotterdam bekam seine Partei 30% bei den Kommunalwahlen 2002. Eines der ersten Dinge, die sie taten, war die „Säuberung“ der öffentlichen Stadtbibliothek. Linke Bücher verschwanden. Fortuyn war zwar gestorben, aber der „Rechtspopulismus“ etablierte sich als fester Bestandteil der Politik. 2002, also lange vor es die AFD hierzulande überhaupt gab. Fortuyns Erbe wurde Geert Wilders mit seiner PVV. Es ist Wilders, der gegen staatliche Corona-Maßnahmen agitiert. Das Forum voor Democratie (FVD, deutsch Forum für Demokratie), eine weitere rechte Partei, wettert auch gegen die staatlichen Corona Maßnahmen.

Die niederländische Regierung reagiert mit harter Repression gegen die rechtsextreme und Querdenker-Bewegung, die aber immer wieder von Wilders und die FVD befeuert werden. Immer öfter werden De-

monstrationen verboten, aber die Mobilisierungen gehen weiter. Die Bullen setzen diese Verbote durch, oft mit viel Gewalt. Die Tatsache, dass die Ausgangssperre die erste seit der Nazi-Besatzung ist, gab der extremen Rechten den nötigen Treibstoff, um die Proteste zu eskalieren. Niederländische Nazis, sind Nazis, aber nutzen die immer noch vorhandene Emotionen gegen Nazideutschland für ihre eigenen Ziele. Nach dem Verbot der Demonstrationen in Amsterdam und Eindhoven am vergangenen Sonntag gab es viele Aufrufe, zu einer Tasse Kaffee zu kommen, da das vom Staat nicht verboten werden könnte. Wieder begannen die Bullen, die Menge mit massiver Gewalt zu zerstreuen. Ähnlich wie eine Woche zuvor in Amsterdam, kam es zu Ausschreitungen.

Als die Auseinandersetzungen am Sonntag in Eindhoven begannen, konnte man viele Fascho-Hools sehen, die sich mit den Bullen prügelten. Aber nach einer Weile änderte sich die Situation. Immer mehr Jugendliche erschienen, ein Teil von ihnen waren Migrant*innen. Sie waren es, die den Bullen das Leben schwer machten, Läden plünderten und Eindhoven für einige Stunden unkontrollierbar machten. Da sich einige Fascho-Hools in sozialen Medien beschwerten, dass sie von migrantischen Jugendlichen verprügelt wurden, haben sie wohl nicht wirklich zusammengearbeitet. Am Montag hatten sich die Unruhen auf ein Dutzend Städte in den Niederlanden ausgebreitet. Am Dienstag ging es weiter, obwohl die Intensität geringer war.

Es gibt zwar viele Unterschiede zu der Situation hier in der BRD, aber auch einige Parallelen. Auch in den Niederlanden wurde das Feld gegen die autoritären staatlichen Corona-Maßnahmen von der radikalen Linken offen gelassen. Auch dort bedankten sich die Rechtsextremen und Verschwörungstheoretiker*innen und füllten die offen gelassene Lücke. Offene Kritik an der Art und Weise, wie der Staat mit seiner autoritären Politik die Pandemie verwaltet, gab es aus der linke Ecke bis auf wenige Ausnahmen eigentlich nur von aufständischen Anarchist*innen. Sie waren auch die Einzigen, außer Rechte und Verschwörungstheoretiker*innen, die zum Widerstand aufgerufen haben. Auf Indymedia NL gibt es zum Beispiel einen Aufruf von Anarchist:innen, sich dem aktuellen Aufstand anzuschließen.

In Deutschland sind Banlieu-ähnliche Auseinandersetzungen, wie sie letztes Jahr in Stuttgart stattfanden, ein relativ neues Phänomen. In den Niederlanden ist das schon öfter passiert, wie zum Beispiel in der Schilderswijk in Den Haag, aber auch in Utrecht Overvecht, um nur einige zu nennen.

Viele Linke diskutieren gerne über die Revolten in Chile, Libanon, Tunesien und Frankreich. Revolten, bei denen sich proletarische Jugendliche erhoben haben, aber in Ländern wie den Niederlanden und Deutschland scheinen große Teile der sogenannten Linken den Kontakt zu den Proletarier*innen im eigenen Land verloren zu haben.

> *„Wenn wir an dieser Stelle über die Aufstände in Tunesien reden, dann auch deshalb, weil niemand hierzulande über die Unruhen im Sommer in Stuttgart mehr redet. Oder anders gesagt, weil es für jenes Surplus Proletariat das voller Stolz für die Riots verantwortlich zeichnet, keine wirkliche räumliche/perspektivische Trennung gibt. Es nur den Irrtum der Linken über die Genese und die Perspektive der ganzen Angelegenheit gibt. Zu großen Teilen abgespalten von jeglicher proletarischen Lebensrealität richtet sie sich im stay home Biedermeier häuslich ein, bis der Staat die Pandemie aus der Welt geschafft hat oder gefällt sich darin, ausdifferenzierte Konzepte des Ausnahmezustandes in den Diskurs einzubringen. Bis heute gibt es keinen lesenswerten linken Bericht zu der Revolte in Stuttgart, keine Interviews mit den Beteiligten, niemand kennt die Namen der Inhaftierten, es werden keine Spendengelder für die Prozesse gesammelt, niemand besucht oder schreibt den Gefangenen.„*
>
> Sebastian Lotzer in 2021 Nightshift

In Frankreich haben Antifaschist*innen einen anderen Ansatz. Sie sind in die Banlieues gegangen und arbeiten viel mit Menschen, die dort leben. Viele Leute aus den Banlieues beteiligen sich jetzt an Demos und kämpfen gemeinsam mit Aktivist*innen aus den Stadtzentren. Als die Rechtsextremen versuchten, die Gilets-Jaunes-Bewegung zu kapern, starteten Antifaschist*innen keine Gegenproteste, sondern begannen, die Faschist*innen aus den Demonstrationen zu verjagen. Sie erkannten, dass die Gilets Jaunes soziale Forderungen hatten und dass sie sozialen Fragen nicht den Faschist*innen überlassen können. Sie wussten, dass sie sich selbst einbringen mussten und taten es auch. Genau das fehlt in Länder wie Deutschland und den Niederlanden.

Natürlich ist es unerträglich, wenn Menschen Bullen „Kankerjoden" (deutsch „Krebsjuden") nennen. Natürlich ist antisemitische Sprache und antisemitisches Verhalten nicht akzeptabel. Aber erstens waren die Corona-Unruhen in den proletarischen Stadtteilen in den Niederlanden unorganisiert und ziemlich spontan. Zu sagen, dass sie alle Antisemiten und rechts waren, ist schlichtweg falsch. Was die Leute eint, ist ihr Hass gegen die Polizei, aufgrund ihrer täglichen Erfahrungen mit Racial Profiling, Repression und so weiter. Viele von ihnen sehen auch die heuchlerische Haltung vieler Politiker*innen und großer Teile der Gesellschaft. Sie sehen für sich keine Perspektive in dieser kapitalistische Welt. Zweitens: Was erwarten wir eigentlich in einer kaputten Gesellschaft, in der die meisten von uns den Kontakt zu den Menschen, die in den proletarischen Quartieren leben, verloren haben und in der viele von uns meist nur noch mit Menschen in unseren eigenen „sicheren und freien" Räumen in Kontakt sind.

Zu behaupten, diese Krawalle seien nicht politisch, sagt mehr über die Scheinwelt aus, mit der sich viele Linke arrangiert haben, inklusive ein Spaziergang um den Kirchturm hier und einem Benefizkonzert dort. In der BRD haben Teile diese sogenannte radikale Linke gerade begonnen, sich mit ZeroCovid zu einer Parodie von sich selbst zu entwickeln. In den Niederlanden sieht es nicht viel besser aus. Wollen wir überhaupt wissen was die Jugendlichen die in den Niederlanden auf die Straße gegangen sind, uns zu sagen haben? Ich schon.

Emre und *Yassin*, beide Anfang 20, wurden gestern interviewt, aber es sind nicht ihre richtigen Namen. Sie waren mit von der Partie am Montag. Emre verweist auf die Zuschlägen-Affäre. Die niederländische Regierung musste am 15. Januar zurücktreten, nachdem raus kam das 20.000 Eltern zu Unrecht durch den holländischen Staat wegen Betrug verfolgt wurden. Dies hat viele Familien in den finanziellen Ruin getrieben. Ministerpräsident Rutte (VVD) ist trotzdem wieder Spitzenkandidat seiner Partei. In das Interview mit „Één Vandaag", einer Sendung des niederländischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens, sagte Emre:

> *„Dann sagen sie: Wir sind der Abschaum der Welt. Aber die Regierung hat den Familien Millionen gestohlen, hat Familien zerstört. Wenn sie es tun, ist es legal, weil es die Regierung ist. Wenn wir das tun, sind wir Kriminelle."* Emre.

Diese Jugendlichen sind unpolitisch? Mir scheint, dass Emre sich sehr wohl bewusst ist, in welcher Art von Gesellschaft er lebt. Er mag nicht auf der Universität gewesen sein, ich weiß es wirklich nicht und es ist mir auch egal, und er mag eine andere Sprache sprechen als die meisten der radikalen Linken, aber er weiß, gegen wen und was er kämpft.

> *„Du kannst nichts tun, sitzt nur zu Hause. Erst hieß es, bis zu diesem und jenem Datum, aber dann haben sie es auf der Pressekonferenz wieder um 2 Wochen verlängert. Nachher sind wir 25 Jahre drinnen, genau wie in einer tbs-Klinik."* (1) Emre.

Emre und Yassin haben kein Problem damit, die Polizei anzugreifen, aber es geht ihnen zu weit, wenn Menschen Supermärkte plündern oder Krankenhäuser überfallen: „Denn das sind Institutionen, die dazu da sind, Menschen zu helfen." Ein Supermarkt ist natürlich keine Institution, die Menschen unterstützt, sondern ein Unternehmen, das Profite erzielen möchte. Aber heißt das, dass die beide Jugendlichen nicht politisch sind? Mir scheint, dass der Angriff auf ein Krankenhaus in Enschede am Montagabend etwas ist, dass sie reflektiert haben. Wenn ich solche Worte lese, habe ich tatsächlich den Eindruck, dass sie mehr reflektieren als die üblichen Verdächtigen von Teilen der sogenannten Linken.

Wie in vielen Ländern auf dieser Welt sind migrantische Jugendliche auch in den Niederlanden oft Racial Profiling und feindseligen Bullen ausgesetzt, die sie oft für nichts und noch mal nichts bestrafen und drangsalieren. Der Hass gegen die Polizei wächst. Es ist teilweise ein Katz- und Mausspiel, sagen Emre und Yassin, wobei einige versuchen, sich an der Polizei zu rächen. Denn zu oft werden ungerechtfertigte Bußgelder oder Strafen verhängt. Aber die Gewalt könnte noch viel schlimmer werden, so Emre, zum Beispiel durch das In Brand setzen eines Rathauses oder einer Polizeirevier.

> *„Es stimmt, dass es Verletzte bei der Polizei gibt, aber die Polizei wendet auch Gewalt gegen Zivilisten an".* Emre.

Die Bilder von Plünderungen und Gewalt haben viele Menschen in den Niederlanden sehr wütend gemacht. Aber dafür haben Emre und Yassin wenig Verständnis. Yassin sagt dazu: „Es ist mir eigentlich egal, es stört mich nicht."

Um ehrlich zu sein, ist das nicht wirklich überraschend. Wo sind all diese wütenden Menschen, wenn Jugendliche wie Emre und Yassin der nächsten Racial-Profiling-Operation der Polizei ausgesetzt sind? In den sozialen Medien bejubelten viele Menschen die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und Fascho-Hools in mehreren niederländischen Städten am Dienstagabend. Das sagt viel über das „Gesunde Volksempfinden" in den Niederlanden aus. Plötzlich wurde vergessen, dass die ersten Zusammenstöße zwischen den Bullen und den Fascho-Hools stattfanden. Emre und Yassin werden das nicht vergessen haben. Im Zweifel alle zusammen gegen migrantische Jugendliche?

Diese Art von Unruhen wird in den kommenden Jahren zunehmen, nicht nur in den Niederlanden. Wir können viel von den Genossinnen und Genossen in Ländern wie Chile und Frankreich lernen. Zum Beispiel, wie man die derzeitige Spaltung zwischen Teilen der sogenannten radikalen Linken und der proletarischen Jugend in den Vororten überwinden kann.

Dies wird nicht von selbst geschehen. Wenn wir den Kapitalismus wirklich überwinden wollen, wird es notwendig sein, unsere Isolation in unseren Freiräumen und oft geschlossenen Kreisen aufzubrechen und auf die Proletarier*innen in den Vorstädten zuzugehen. Wenn wir das nicht tun und uns weiter im eigenen Saft drehen, werden wir eines Tages in einem realen totalitären Albtraum aufwachen. Die Herrschenden haben längst begonnen dran zu arbeiten.

von Riot Turtle veröffentlicht in Sūnzi Bīngfa

[1] Im niederländischen Strafrecht ist tbs (vor 1988: terbeschikkingstelling van de regering, abgekürzt tbr) eine Maßnahme, die ein Richter gegen einen Verdächtigen einer Straftat, die mit einer Freiheitsstrafe von mindestens vier Jahren geahndet wird, oder einer Reihe speziell aufgelisteter Straftaten (z. B. Bedrohung und Stalking) verhängen kann. Voraussetzung ist, dass der Richter davon überzeugt ist, dass der Beschuldigte zur Tatzeit an einer Fehlentwicklung oder pathologischen Störung der geistigen Fähigkeiten litt. Die tbs mit Zwangseinweisung können nach der Dauer der Maßnahme unterteilt werden a) maximierte tbs und b) reguläre tbs

Letzteres ist das bekannte tbs, das sich immer wieder verlängern lässt. Die erste kann nur einmal verlängert werden und hat eine maximale Dauer von vier Jahren.

Bremen: Jobcenter angekokelt

Feuer und Flamme der Repression!

Dokumentation:

„Motiviert vom Aufruf „Subversiv und unkontrollierbar" (https://de.indymedia.org/node/129741) und inspiriert vom brennenden Jobcenter in Berlin-Lichtenberg zu Silvester (das Schreiben findet sich hier https://de.indymedia.org/node/129747), haben wir uns auch hier in Bremen in den Morgenstunden des 4.1.21 auf den Weg gemacht, um dem Jobcenter am Doventorsteinweg einen feurigen Besuch abzustatten. Natürlich haben wir darauf geachtet, dass das Gebäude zu der Zeit menschenleer war. Inhaltlich haben wir dem Schreiben aus Berlin nichts hinzuzufügen.

In dem Aufruf „Subversiv und unkontrollierbar" geht es vor allem um den Angriff auf Repressionsorgane wie Bullen und Justiz. Wir verstehen jedoch auch das Jobcenter als wichtiges Standbein deutscher Repressionsbehörden. Denn Repression ist mehr als der Polizeiknüppel auf dem Kopf. Ökonomischer Zwang soll isolieren und gefügig machen. Briefe vom Jobcenter lösen genauso Herzklopfen aus wie Schreiben von der Staatsanwaltschaft. Und wer jeden Monat zusehen muss, wie sie_er über die Runden kommt ohne hungrig ins Bett zu gehen, wird sich zweimal überlegen, ob sie_er selbst der offensichtlichsten Schikane und Demütigung vom Jobcenter widerspricht.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass der Brand beim Jobcenter nicht mehr ist als ein Nadelstich im Arsch des kapitalistischen Normalzustandes. Er ist jedoch auch ein Ausdruck. Er ist ein Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung gegenüber Verhältnissen, die Menschen ausbeuten und isolieren. Ein Ausdruck einer unversöhnlichen Haltung gegenüber einem Staat, der die Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung zuletzt mit Gewalt durchsetzen wird.

Der Brand ist aber auch ein solidarischer Gruß. Ein solidarischer Gruß an all diejenigen, die der Gängelung und Demütigung im Jobcenter ausgesetzt sind. Und zuletzt ist es ein Aufruf: Lasst euch nicht alles gefallen! Je mehr Nadelstiche im Arsch der kapitalistischen Normalzustandes landen desto eher werden die Verhältnisse in Bewegung gebracht.

Für ein kämpferisches 2021. Feuer und Flamme der Repression!"

Autonome Gruppen

Zu den jüngsten Ausschreitungen in Spanien

Aufstände mit Unterbrechungen?

> *„Denn manche Male, um nicht zu sagen viele Male, ist es geschehen, dass objektiv aufständische Situationen uns de facto präsent sahen, aber als Fremdkörper. Fasziniert vom äusseren Aspekt der laufenden aufständischen Bewegung, beteiligen wir uns manchmal, weil wir spontan Rebellen sind. Nun, uns auf diese Weise an Situationen zu beteiligen, die uns objektiv als Aussenstehende sehen, weil nicht Teilhabende an den Spannungen, nicht Interne dieser Situation von Entwicklung der aufständischen Spannungen, bedeutet im Grunde, bloss Fremdkörper, und auch sehr suspekte Körper zu sein."*
>
> Alfredo M. Bonanno,
> Insurrektionalistische Antiautoritäre Internationale

Am 15. Februar 2021 wurde in der Universität von Lleida (Katalonien) der Rapper Pau Rivadulla Duró (Alias Pablo Hasél), festgenommen. Seit seiner Inhaftierung gab es in diversen Städten des spanischen Staates Ausschreitungen (letzter Stand war bis jetzt die Nacht des 24.02.2021), dies ist aus vielen Gründen ein außerordentliches Phänomen, aber wie jede Erzählung hat auch diese einen Anfang. Diese Ausschreitungen werden mit der Inhaftierung von Pablo in Verbindung gebracht, dennoch sind wir der Meinung, dass es um wesentlich mehr geht.

Pablo Hasél genießt als politischer Rapper im spanischen Staat einen gewissen Ruf. Den hat er auch den Medien zu verdanken, die ihm schon einige Nachrichtenbeiträge gewidmet haben, – sei es aufgrund seiner Lieder oder seinem unfreiwilligen Erscheinen vor den Gerichten – vor allem Medien, die sich politisch als sehr konservativ, rechts und zu den alten Zeiten nostalgisch hingezogen fühlen, aber auch progressiven Medien, die ihn gerne eingeladen haben, als er eine gewisse Bekanntheit erlangt hatte. Er hat die sozialen Medien unserer Zeit sehr zu seinen Gunsten zu verwenden gewusst, es gibt viele Videos von ihm alleine oder mit anderen Rappern, die man sich auf YouTube anschauen kann.

Einer der Gründe für seine Bekanntheit und auch für die Repression ist, dass Pablo sehr offen und deutlich in seinen Texten über seine Sympathie mit der marxistisch-leninistischen Stadtguerilla GRAPO (Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre) singt, welche der bewaffnete Arm der verbotenen PCE(r) ist. Offiziell löste sich diese Partei 2003 auf, GRAPO existiert vor allem als Gefangenenkollektiv weiter. Beide haben im spanischen Staat den Status von terroristischen Organisationen, so wie auch das Gefangenenkollektiv die Socorro Rojo Internacional (Internationale Rote Hilfe1).

Aber seine Sympathie gilt nicht nur den GRAPO, sondern er begrüßt in seinen Texten ebenfalls – auch wenn nicht explizit, sofern uns bekannt, wir sind keine Experten seiner Musik – bewaffnete Aktionen gegen Politiker der rechtskonservativen PP in den baskischen Ländern, die, wie damals üblich, von der bewaffneten Gruppe ETA(m) durchgeführt wurden. Seine Großzügigkeit bei dem Wunsch des frühzeitigen Ablegens jeglicher Lebensaktivität (im Allgemeinen auch bekannt als in das Gras beißen) durch den Einsatz von 9 Millimetern haben schon einige bekommen, hauptsächlich alles Personen, die nach der Sicht von Pablo Feinde der Revolution sind. Er liegt bei seiner Auswahl meistens nicht falsch, aber auch nicht immer richtig.

Für diese Sympathie und wegen Beleidigungen und Verleumdung gegen die spanische Krone sowie gegen die spanischen Behörden/Institutionen, als auch für die Verteidigung einer bewaffneten Gruppe – GRAPO-PCE(r)- wurde Pablo 2017 vor Gericht gezogen. Es handelt sich in seinem Fall aber vor allem um Veröffentlichungen auf Twitter.

In erster Instanz vor der Audiencia Nacional – also jenem Gericht was für Terrorismusbekämpfung verantwortlich ist – wurde Pablo zu 2 Jahren und einem Tag Haft sowie einer Geldstrafe von 24.300€ verurteilt. Nach einem Revisionsverfahren im Jahr 2020 wurde die Strafe auf neun Monaten reduziert. Am 28. Januar 2021 benachrichtigten die Justizbehörden Pablo, dass er noch zehn Tage Zeit haben würde, um freiwillig seine Haft anzutreten, was er nicht tat, stattdessen sich wie oben schon erwähnt in der Universität, in Begleitung von unterstützenden Personen, einer Mini-Horde von Journalisten, den üblichen Voyeurs und von der katalanischen Polizei festnehmen ließ.

Seit seiner Inhaftierung wurde er auch zu zusätzlichen 2,5 Jahren Haft verurteilt, weil er einem Zeugen mit dem Tod gedroht haben soll, also er drohte ihn zu töten. Einige Medien in Deutschland waren in ihrer Eloquenz so raffiniert, dass sie Pablo mit Bushido verglichen, weil letzter auch beschuldigt wird, einen Zeugen bedroht zu haben. Klar, die Ähnlichkeiten sind verblüffend, vor allem wenn man die Texte, die politische Aussagen, das Luxusleben beider (Gucci versus Decathlon), die komplett überteuerten Videos und vieles andere vergleicht.

Nun wir wollen uns auf verschiedene Aspekte der Ausschreitungen, die seit seiner Inhaftierung stattfinden, konzentrieren und einige Beobachtungen dazu äußern. Denn wir denken, dass sich einiges um die Person von Pablo dreht, wie auch um seinen Fall, aber dies sind nicht die einzigen Gründe, nicht mal die wichtigsten, denn es scheint bei vielen der Protagonisten der Revolte um wesentlich mehr zu gehen, als um den Fall von Pablo. Es handelt sich daher um eine allgemeine Situation im spanischen Staat, welche seit seinem Fortbestehen andauert.

> *„Gewalt ist etwas,das niemand gerne tut oder sieht, aber lassen wir uns nicht für dumm verkaufen. Wenn man durch das Sprechen nichts erreicht, muss man einen Weg finden, um eine Veränderung zu erzwingen. Und vielleicht ist der Weg gerade so"*
>
> Maria, eine 17-jährige Schülerin aus Poblenou.

Was ist bis jetzt passiert?

„Wenn sich die Bevölkerung spontan auflehnt, weil sie die Grenze der Unerträglichkeit der Ausbeutungssituation erreicht hat, ereignen sich sichtbare Tatsachen: Konfrontationen auf den Straßen, Angriffe gegen die Polizei, Zerstörung von Symbolen des Kapitals (Banken, Juweliere, Läden, usw.). Aber in der Regel treffen diese spontanen Ausdrücke von populärer Gewalt die Anarchisten unvorbereitet, welche von der Tatsache überrascht bleiben, dass sich die Apathie von gestern plötzlich in die Wut von heute verwandelt." Alfredo M. Bonanno, Anarchismus und Aufstand

Wie schon gesagt, fanden quer durch den spanischen Staat viele Kundgebungen und Demonstrationen statt. In der Regel unter dem Motto „Freiheit für Pablo", aber letztens auch Sprüche wie „Ihr habt uns gelehrt, dass friedlich zu sein, nutzlos ist2". Der Fall von Pablo, das muss hier auch gesagt werden, ist kein Einzelfall, wir gehen darauf etwas später ein, und was viele Menschen auf die Straße bewegt, ist auch nicht unbedingt eine Sympathie für diesen stalinistischen Rapper (ach? Das wusstest du nicht? Hier in der BRD würden die meisten Zecken für ihn nicht auf die Straße gehen!), sondern eher das, was sich um seinen Fall synthetisiert, nämlich alle sozialen Probleme und die darauffolgenden Konflikte sowie die Infragestellung, dass es im spanischen Staat so was wie freie Meinungsäußerung überhaupt geben würde.

Also zurück zum roten Faden, es gab viele Ausdrücke der Entrüstung auf den Straßen, sie waren nicht alle gewaltsam und die Gewalt ging auch nicht immer von den Bullen aus, auch wenn diese logischerweise immer auf diese reagierten.

Es gibt eine Dynamik, die sich mehr oder minder im Allgemeinen wiederholt und an frühere Ereignisse im spanischen Staat erinnert, auch wenn diese Kontinuität nur eine Hypothese ist, die wir deswegen auch als eine mit Unterbrechungen bezeichnen. Die Dynamik, die wir meinen, ist, dass ab dem Moment wo die Ausschreitungen beginnen, auch wenn es absurd wäre zu behaupten, dass alle Menschen nur deswegen auf die Straße gehen, eine ist, die weit über die Forderung der Freilassung von Pablo und der Verteidigung der freien Meinungsäußerung oder die Kritik, diese würde eingeschränkt werden, geht.

„Wir befinden uns vor einem Phänomen, welches unsere traditionellen Analyseschemata überflüssig macht, (…) wir befinden vor einer neuen und komplexen Situation (…), da die, die aufgerufen haben, eine Sache sind und die, die wir am Ende angetroffen haben, sind was ganz anderes oder viel schwieriger zu analysieren."

Pere Ferrer, Generaldirektor der Mossos d´Esquadra (katalanische Bullen), in einem Radiointerview zu der Revolte

Wir sprechen von der Dynamik die offenkundig zu beobachten war, sei es in der Vertretung politischer Symbolen, vor allem in den größeren Metropolen, wo sich keine Avantgarde – ob nationale Befreiungskämpfe oder sonstige – sich die Gelegenheit entgehen lässt auf dem Foto zu erscheinen, die aber eben sehr sehr lasch vertreten waren oder gänzlich durch ihre Abwesenheit glänzten und auffielen.

Wir sprechen von der Dynamik, wie instinktiv Symbole des Kapitals angegriffen wurden, genauso wie in vielen Momenten, die Möglichkeit ergriffen worden ist, Konfrontationen mit den Bullen zu suchen. Genauso wie das Bauen von Barrikaden um sich vor diesen zu schützen und/oder damit dem Konflikt ein Zeichen des Anfangs zu geben.

All dies sind gewiss keine Ereignisse oder Dynamiken, wie wir sie hier beschreiben, die noch nie stattgefunden hätten. Ganz im Gegenteil, sie finden im spanischen Staat ununterbrochen statt, vor allem wenn eine historische Kontinuität gesehen wird, nämlich das Kontinuum des sozialen Krieges.

Deswegen denken wir, wenn wir es auch ehrlich nicht genau wissen, dass wieder ein Ereignis stattfindet, welches den Rahmen, innerhalb dessen es stattfindet, vor langer Zeit gesprengt hat und nicht nur in der Praxis sehr starke aufständische Elemente trägt, denn dies ist ja mehr als offensichtlich, sondern auch in der kollektiven Mentalität, wo es doch klar ist, dass die ganzen Leute auf der Straße keine Karteileichen irgendeiner Partei oder Gruppe sein können. Wir reden vom Moment, wo Ereignisse den Apparatschiks aus den Händen entgleiten und diese einen spontanen und aufständischen Charakter einnehmen. Jegliche Form von Politik zu machen wird zerfetzt, weil aus dem was passiert kein politischer Mehrwert mehr akkumuliert werden kann.

Ein Gespenst geht nach wie vor in Spanien um und das ist das Gespenst in irgendeiner Form mit ETA in Verbindung gebracht zu werden. Auch wenn ETA offiziell nicht mehr existiert, wird jegliche Art von Konflikten auf der Straße gerne symptomatisch mit ETA, oder, damals, mit Jarrai und ähnlichen Gruppen und Organisationen in Verbindung gebracht. Denn mit dieser Verbindung lässt sich im spanischen Staat keine Politik machen und das wissen alle politischen Gruppierungen im spanischen Staat, die realpolitische Intentionen haben.

Die Gewalt auf den Straßen lässt sich nicht leicht rekuperieren, es sei denn man kann den Bullen alles in die Schuhe schieben, dafür braucht man aber eine Orgie von Schlägen seitens der Bullen, die hilflosen Staatsbürgern die Fresse polieren und diese daraufhin nur die andere Wange hinhalten.

Da Gewalt sich nicht leicht rekuperieren lässt, muss sie sofort außerhalb jeglicher demokratischer Vernunft und jeglichen demokratischen Konsens festgesetzt werden und als ein Akt des Terrorimus gebrandmarkt werden. Daher ist es symptomatisch dass im spanischen Staat alles mit ETA in Verbindung gebracht wird, auch wenn diese Vergleiche keineswegs irgendetwas mit dem Anstreben der Bildung eines sozialistischen baskischen Staates zu tun hat. Einige Beispiele: Hausbesetzungen, Wilde Streiks, Krawalle, Kämpfe gegen AKW´s, usw. dies alles steht immer in irgendeiner Form in Verbindung, so der Diskurs der Herrschenden, zu ETA oder der baskischen Befreiungsbewegung.

Wozu denn dieser ständige und hysterische Vergleich? Um Repression zu legitimieren. Das politische Kapital der gegenwärtigen Geschehnissen lässt sich weder akkumulieren, noch erwirtschaften sie in irgendeiner Form Mehrwert. Nicht mal bei so einer reformistischen Parole wie die der Forderung von irgendetwas an den Staat. Sei dies die freie Meinungsäußerung oder das Recht zu haben, auf der Straße zu kacken.

Deswegen stellen wir uns ein weiteres Mal die Frage, was passiert gerade im spanischen Staat wirklich? Diese Frage soll zu keiner karikaturistischen und vulgären Form der Geschichtsschreibung mutieren um Geschichte zu werden, sondern ganz im Gegenteil ein Ausdruck sein, jede Form antagonistischer Artikulation auf der Straße verstehen zu wollen.

Meine Rechte, die Menschenrechte, das Recht auf freie Meinungsäußerung

Eine zentrale Forderung vieler Teilnehmer ist das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Forderung und die Verteidigung von Rechten (Menschenrechte, usw.) sind keine inklusive sondern immer eine exklusive Sache und Frage. Wir verwenden diese Begriffe (inklusiv und exklusiv), weil sie ja auch unglaublich modern sind und das verleiht uns einen gewissen Hauch von Charme oder wir wollen uns wieder mal nur tarnen, damit es nicht offenkundig ist, dass wir enorme Penner sind.

Ungefähr auf derselben Art und Weise funktioniert die Gleichung der Rechte. Denn sogar damals als diese Idee verkündet wurde, war klar, dass unter dem Begriff des Menschen nicht alle Menschen inbegriffen waren, und dass auch nicht alle Menschen Staatsbürger sein durften und konnten. Der Kampf für die Menschenrechte wird als eine universelle Angelegenheit verkauft, aber in Wirklichkeit ist sie nur eine ganz individuelle, so wie das Privateigentum entspringt sie der herrschenden Realität und nicht irgendeinem Altruismus oder Nächstenliebe.

Jede Logik von Recht ist der Herrschaft des Staates immanent und daher unzertrennlich mit ihr verbunden, ungefähr so wie die historische Notwendigkeit, die uns Anarchisten und Anarchistinnen dazu zwingt diese zu zerstören. Daher ist nicht nur die Voraussetzung jeglicher Form und Art von Rechten der Staat, sondern er ist auch ihr einziger Garant und als diesem liegt es an ihm und nur an ihm diese zu verwalten, aber genauso sie aufzuheben. All dies hat sehr viel, oder aus-

schließlich, mit der Tatsache zu tun, dass wir angesichts des modernen Staates, also des kapitalistischen Staates, alle gleich sein müssen, damit wir alle auch ausgebeutet werden dürfen. Und im Gegensatz zur Sklaverei, haben wir das Recht nicht arbeiten gehen zu müssen, wir können elendig auf der Straße verrecken. Dies ist unsere einzige reale Freiheit, dies ist die Freiheit im Kapitalismus.

Und jetzt zum Fall von Pablo, wo vielleicht einige der Revoltierenden keine Sympathie für seine stalinistische Weltanschauung hegen, aber die de facto vom Staat garantierte freie Meinungsäußerung verletzt sehen, aber nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen, wie der Hase eigentlich läuft. Darin sehen wir einen enormen Widerspruch. Ich kann dem Staat nicht darum bitten meine Rechte zu schützen, während dieser sie immer aufheben kann, wie es auch jetzt gegenwärtig der Fall mit Corona ist.

Im Falle des spanischen Staates ist dies noch offenkundiger als im Falle der BRD, weil der jetzige moderne spanische Staat gänzlich von Faschisten mitgestaltet wurde. Die Urväter und Urmütter des spanischen Staates sind allesamt nicht zu Demokraten mutierte Faschisten gewesen und dies ist kein Staatsgeheimnis, denn es war der Faschismus im spanischen Staat, der den Übergang zur Demokratie beschloss und dafür garantierte er sich auf vielen Ebenen und gab sich ganz offiziell Vollmächte, die auch die BRD gerne haben würde. Was nicht nur bezüglich der Repression gesehen werden kann, sondern auch in der Verwaltung der Krise mit dem Coronavirus. Die Erben von Franco schlossen vieles in seinem Sinne ab.

Wie wir weiter oben schon bemerkten, ist der Fall von Pablo kein Einzelfall. Seit der Einführung der Demokratie im spanischen Staat, gab es hundert ähnliche Fälle3, die sich vor allem, aber nicht nur, gegen sogenannte Künstler richteten. Denn alle anderen, die sich gegen den Staat verbal sowie auch in der Tat richteten, wurden im Allgemeinen als Terroristen behandelt und die allgemeine Empörung hielt sich in Grenzen. Es sollte nicht vergessen werden, dass die freie Meinungsäußerung, sollte sie funktionieren wie einige Gläubige sich dies wünschen, es einem erlaubt alles zu sagen, was man denkt, aber auch nicht mehr. Jeder Gedanke ist nur ein Furz, wenn dieser von keiner Tat begleitet wird. Dies wird bekanntlich als das dialektische Verhältnis zwischen Theorie und Praxis bezeichnet. Die freie Meinungsäußerung verkrüppelt dies, indem alles nur bei der Theorie bleibt.

Auch berühmte und renommierte Profis des Spektakels und der hirnamputierten Unterhaltung wie Pedro Almodovar und Javier Bardém stellen die freie Meinungsäußerung im spanischen Staat in Frage und stellen diesen auf eine Ebene mit dem Königreich Marokko und der Türkei. Solche Vergleiche sind so irrsinnig wie unnütz, wenn es darum geht, Herrschaft zu beschreiben und ihre Intervention im Alltag zu verstehen. Aber irgendetwas muss es ja bedeuten, wenn zwei solche Schwergewichte des Spektakels sich dazu äußern.

Genauso wie der Aufruhr, dass am selben Tag der Verhaftung von Pablo in Madrid eine Kundgebung gehalten wurde, bei der die División Azul4 geehrt wurde und faschistische Symbole und Ausdrücke verwendet wurden.

Jedem Menschen, der im spanischen Staat lebt oder diesen besser kennt, sollte es schon aufgefallen sein, dass jedes Jahr in Madrid auf der Plaza de Oriente sich Nostalgiker, Befürworter und Anhänger des Faschismus am 20. November treffen, um Francos Tod zu gedenken. Dies passiert seit 1975. Dort wird nicht nur der römische Gruß gemacht, sondern es wird auch die Hymne der faschistischen Partei, La Falange, gesungen.

Dass es uns als lächerlich erscheint, dass im selben Zuge die eigenen Rechte gefordert werden, um die anderer zu nehmen, wird wohl eindeutig sein, vielleicht auch wenn es hier mal wieder darum geht, einen Appell an die Raison des Staates zu richten, den wir aber zerstören wollen. Bis der Staat zerstört worden ist, werden wir eher schlecht als recht seinen Launen und Entscheidungen ausgeliefert sein, diesen zu reformieren dient nur dem eigenen Wohlergehen und nicht dem historischen Kampf, den wir ausfechten.

Die Verwaltung des Gewaltmonopols und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens

Wir sehen ganz genau, wie sich der spanische vom deutschen Staat in der Frage der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens unterscheidet. Die Demokratie ist eine Form – sogar die beste Form – der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Geschäfte, dafür hat die Bourgeoisie auf der ganzen Welt Kämpfe geführt. Sei es gegen einheimische Adlige5 oder fremde Besatzer6.

Der deutsche Staat kann den sozialen Frieden noch mit Bestechung garantieren, damit meinen wir jede Form sozialer Absicherung, egal ob diese Sozialhilfe, Hartz IV, universelle Rente, Grundeinkommen usw. heißt. Denn es macht immer noch einen Unterschied, ob man was zum fressen hat sowie ein Dach über dem Kopf, oder ob man hungert und auf der Straße lebt.

Gerne wird dies, also die Bestechung des Staates, von der radikalen Linken des Kapitals als eine Art von „Luxus“ oder „Privileg“ bezeichnet. Für uns ist es weder ein Luxus noch ein Privileg, sondern eine gegenwärtige und spezifische Artikulation des Kapitalismus hier vor Ort, die einer Niederlage gleicht und nicht einem Sieg. Wir sehen es auch in der Haltung und in der Sprache der radikalen Linken des Kapitals, wenn sie von der „Kürzung“ oder „Einschränkung“ im Sozialen reden, als ob ihr eigener Lohn gekürzt werden würde, als ob der Staat eine quasi universelle Verpflichtung hat, welche dieser nicht brechen darf.

Nun ist dies von enormer Bedeutung, aber sollte diese Bestechung nicht funktionieren, dann gibt es immer noch das Gewaltmonopol und eine Armee an Bullen, Soldaten und privaten Sicherheitsdiensten, ach ja und da wären noch die Freunde von der NATO, die sich darum kümmern werden, dass sich am kapitalistischen Alltag nichts ändert.

Im Falle des spanischen Staates, sieht dies etwas anders aus. Wie wir schon beschrieben haben, müssen Menschen, hauptsächlich Proleten, um ihren Alltag etwas krasser ringen als es hier noch der Fall ist. Nicht nur, dass die Löhne bei gleichen oder teureren Ausgaben viel niedri-

ger sind, sondern dass überhaupt Lohnarbeit immer prekär ist – der sozialdemokratische Traum einer sicheren Arbeit ist seit langem tot, denn Kapitalismus ist immer prekär – wenn überhaupt irgendwo eine Lohnarbeit vorhanden ist.

Die soziale Hilfe (im allgemeinen) des spanischen Staates ist ganz anders als hier, auch wenn sich dieser ebenfalls eine Form von Grundeinkommen wünscht, um den sozialen Frieden zu garantieren, ist der spanische Staat – und was für eine Überraschung, ALLE Regierungen haben es gemacht – nicht nur dazu verpflichtet, sondern greift auf die ultimative Waffe zurück, das Gewaltmonopol anzuwenden um die kapitalistische Geschäfte zu garantieren. Denn dies ist das Wesen des Staates.

Es wäre daher nicht nur reformistisch und naiv zu sagen, dass dieser oder jener Staat faschistischer oder reaktionärer als ein anderer wäre, weil am Ende werden alle Staaten immer nach den Waffen greifen um die Herrschaft des Kapitals zu sichern, sondern damit werden letzten Endes andere Formen der Herrschaft des Kapitals legitimiert, die immer als die Herrschaft des Kapitals fortbestehen.7

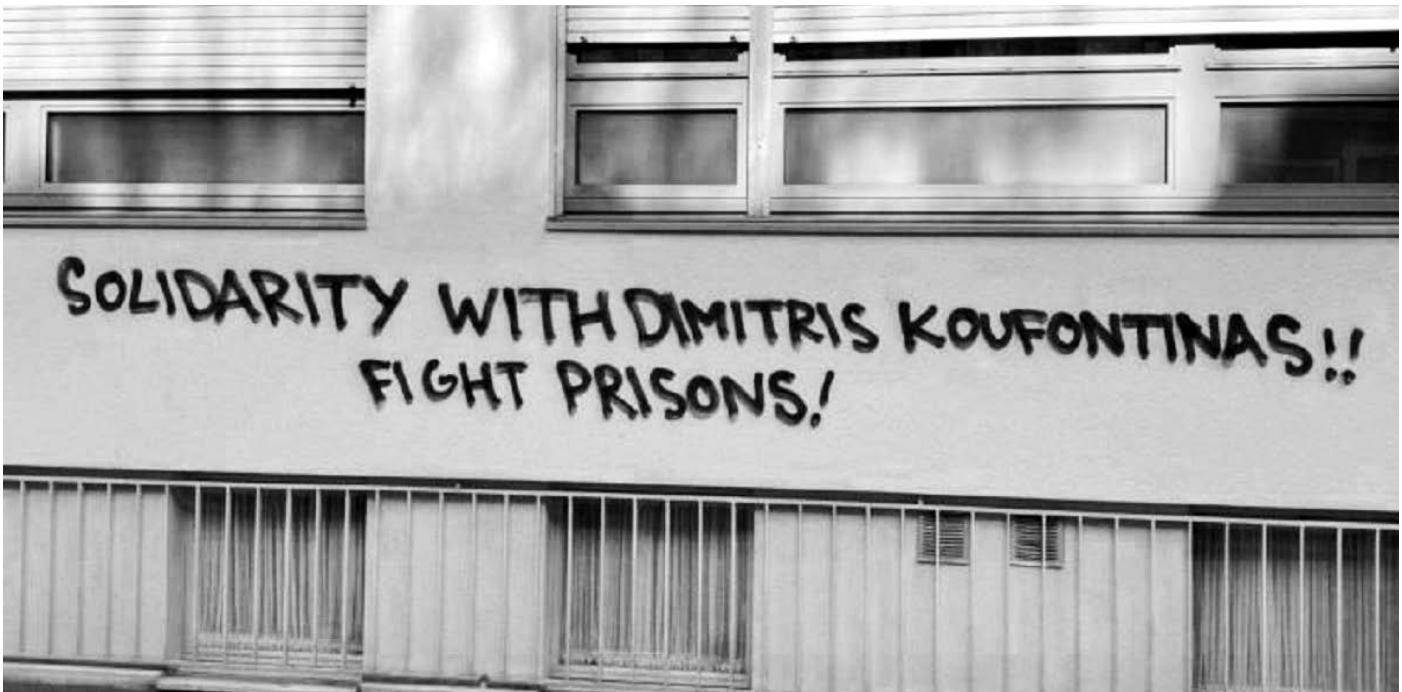
Der spanische Staat ist daher in der jetzigen Situation nicht faschistischer als der deutsche, sondern er hat und muss auf andere Mittel zurückgreifen – um, wie wir oben schon beschrieben haben, den sozialen Frieden zu garantieren – die seit der Gründung der ersten demokratischen Regierung im spanischen Staat – mit den Intervallen Primo de Rivera und Franco – immer die gleichen geblieben sind. Die ach so schöne II. Republik konnte auf ihrem Kerbholz einige Massaker haben, die die Namen von Casas Viejas tragen und die Niederschlagung von mehreren Aufständen und sozialen Revolutionen sowie die Deportationen und Exekutionen, die darauf folgten. Was gerade im spanischen Staat passiert, ist die absolute und logische Folge der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Alltags, das, was viele nicht verstehen wollen, ist, dass die Demokratie sich als die beste Form erwiesen hat, zumindest bis jetzt, um diesen aufrechtzuerhalten. Deswegen führte die Bourgeoisie, einheitlich und weltweit, Kämpfe gegen lokale und imperialistische Kräfte, um diese Form der Herrschaft an sich zu reißen, denn diese garantierte am besten ihre Herrschaft. Demokratie ist die Herrschaft der herrschenden Klasse in einer Gesellschaft, die in Klassen aufgeteilt ist, diese Klasse heißt Bourgeoisie und sie ist unser Feind so wie auch ihre Form der Herrschaft, die Demokratie.

Und nun?

Es steht mehr als fest, dass viele der Protagonisten der Geschehnisse junge Menschen8 sind, die, ob seit 2008 oder schon davor, nur eine Realität der Armut kennen, die nicht aus den Wohnungen ihrer Eltern ausziehen können, weil sie nicht die Mittel dafür haben, die aus jeglicher sozialer Interaktion ausgeschlossen sind, außer wenn sie in ihren Proletenkiezen hausieren und bleiben, dass diese Generation das Elixier der Universität nur auf einem Werbeflyer sehen werden, während alle, die am Ende studiert haben, Getränke für Touristen servieren, die ein; zwei; drei Jobs haben und trotzdem aus ihren Wohnungen geräumt werden, weil das Geld bis zum Ende des Monats nicht reicht (Essen oder Miete?), die Gewalt täglich von Bullen erleben, die Freunde im Knast haben, weil zu klauen sich mehr rentiert als ackern zu gehen, die jetzt schon verstanden haben, dass der Kampf auf der Straße, trotz möglicher Inhaftierung, die einzige Möglichkeit und immer noch eine bessere Alternative ist als nichts zu tun, dass Containeranzünden kein Akt der Gewalt ist, wie es sich anfühlt, auf der Straße verhungern zu müssen, dass die friedlichen Zeiten vorbei sind, dass friedlich zu sein, keinen Sinn mehr ergibt.

> *„Warum denkst du, zerlegen wir Banken? Meine Eltern kommen ihr ganzes Leben mit einem langen Gesicht von der Bank. Ich schwöre, wenn ich einen Geldautomat zerlege, dann denk ich an meine Mutter“*
>
> el Manu, ein Kalo-jugendlicher

Die Beschreibung unterschiedlicher Elemente, die ein Gewicht tragen, war uns nicht nur wichtig, sondern ist auch elementar für die Spannungen, die innerhalb dieser Geschehnisse stattfinden. Es geht daher nicht darum den perfekten Aufstand zu finden, denn diesen gibt es nicht und auch wie wir selber schon sagten, „Diese Frage soll zu kei-



ner karikaturistischen und vulgären Form der Geschichtsschreibung mutieren um Geschichte zu werden, sondern ganz im Gegenteil ein Ausdruck sein, jede Form antagonistischer Artikulation auf der Straße verstehen zu wollen", es geht uns vor allem darum Dynamiken zu verstehen, nicht um sie zu reproduzieren, denn dies ist wie Marx über Hegel selber sagte, „Hegel bemerkte irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce."

Also ist entscheidend die Dynamik eines unkontrollierbaren Moments, seinen realen revolutionären Charakter noch mal zu verstehen, der sich fern jeder herrschenden Logik, vor allem wenn sich diese auch als revolutionär tarnt und gibt, fern jeder Vernunft, was den unkontrollierbaren Moment aber nicht unvernünftig macht, aber vor allem dieser sich einheitlich ausdrückt. Es gibt für den einen kurzen Moment keine Verhandlungen mehr, denn alles soll hier und jetzt verändert und bis zum Grund vernichtet werden, es gibt nur das hier und jetzt, was historisch betrachtet, jeden Aufstand, der das Potential hat zur sozialen Revolution zu werden, ausmacht.

Die Geschehnisse im spanischen Staat sind nicht der Ersatz des historischen Klassenkampfes, sondern nur seine Erweiterung, so wie es schon in den 60ern, 70ern, 80ern und 90ern ebenfalls der Fall gewesen ist. Damit meinen wir nicht den Schwachsinn, dass die Welt zur Fabrik mutierte, sondern dass die Lohnarbeit als die moderne Form der Sklaverei alles überdeckt und allgegenwärtig ist, sie kann nicht auf eine soziologische Form, wie ein Blaumann, reduziert werden. Für so einen Schwachsinn räumen wir das Feld für jede Form des vulgären Anarchismus und Kommunismus.

Der Aufstand ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Wie wir sehen können, hat im Falle des spanischen Staates dieser reformistische Inhalte überworfen und die direkte Konfrontation mit dem Staat-Kapital gesucht und verwirklicht. Dies ist reale aufständische Praxis.

- Freiheit für alle Inhaftierten!
- Nieder mit allen Knästen, Fabriken, Schulen, Universitäten, Heimen, usw.!
- Sozialer Frieden bedeutet Krieg von der herrschenden Klasse!

Exkurs

(Ein paar Worte zu:) Pablo Hasel, die Prätorianergarde des Volkskrieges, ein Bewunderer von Stalins Wunder und ein angehender Tschekist!

Wir konnten bisher zu der Beschreibung von Pablo lesen, es handele sich hier um einen „Revolutionären" und um einen „Antifaschisten". Dies mag auch der Fall sein, bestimmen tut dies das Verständnis der Personen, die diese Begriffe auswählen und was sie selber darunter verstehen mögen.

Pablo ist durchsichtig wie Wasser, er macht keinen Hehl daraus, dass er Figuren wie Josef Stalin, Feliks Dzierżyński (den Gründer der Tscheka, Vorläufer des KGB), Ramon Mercader (Mörder von Trotzki), Mao Zedong, die Stasi und andere abfeiert. Er singt in mehreren Liedern darüber und befürwortet die damit einhergehende Gewalt der stalinistischen Konterrevolution.

Es ist jetzt nur reine Spekulation inwiefern seine politische Gesinnung, also der Marxismus-Leninismus, eine Rolle für die Menschen spielt, die auf die Straße gehen, die sich jetzt mehrere Nächte lang intensive Auseinandersetzungen liefern oder sie die ganze Sache eher als einen Affront gegen die freie Meinungsäußerung betrachten. Wir denken, dass zweites vermutlich eine größere Rolle spielt, ansonsten würde es bedeuten, dass bis jetzt auf dem Gebiet des spanischen Staates viele marxistisch-leninistische Zellen schlummerten.

Für uns ist Pablo weder Gefährte noch eine Person, mit der wir in irgendeiner Weise eine Affinität teilen, was natürlich nicht heißt, dass wir ihm Repression und Inhaftierung wünschen. Aber weder ihm noch sonst wem wünschen wir dies. Dies hat nichts mit irgendeinem Altruismus zu tun, sondern mit unserem Ziel das Gewaltmonopol zu brechen, den Knästen ein Ende zu setzen sowie der kapitalistischen Realität, die diese braucht. Wir befürworten niemals das, was wir bekämpfen und zerstören wollen. Was für Anarchisten und Anarchistinnen wären wir denn ansonsten? Aber eines steht fest, wir teilen nicht dieselbe Seite der Barrikade mit Pablo.

Wir wollten nur auf eventuelle Sprachbarrieren hinweisen, die eventuell vorhanden sind, aber wer sich ein paar Videos von Pablo angeschaut hat, sollte die Bilder von Stalin gesehen haben und sich nach einer Weile gefragt haben, warum dieser so oft erscheint, oder auch Feliks Dzierżyński, der nicht viel für Anarchisten und Anarchistinnen übrig hatte, außer Platz im Gulag. Für uns ist die Ideologie, die er offen vertritt, eine konterrevolutionäre und sozialdemokratische – so wie alle marxistisch-leninistischen Ideologien – , weil sie unter der falschen Fahne der Revolution nur die kapitalistischen Verhältnisse, unter der Diktatur einer Partei, aufrechterhalten wird.

Soligruppe für Gefangene

1 Diese IRH, oder SRI auf Spanisch, sollte nicht mit der Roten Hilfe e.V. verwechselt werden.

2 Dieses Motto war in den Protesten gegen die Regierung in Hongkong weit verbreitet.

3 Seit 1995 wurden im spanischen Staat 150 Personen wegen Meinungsdelikten vor Gericht gezehrt und verurteilt, und insgesamt gab es zwischen 1981 und 2020 bis zu 128 Haftstrafen wegen Verbrechen gegen religiöse Gefühle, wegen Beleidigung des Königshauses und staatlicher Institutionen sowie wegen Verherrlichung des Terrorismus.

4 Die División Azul, oder blaue Division, war eine komplette Armeedivision, also um die 20.000 Soldaten, die hauptsächlich aus Freiwilligen und ein paar wenigen Unfreiwilligen bestand, die als Einheit in der Wehrmacht im Feldzug gegen die Sowjetunion im 2. Weltkrieg kämpfte.

5 Wie im Falle der französischen Revolution.

6 Im Allgemeinen wird dies als Antikolonialismus bezeichnet. Täuschen wir uns nicht, eine einheimische Bourgeoisie kämpfte immer gegen eine fremde Bourgeoisie, weil es ist immer noch besser ist, von den eigenen Leuten ausgebeutet und hingerichtet zu werden, als von anderen.

7 Historisch betrachtet kann die falsche Dichotomie zwischen verschiedenen Formen der Herrschaft des Kapitals in Anbetracht gezogen werden wie die Fälle um die Volksrepublik China, Vietnam, Kuba, Venezuela, UdSSR, usw. Als ob es sich in diesen Fällen nicht um kapitalistische Staaten handeln würde.

8 Nach offiziellen Daten sind die meisten Verhafteten Jugendliche, von denen sehr viele minderjährig sind. Die jüngsten waren 13 Jahre alt. Genauso wie viele einen migrantischen Hintergrund haben.

Einordnung der Angriffe des türkischen Faschismus auf die befreiten Gebiete Kurdistans

Der Angriff des türkischen Staates richtet sich nicht nur gegen die emanzipatorischen und demokratischen Kräfte und Bestrebungen in der Region, sondern gegen revolutionäre Bestrebungen weltweit. Der Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung und die Revolution in Rojava sind Kristallisationpunkte und geben Inspiration und Hoffnung für revolutionäre Kräfte auf der ganzen Welt, geben sie doch, genau wie die zapatistische Selbstverwaltung in Mexiko ein greifbares Beispiel dafür, dass eine Veränderung dieser Verhältnisse und eine auf Selbstbestimmung, Frauenbefreiung und Ökologie basierende Organisation der Gesellschaft möglich ist. Diese hoffnungsgebenden Beispiele sollen vernichtet werden, um die revolutionären Bestrebungen angesichts der Krise, in der das kapitalistische System sich zweifellos befindet, zu ersticken.

Gehen wir in die Offensive, zeigen wir, dass wir in revolutionärer, internationaler Solidarität zusammen stehen! Greifen wir die Institutionen des Feindes auf allen Ebenen an!

Der faschistische türkische Staat bereitet einen Großangriff auf die selbst verwalteten Gebiete in Rojava, Sengal und die Rückzuggebiete der Guerilla in Südkurdistan vor.

Am 10.02.2021 begann dieser Angriff mit einer Militäroperation auf Stellungen der Volksverteidigungskräfte HPG in der Region Gare in Südkurdistan. Am Morgen bombardierte die türkische Armee das Gebiet mit Kampfjets und Hubschraubern. Die Guerilla leistet Widerstand und es kam zu schweren Gefechten. Die türkische Armee befindet sich in der Defensive und musste ihre Operation mittlerweile abbrechen. Der Angriff auf Gare, welcher nicht von der Türkei aus, sondern von südkurdischem Gebiet begann, kann als Beginn einer neuen Offensive des türkischen Faschismus auf die revolutionären Kräfte in Kurdistan verstanden werden.

Expansive Außenpolitik, Patriarchale Macht und rassistische Unterdrückung im Inneren, das Wesen des Faschismus

Der türkische Staat, der kulturelle und ethnische Minderheiten unterdrückt, die Presse, Verwaltung und Öffentlichkeit weitgehend nach rassistischen und nationalistischen Prinzipien gleichgeschaltet und in den letzten Jahren immer weiter seine expansive Außenpolitik zur Schau gestellt hat, handelt in der geschichtlichen Tradition des Faschismus. Er handelt als totalitäre Fortführung der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur nach rassistischen, patriarchalen und nationalistischen Prinzipien. Die türkische Wirtschaft und Großkonzerne werden von ausländischen Investoren gestützt, die Türkei hat die zweitgrößte Armee der NATO, was gigantische Gewinne durch Rüstungsexporte verspricht und auch in anderen Bereichen profitiert das

Kapital von der Herrschaft Erdogans und seiner AKP/MHP- Regierung. Die Umweltzerstörung durch Staudammprojekte, Raubbau an Ressourcen, der Zerstörung von Wäldern und einzigartigen Ökosystemen in den Bergen Kurdistans ist immens.

Der türkische Staat zwingt die Bevölkerung unter dem Motto: „Eine Fahne, eine Sprache, ein Land ." in einen einheitlichen Volksbegriff, verleugnet die Existenz anderer Ethnien oder verunglimpft sie als minderwertig. Das zeigt die Verfolgung, zum Beispiel von Kurd*Innen und Armenier*Innen, in der Vergangenheit bis heute. Im osmanischen Reich verübte die sogenannte jungtürkische Bewegung, die das Fundament des türkischen Nationalismus legte, im Jahre 1915 mit Unterstützung des deutschen Reiches einen Völkermord an der armenischen Bevölkerung. Die kurdische Bevölkerung wurde seit bestehenden der türkischen Republik drangsaliert, ihre Sprache und Kultur wurde verboten, ihre Vertreter wurden verfolgt und jeder Widerstand wurde brutal unterdrückt. Beispielhaft dafür ist das Massaker von Dersim im Jahr 1938. Alle kurdischen Orts- und Stadtnamen wurden „türkisiert", Vor- und Nachnamen wurden auf türkisch umbenannt und die kurdische Kultur wurde vollkommen verleugnet, dies gilt in weiten Teilen bis heute. Als Konsequenz gegen die Kolonialisierung und Unterdrückung bildete sich in den 1970er Jahren die kurdische Befreiungsbewegung in Form der PKK, die seitdem für ein selbst verwaltetes, sozialistisches Kurdistan kämpft. Seit ihrer Gründung hat die PKK sich immer weiter entwickelt und sich mit den weltweiten revolutionären Bewegungen auseinandergesetzt. Sie kämpft heute für eine freie Gesellschaft in rätesozialistischer Basisdemokratie, Frauenbefreiung und Ökologie in Kurdistan und weltweit.

Aktuell gibt es eine Welle der Femizide, das Recht auf körperliche Selbstbestimmung wurde in den letzten Jahren immer weiter eingeschränkt und die Vergewaltigung in der Ehe wurde durch den Staat legalisiert. Alle Frauen die sich dagegen zur Wehr setzen werden verfolgt und Repression ausgesetzt, so wurde zum Beispiel Melek Ipek, die ihren Mann nach Jahren der Prügel, Qual und Morddrohungen in Notwehr erschossen hat, vom Staat wegen Mordes angeklagt und eingesperrt. Frauen, die sich gegen die patriarchalen Angriffe verteidigen, werden im patriarchalen und faschistischen türkischen Staat nicht akteptiert.

Das nationalistisch-islamistische Regime der Regierungsparteien AKP und MHP akzeptiert keine Diversität, sondern propagiert die Überlegenheit des türkischen Volkes. Auch in seiner Außenpolitik vertritt das AKP/MHP Regime eine expansive und agressive Politik, ihm schwebt die Neuerrichtung eines islamistischen Großreichs nach Vorbild des osmanischen Reiches unter türkischer Flagge vor. So unterstützte Erdogan den Angriff Aserbaidschans auf Armenien mit der Begründung „allen Turkvölkern bei der Rückeroberung ihres Landes" zu helfen. Ungeniert posierten türkische und aserbaidschanische Soldaten dabei mit der Kriegsflagge des osmanischen Reiches.

Die Rolle der südkurdischen PDK

Bei den Vorbereitungen spielt das Bündnis der Türkei mit der PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê; kurz PDK), eine entscheidende Rolle. Die PDK ist die Partei des Barzani-Klans in Südkurdistan (Nordirak), sie arbeitet eng mit der Türkei und dem westlichen Imperialismus zusammen. Der Barzani-Klan hat sich ein System der Vetternwirtschaft und Korruption im Nordirak geschaffen und nutzt den „Autonomiestatus" von der Zentralregierung in Bagdad für eigene Vorteile. Von den kapitalistischen Staaten des globalen Nordens wird die PDK als Bündnispartner genutzt, um Neoliberalismus und Kapitalismus im Nahen Osten voran zu treiben und als Wachhund gegen die Freiheitsbewegung in Gestalt der PKK und anderen emanzipatorischen Kräften im mittleren Osten in Stellung zu bringen. Gleichzeitig arbeitet sie massiv mit dem türkischen Faschismus zusammen, ein umfangreiches Ölförderprogramm und Pipeline-Projekte zugunsten der Türkei, wirtschaftliche Abkommen und eine Vielzahl von militärischen und geheimdienstlichen Einrichtung sind ein Teil der Zusammenarbeit mit dem Faschismus. Aktuell wird die Region unter der Kontrolle des Barzani-Klans zum Rückzugs- und Operationsraum für türkische Geheimdienstler, Kriminelle und rechtsextreme, die in der Hauptstadt Erbil hofiert werden, während Menschen, die aufgrund politischer Verfolgung aus der Türkei geflüchtet sind von der PDK verfolgt, eingesperrt und gefoltert werden. Bereits in den 90er Jahren haben die Peschmerga, die militärischen Kräfte der PDK, an Seite der Türkei gegen die PKK und jegliche Bestrebungen für Freiheit, Selbstverwaltung und Basisdemokratie bekämpft. Die Peschmerga werden unter Anderem von Deutschland und den USA massiv mit Material und militärischer Ausbildung gestützt und gefördert. Angeblich erfolgt dies um den Kampf gegen den IS zu unterstützen. Dies ist völlig unglaubwürdig, waren es doch die Peschmerga, die sich aus dem Şengal zurückzogen und die dortige ezidische Bevölkerung den drohenden Massakern des „Islamischen Staates" überließ. Damals intervenierten die Volksverteidigungseinheiten (HPG) der PKK und verteidigten die Bevölkerung gegen die Angriffe. Nachdem der IS aus der Region vertrieben wurde unterstützten sie den Aufbau von selbst verwalteten Rätestrukturen und Selbstverteidigungseinheiten der ezidischen Bevölkerung um in Zukunft in der Lage zu sein, sich gegen drohende Genozide zu verteidigen. Die revolutionären Bestrebungen der PKK, der Selbstverwaltungen in Şengal und Rojava sind der PDK ein Dorn im Auge, wird dort doch ein Gegenentwurf zu ihrem autoritär-kapitalistischen Projekt gelebt und ihre Macht in Frage gestellt. Damit ist die Befreiungsbewegung auch den Nah-Ost Plänen der NATO und den hegemonial-kapitalistischen Staat ein Dorn im Auge, sie stehen einer kapitalistischen Neuordnung der Region im Weg.

Die Peschmerga haben in den letzten Monaten mehrere Militärstützpunkte in den Medya-Verteidigungsgebieten ,den Rückzugsgebieten der Guerilla, sowie an der Grenze zu Rojava errichtet, es ist davon auszugehen, dass sie sich von der Türkei wieder einmal zum Handlanger der rassistisch-faschistischen Interessen machen lassen wird. Auch gegen die Ezidischen Selbstverwaltungsstrukturen beabsichtigt die Türkei vorzugehen, sie hat bereits angekündigt dort eine militärische Offensive durchzuführen und die mit ihr verbündeten Peschmergaverbände rüsten sich in der Nähe der Region und machen sich augenscheinlich dazu bereit auch dort anzugreifen. Die PDK unterstützt auch die aktuellen Angriffe auf Gare, so starteten die Kampfjets, welche das Gebiet bombadierten nicht in der Türkei, sondern von in Südkurdistan gelegenen Militärstützpunkten, die PDK lässt nichts unversucht, um gegen die demokratischen und revolutionären Bestrebungen, die ihre Macht bedrohen vorzugehen.

Die Situation in Rojava und den besetzen Gebieten in Efrîn

In den vergangenen Wochen und Monaten haben die Angriffe der faschistischen türkischen Besatzungstruppen auf die befreiten Gebiete Nordostsyriens rasant an Fahrt gewonnen. Angefangen von Efrîn (Afrin) und den Widerstandsgebieten von Şehba über die Front von Minbic und Ain Issa bis hin nach Til Temir und dem nordöstlich gelegenen Dêrik intensivierten die türkische Besatzungsarmee und ihre islamistischen Hilfstruppen ihre Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und ihre revolutionären Verteidigungskräfte. Nahezu täglich werden die befreiten Gebiete Efrîns und Şehbas, die zur Heimat von Hunderttausenden Vertriebenen aus den besetzten Regionen des Kantons Efrîn geworden sind, von türkischem Artilleriebeschuss heimgesucht, und in den Gebieten unter Kontrolle der Besatzungskräfte halten weiter Angst und Schrecken Einzug. Kein Tag vergeht ohne Meldungen weiterer Entführungen und Morde, Raub, Plünderung, Erpressung und Vergewaltigung – Verbrechen, die keine Ausnahmen sind, sondern das Fundament des islamistischen Besatzungsregimes. Getreu der altbekannten Counterinsurgency-Doktrin („Aufstandsbekämpfung") der NATO vergelten die Besatzer jede Partisanenaktion der Befreiungskräfte Efrîns (Hêzên Rizgariya Efrînê, HRE) mit blankem Terror gegen die Zivilbevölkerung und stundenlangem Beschuss der selbstverwalteten Dörfer und Kleinstädte.

In den vergangenen Wochen hat Erdogan angekündigt eine Militäroperation gegen die Regionen Dêrik und Şengal durchzuführen, um seinen Traum eines türkischen Großreichs in den Grenzen des osmanischen Reiches wahr werden zu lassen. Begleitet waren diese Drohungen von Bombardements auf die Zivilbevölkerung in südkurdischen Dörfern im Zagros-Gebirge und Ausspähungen der Grenze zu Rojava bei Dêrik durch Geheimdienste und hochrangige Militärs.

Außerdem hat der türkische Verteidigungsminister Treffen mit seinen Amtskollegen in Erbil, Bagdad und auch bei Annegret Kramp-Karrenbauer in Berlin absolviert. Es ist davon auszugehen, dass er dabei versucht hat sich die Unterstützung oder Billigung Deutschlands bei seinen Angriffsplänen zu sichern. Die BRD stellt für den türkischen Staat einen wichtigen wirtschaftlichen und militärischen Verbündeten dar. In altbekannter Kontinuität kooperiert die Bundesrepublik für wirtschaftliche und geopolitische Interessen.

Am 4. Februar hat die südkurdische PDK den Grenzübergang Sêmalka/Pêşxabûr nach Rojava bis auf weiteres schließen lassen. Dies kann als weiteres Zeichen eines drohenden Angriffes verstanden werden. Würde dieser Grenzübergang in türkische Hände fallen, wäre das Gebiet vollständig von der Versorgung mit Hilfsgütern, Medikamenten und Lebensmitteln abgeschnitten. Bereits jetzt blockiert die Türkei Lieferungen und unterbindet die Wasserversorgung einer Region. In den von ihr annektierten Gebieten Efrîn und Serekaniye herrschen Gewalt und Unterdrückung auf Basis der Scharia.

Der türkische Faschismus bevorzugt offenbar Daten von historischer Bedeutung für seine Angriffe. So wurde für die Invasion auf Rojava im Jahr 2019 der 09. Oktober, der Tag an dem der kurdische Repräsentant Abdullah Öcalan 1998 nach internationalem Druck zur Ausreise aus Syrien gezwungen wurde gewählt, außerdem ist es der Tag der Ermordung von Che Guevara.

Am 15.02 jährt sich die Entführung Abdullah Öcalans 1999, sowie der Aufstand von Scheich Said und die Erklärung der Unabhängigkeit Kurdistans 1925. Öcalan, der den Weg der Verhandlungen und des Dialogs einschlagen wollte, wurde durch mehrere europäische Staaten, die USA und die Türkei verraten und nach falschen Versprechen, Ablehnungen und einer Reise durch Europa über Griechenland, Russland und Rom schließlich in Kenia verhaftet und in die Türkei verschleppt. Scheich Said erklärte am 15.02 die Unabhängigkeit weiter Teilen Kurdistans und wagte einen Aufstand gegen die junge türkische Republik unter Atatürk. Für die kurdische Freiheitsbewegung ist dies also ein bedeutungsvoller Tag, an dem der kontinuierliche Widerstand und der Kampf für Unabhängigkeit sichtbar wird.

Damals wie heute steht der Kampf für ein befreites Leben unter Beschuss, die Angriffe werden weiter fortgesetzt, doch der weltweite Widerstand kommt nicht zu erliegen, der Kampf für ein befreites Leben wird weitergehen. Die kontinuierlichen Angriffe sollten für alle revolutionären und demokratischen Kräfte ein Ansporn und Signal sein, sich zu organisieren, zu vernetzen, die weltweiten Widerstände als einen gemeinsamen Kampf für eine befreite Gesellschaft zu sehen.

Wie weiter?

Egal ob Şengal, Rojava oder die freien Berge Kurdistans, ein Angriff auf die Errungenschaften der kurdischen Bewegung, der Selbstverwaltung der ezidischen Bevölkerung oder die pluralistische Selbstverwaltung in Rojava, es ist ein Angriff auf das freie Leben weltweit. Es ist ein Angriff auf eines der größten Beispiele dafür, dass das Leben einer radikaldemokratischen und antipatriachalen Alternative als Gegenentwurf zu diesen Verhältnissen möglich ist. Es ist ein Angriff auch auf unsere Träume, als antifaschistische Linke und Revolutionäre in Europa. Auch hier werden Freiräume wie die Liebig34, die Rigaer Straße oder die Waldbesetzungen im Dannenröder und Hambacher Wald vom Staat geräumt oder angegriffen. Auch hier zeigt sich der kapitalistische Wahnsinn in Umweltzerstörung, patriarchaler Gewalt und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt.

Wir können nicht tatenlos zusehen, wie die Staaten in denen wir leben mit dem türkischen Faschismus kooperieren, egal ob auf wirtschaftlicher oder militärischer Ebene. Deutsche Banken und Großkonzerne profitieren jeden Tag von den faschistischen Staaten und der Ausbeutung unterdrückter Völker weltweit, ob Mercedes und andere Rüstungskonzerne durch die Bereitstellung von militärischer Ausrüstung oder die deutsche und die Commerz Bank durch Investitionen in der Türkei. Auch Siemens mit der Beteiligung an riesigen Infrastruktur und Kohlebauprojekten in aller Welt. Der deutsche Imperialismus geht für Kapitalinteressen über jede moralische und nationalstaatliche Grenze hinweg über Leichen.

Dass der deutsche Staat damit bis jetzt oft damit durchkommt, müssen wir ändern! Der Aufschrei und vor allem der Widerstand der linken Kräften hier, müsste viel größer sein, da wir eine Verantwortung tragen.

Jetzt gilt es den türkischen Faschismus und seine Kollaborateure, die Profiteure dieses menschenverachtenden Systems, auf allen Ebenen anzugreifen! Geht in die Offensive, nehmt Rache für seine Verbrechen!

Deshalb lasst uns zusammenschließen, als Kraft verstehen und die Offensive beginnen. Schaffen wir eine Öffentlichkeit für die mörderische und imperialistische Politik der Bundesregierung. Solidarität heißt Widerstand!

Antifaschismus bedeutet aufzustehen und aktiv zu werden gegen Unterdrückung, Umweltzerstörung, Ausbeutung, Krieg, Rassismus, Sexismus!

Und das auf der ganzen Welt, denn Solidarität hört nicht mit Grenzen auf, also lasst uns unseren Kampf in einen internationalen Widerstand gegen Kapitalismus, Faschismus und Patriarchat einordnen und gegen die weltweit wütenden Verhältnisse vorgehen!

CommemorAction

Solidarität mit den Familien der 91 im Mittelmeer Verschollenen!

Vor einem Jahr, am 9. Februar 2020, um 4.09 Uhr morgens, wurde das AlarmPhone von einer Gruppe von 91 Menschen angerufen. Sie befanden sich auf einem treibenden schwarzen Schlauchboot vor Garabulli, Libyen, in Seenot. Sie waren in Panik, aber es gelang ihnen, ihre GPS-Koordinaten klar zu kommunizieren, die das AlarmPhone sofort an die italienischen und maltesischen Behörden sowie an die sogenannte libysche „Küstenwache" weiterleitete.

Um 5.35 Uhr riefen die Menschen das AlarmPhone zum letzten Mal an. Danach konnte kein Kontakt mit dem Boot mehr hergestellt werden. Die sogenannte libysche Küstenwache, die von italienischen und europäischen Behörden finanziert und ausgebildet wird, um Grenzkontrollen und Gewalt an den Grenzen zu delegieren, teilte dem Alarm Phone mit, dass sie nicht die Absicht hätten, die Menschen in Not zu suchen und zu retten, weil ihre Gefängnisse voll seien.

An diesem Tag wurde auch ein Boot nach Malta gerettet, und viele hofften, dass es das Boot sei, das AlarmPhone alarmiert hatte. Es wurde jedoch schnell klar, dass es sich um ein zweites Boot in Seenot handelte: Ein weißes statt eines schwarzen Schlauchbootes, mit 82 statt 91 Menschen an Bord.

Aufgrund des Schweigens der Behörden über das Schicksal der Menschen auf dem schwarzen Schlauchboot – und das ist keine Ausnahme, sondern betrifft die meisten Boote in Seenot im zentralen Mittelmeer – müssen sich das AlarmPhone sowie Angehörige und Freund*innen von Menschen in Seenot meist auf bruchstückhafte Informationen verlassen und versuchen, entscheidende, wenn auch minimale, Details zusammenzubringen, um zu rekonstruieren, was mit den Menschen in Seenot bzw. mit den Vermissten passiert ist.

In den Tagen nach dem 9. Februar 2020 wurde deutlich, dass die 91 Menschen nirgendwo zu finden waren. Es gab keine Spur von ihnen an Land und nichts, was darauf hindeutete, dass sie noch auf See waren. Einen Monat später schrieben wir einen offenen Brief an alle Behörden und fragten, was an diesem Tag passiert sei und was sie unternommen hätten, um die 91 Menschen in Seenot zu suchen und zu retten. Wir erhielten von niemandem eine Antwort.

Erst zehn Monate später, als wir im Dezember 2020 eine weitere Anfrage an alle Behörden schickten, antwortete Frontex – eindeutig das Ergebnis des gestiegenen Drucks auf die EU-Grenzagentur und der Ermittlungen über ihre Beteiligung an den Push-Backs, die internationale Aufmerksamkeit und Verurteilung hervorgerufen haben. Frontex schickte uns jetzt auch ein Foto, das am 9. Februar 2020 aufgenommen wurde. Es zeigt ein Schlauchboot in der Nähe der GPS-Position, die damals von den 91 in Not geratenen Menschen gemeldet wurde. Es sind jedoch keine Menschen oder Überreste auf dem Foto zu erkennen.

Während des gesamten vergangenen Jahres haben Familien und Freund*innen der 91 Vermissten, die sich auf dem schwarzen Schlauchboot befanden, auf der Suche nach ihren Angehörigen sowohl das AlarmPhone als auch europäische Behörden kontaktiert, aber niemand hat geantwortet.

Dank dieser kollektiven Bemühungen und der Selbstorganisation der Familien, vor allem in Darfur, wurde eine Liste der Vermissten erstellt, die 62 Namen und viele Fotos enthält. Dies gibt vielen von denen, die die europäischen Behörden an dem Tag auf See verschwinden ließen, einen Namen, ein Gesicht, ein Lächeln.

Ohne dass Leichen gefunden werden und ohne klare Antworten, ist es für ihre Familien unmöglich, etwas über das Schicksal der vermissten Liebsten zu erfahren und mit dem Verlust abzuschließen.

Die 91 Menschen, die seit dem 9. Februar vermisst sind, sind in den offiziellen Statistiken nicht erfasst. Sie zählen nur jene Schiffsunglücke, die von Überlebenden bestätigt wurden. Gibt es aber keine Zeug*innen, werden sie nicht gezählt, so dass Dutzende Unglücke von internationalen Organisationen nicht anerkannt werden.

Wir lehnen die Logik ab, das Leben und den Tod von People of Color auf Zahlen und Statistiken zu reduzieren. Diese rassistische Entmenschlichung erklärt nicht den Verlust von Abdul, von Aboubacar, von Adnan, von Abdel.

Sie erklärt nicht den Schmerz, der ihren Müttern, ihren Schwestern, ihren Freund*innen zugefügt wurde. Es berücksichtigt nicht die Gewalt der White Supremacy, durch aktive Gewalt oder durch Unterlassen historisch und gegenwärtig, die weiterhin People of Color mordet oder sie auf See sterben lässt.

Das Schweigen und der Mangel an Anerkennung verweigert ganzen Gemeinschaften das Recht, zu erfahren, was mit den Menschen passiert ist, die sie vermissen. Es verweigert ganzen Gemeinschaften das Recht, ihre Angehörigen zu beerdigen, um sie zu trauern und mit schmerzhaften Suchaktionen abzuschließen.

Ganze Gemeinschaften sind von diesem gewaltsamen Schweigen betroffen. Sie weigern sich aber, zum Schweigen gebracht zu werden und schließen sich stattdessen zusammen, um Antworten zu fordern. Heute versammeln sich die Familien und Freund*innen der 91 Vermissten in Al Fasher, Darfur, um ihren Angehörigen zu gedenken und um gegen das Unsichtbarmachen des Verschwindenlassens ihrer Angehörigen zu protestieren.

In Solidarität mit ihnen und in Solidarität mit den Freund*innen und Familien aller Menschen, die durch das gewaltsame europäische Grenzregime verschwunden sind oder getötet wurden, versammeln wir uns heute in mehreren Städten, um Antworten zu fordern.

Gemeinsam mit ihnen nennen wir ihre Namen, um Europa daran zu erinnern, dass jedes Schwarze Leben zählt, dass wir nicht vergessen und dass wir weiter gegen dieses rassistische Grenzregime kämpfen werden.

Gemeinsam mit ihnen fordern wir ein sofortiges Ende der rassistischen Gewalt, der Tötung von Menschen auf der Flucht und ihres gewaltsamen Verschwindenlassens.

Heute und jeden Tag kämpfen wir dafür, Europa für seine rassistische Gewalt zur Rechenschaft zu ziehen, und wir kämpfen für Bewegungsfreiheit für alle.

Stoppt das Sterben auf See, jetzt!

Wir haben das mörderische Abschiebesystem angegriffen

Dokumentation:

„in der nacht vom 08 01 21 auf den 09 01 21 haben wir auf den fuhrpark der landesabschiebebehörde (LAB) in braunschweig und ein gebäude der landesabschiebebehörde (LAB) in hannover-langenhagen brandanschläge verübt

in braunschweig sind wir auf das gelände der LAB eingedrungen und haben unter 6 transportern welche für abschiebungen zum einsatz kommen brandsätze platziert

in hannover-langenhagen haben wir einen großen brandsatz am Gebäude der LAB angebracht

die LAB beteiligt sich an ihren verschiedenen standorten an der organisierung und durchführung von abschiebungen. auf dem gelände der LAB hannover-langenhagen wird gerade eine zentrale abschiebebehörde (ZAB) aufgebaut und mit mehr personal ausgestattet. Ziel der politik ist es abschiebungen mit der ZAB schneller effizienter und konsequenter durchzuführen. ganz im sinne des tödlichen paktes der auf bundesebene und europaebene für den ausbau der festung europa nach vorne getrieben wird.

mit den transportern werden refugees gegen ihren willen aus ihren wohnungen und aus lagern direkt zu abschiebeflügen bzw in den abschiebeknast transportiert. mitten in der nacht oder tagsüber aus der schule.

unsere militanten aktionen sind ein praktischer beitrag um die abläufe im menschenverachtenden abschiebesystem wirksam zu behindern

wir solidarisieren uns mit refugees die nach europa und zu uns nach deutschland kommen
wir haben respekt vor ihren kämpfen für bewegungsfreiheit
wir haben respekt wenn sie sich gegen abschiebeversuche wehren
wir sind solidarisch mit allen die refugees bei ihren kämpfen unterstützen
mit ziviler seenotrettung
mit unterstützung auf der fluchtroute und an den lagern an der europäischen außengrenze
durch umverteilung und beratung
durch verstecken vor der ausländerbehörde
mit demos und protestcamps
durch schützende sit-ins gegen abschiebungen
durch militante aktionen
wir müssen uns über unsere widerstandserfahrungen austauschen um miteinander zu lernen
wir müssen solidarische strukturen aufbauen und verteidigen
wir müssen auf alle aktionsformen zurückgreifen um für ein besseres leben zu kämpfen

GEGEN EINE POLITIK DER AUSBEUTUNG AUSGRENZUNG UND ABSCHOTTUNG
GEMEINSAM FÜR BESSERE LEBENSVERHÄLTNISSE FÜR ALLE
SOLIDARITÄT MUSS PRAKTISCH WERDEN“

anonym

AUSWERTUNG / ERGÄNZUNG

„der brandanschlag auf den fuhrpark der landesabschiebebehörde (LAB) in braunschweig hat wie gewünscht funktioniert und braucht keine weitere erklärung

der brandanschlag auf das gebäude der landesabschiebebehörde (LAB) in hannover-langenhagen hat leider nicht wie geplant funktioniert. deswegen wollen wir hiermit unsere aktionsausführung transparent machen und fehler analysieren.

wir haben 6 kanister mit jeweils 20 litern unter dem mittleren fenster auf der rückseite des gebäudes platziert. in diesen kanistern befanden sich 1/3 diesel und 2/3 benzin. die kanister sollten dazu dienen eine hohe flamme über einen ausreichend langen zeitraum zu entfachen um damit das dach des gebäudes in brand zu stecken. das dachgeschoss ist ausgebaut und ein brand hätte dort erheblichen schaden angerichtet. das gebäude ist nicht hoch. da wir auch die anderen stockwerke des gebäudes weitmöglich zerstören wollten haben wir im erdgeschoss direkt am fenster unter dem sich die kanister befanden noch zusätzliche brandsätze platziert. auf der fensterbank an das fenster gelehnt befanden sich noch 6 flaschen mit einem inhalt von 1,5 litern des selben gemisches. diese flaschen sollten das zerpringen des fenster garantieren wodurch die flammen der kanister auch diese etage zerstören sollten. insgesamt wurden 4 zeitzünder platziert. ein zeitzünder genügt um die kanister in brand zu stecken. die anzahl von 4 zündern wurde gewählt um unwahrscheinliche fehlzündungen ausgleichen zu können. wir haben 3 zünder auf den kanistern platziert und einen zünder oben auf der fensterbank bei den flaschen.

die zeitzünder bestanden aus einem räucherstäbchen das nach einer zeit von etwa 30 minuten mit seiner glut mehrere zündschnüre anzünden sollte die dann in ein säckchen mit schwarzpulver und anderen stoffen geführt haben. wichtig dabei ist dass die zündschnüre aus dem säckchen rausragen.

der presse ist zu entnehmen dass die zünder nicht wie geplant funktioniert haben. im vorfeld wurde dieser aufbau der zünder mehrmals getestet um ihre funktion sicherzustellen. daher kommt für uns nur eine fehlerquelle in frage. die räucherstäbchen sind trotz aller vorsicht feucht geworden.

der zeitliche abstand von der herstellung der zünder bis zum einsatz am objekt könnte zu groß gewesen sein und die lagerung der zünder nicht trocken genug. die räucherstäbchen könnten bei ihrer lagerung feucht geworden sein was dann verursacht hat dass sie ausgegangen sind bevor sie die zündschnüre entzünden konnten. die nacht war feucht es hat geschneit. vielleicht ist trotz aller vorsichtsmaßnahmen so doch feuchtigkeit an die stäbchen gekommen. es war kalt. kann sein es hat sich in der vorrichtung mit der wir die zünder vor regen geschützt haben kondenswasser gebildet.

bei zukünftigen aktionen raten wir daher dringlichst feuchtigkeit an empfindlichen zündern noch sicherer auszuschließen. wenn der zeitlichen abstand von herstellung und aktion verkürzt wird darf dabei allerdings der notwendige zeitliche abstand von einkauf und aktion nicht verringert werden

die gesamte vorbereitung fand selbstverständlich unter aufwendigen vorkehrungen statt um ein hinterlassen von dna spuren zu vermeiden. allerdings kann der verlust von dna spuren nie ganz ausgeschlossen werden. daher ist ein funktionierender brandsatz umso wichtiger

wir hoffen dass bei zukünftigen anschlägen dieser fehler vermieden werden kann
wir müssen uns über unsere widerstandserfahrungen austauschen um miteinander zu lernen
wir müssen solidarische strukturen aufbauen und verteidigen
wir müssen auf alle aktionsformen zurückgreifen um für ein besseres leben zu kämpfen“

anonym

Keine Ruhe nach dem Schuss!

Verschiebung des Prozesses gegen den Köln-Porzer CDU-Politiker Hans-Joseph Bähner

Wie das Bündnis „Tatort Porz – Keine Ruhe nach dem Schuss“ am 17.02. erfahren hat, wurden bis auf weiteres alle geplanten Prozesstermine abgesagt und auf unbestimmte Zeit verschoben. „Mit dem Prozessbeginn wird nun nicht vor Mai gerechnet“, so die Vertreterin der Nebenklage, RAin Edith Lunnebach.

Der 72-jährige Lokalpolitiker Hans-Joseph Bähner ist angeklagt, kurz vor Silvester 2019 auf einen Jugendlichen geschossen und schwer verletzt zu haben, der mit Freunden am Rhein gechillt hatte. Zuvor soll er die Gruppe rassistisch beleidigt haben.

Die Begründung für die Vertagung des Prozesses, der zum 3.3.21 hätte beginnen sollen: Es gäbe dringlichere Verfahren und das Alter des Angeklagten ließe sich nicht mit den gebotenen Corona-Schutzmaßnahmen vereinbaren. Wir sehen in der Verschiebung des Prozesses eine Bestätigung für den Mangel an Bedeutung, den Politik und Justiz der Aufklärung des rassistischen Anschlags vom 30.12.2019 in Köln-Porz beimessen.

Obwohl Bähner aus kurzer Distanz gezielt auf Krys geschossen haben soll, wertet die Justiz die Tat nur als schwere Körperverletzung, nicht als Mordversuch und setzte ihn auf freien Fuß. Dieses Versäumnis muss nun als Begründung dafür herhalten, andere Verfahren mit Haftsachen vorzuziehen und den Prozess gegen den frei herumlaufenden (und immer noch bewaffneten) Schützen in Porz auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Und das im Fall eines Mannes, der im Internet rechte Propaganda verbreitete und mit einer illegal besessenen Waffe aus rassistischen Motiven aus nächster Nähe auf einen Mitmenschen geschossen haben soll. Dies kann nicht anders erklärt werden als mit dem strukturellen und systemimmanenten Rassismus von Staat und Justiz.

Nun wurde der Prozess, bei dem sich der Angeklagte für seine Taten zu verantworten hätte, auf unbestimmte Zeit verschoben - ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer von rassistischer Gewalt.

Gemeinsam dem rechten Terror entgegentreten!
Solidarität mit allen Betroffenen rassistischer Gewalt!
Rassisten entwaffnen!

Die Tyrannei der Flexibilität

„Es lohnt sich es immer wieder zu wiederholen. Der Industrialismus, die Technologien, sind nicht nur für die Verwüstung und dauerhafte Vergiftung des Planeten und seiner Bewohner verantwortlich. Sie implizieren auch eine Mentalität, die das paradoxe Verdienst hat, viele Aspekte der Freiheit darzustellen, indem sie sie von innen heraus völlig entleert, d.h. sie unfähig macht, nach Freiheit zu streben."

Auf spanisch gefunden auf Contra Toda Nocividad, die es ihrerseits aus dem französischen aus der anarchistischen Publikation Avis de tempêtes, übersetzt haben, die Übersetzung ins deutsche ist von der Soligruppe für Gefangene.

„Der moderne Mensch ist bereits so tief entpersönlicht, dass er nicht mehr menschlich genug ist, um sich seinen Maschinen zu stellen. Der primitive Mensch vertraute auf die Macht der Magie und verließ sich auf seine Fähigkeit, die Naturkräfte zu lenken und zu kontrollieren. Der posthistorische Mensch, dem die immensen Ressourcen der Wissenschaft zur Verfügung stehen, hat so wenig Vertrauen in sich selbst, dass er eher bereit ist, seine eigene Ablösung, sein eigenes Aussterben zu akzeptieren, als die Maschinen zu stoppen oder sie auch nur mit geringerer Geschwindigkeit laufen zu lassen." Lewis Mumford, 1956

Eine Epoche zusammenzufassen, ihre allgemeinen und charakteristischen Merkmale zu beschreiben, die sozialen Beziehungen, die sie be-

stimmen, zu durchdringen, ist vielleicht ein unmögliches Unterfangen. Es könnte sogar bedeuten – wie es gewöhnlich in den Arbeiten von Historikern, Anthropologen, Soziologen und Geschäftsleuten geschieht -, dass man zu einer verzerrten Herangehensweise gelangt, zu Gattungen zu gelangen, die die reale Beziehung zwischen Gesellschaft, Gemeinschaft und Individuum nicht kennen. Mit anderen Worten, wenn es um die Kultur einer bestimmten Zeit geht, besteht ein großes Risiko, dass die Individuen in den Schatten gestellt werden, die sich davon lösen, die sich davon abwenden, die ein anderes Leben führen oder versuchen zu führen. Das menschliche Individuum ist jedoch nicht frei von einer Neigung, das Verhalten anderer zu assimilieren, und auch nicht von einer schrecklichen Geselligkeit, die ihn in einen fügsamen Sklaven oder einen wilden Soldaten verwandeln könnte.

Wenn wir von der Kultur einer Epoche, einer menschlichen Gruppierung sprechen, beziehen wir uns immer auf die Mehrheit, obwohl man nie vergessen sollte, dass jedes Individuum, auch das geselligste, auch das anpassungsfähigste an die vorherrschenden Verhaltensweisen, seinen eigenen Weg geht. Wenn es viele Widersprüche erlebt hat, kann es sogar versucht sein, angesichts einer Enttäuschung oder einer Gelegenheit von der Regel abzuweichen und eine Ausnahme zu werden. Die Geschichte ist voll von Beispielen dafür, wie ein als allgemeine Regel akzeptiertes Verhalten, das eigentlich die Sitten und Gewohnheiten einer Gesellschaft begründet, oft mehrere unerwünschte Auswirkungen hat, die versteckter, heimlicher und doch ebenso konstitutiv für die Gesellschaft sind. Um ein einfaches Beispiel zu geben: Wenn mit dem Vormarsch des kapitalistischen Industrialismus die Kernfamilie dazu neigt, sich als Modell durchzusetzen (zuerst innerhalb der Bourgeoisie, dann in den anderen Schichten der Gesellschaft), entwickeln sich andere parallele Praktiken, vielleicht gegen dieses Modell von der Ehe, dem Eckpfeiler der patriarchalischen Kernfamilie. Es ist wichtig, sich immer vor Augen zu halten, dass keine allgemeine Beschreibung einer Epoche Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, weder auf der Ebene der Gesellschaft noch auf der Ebene des Individuums.

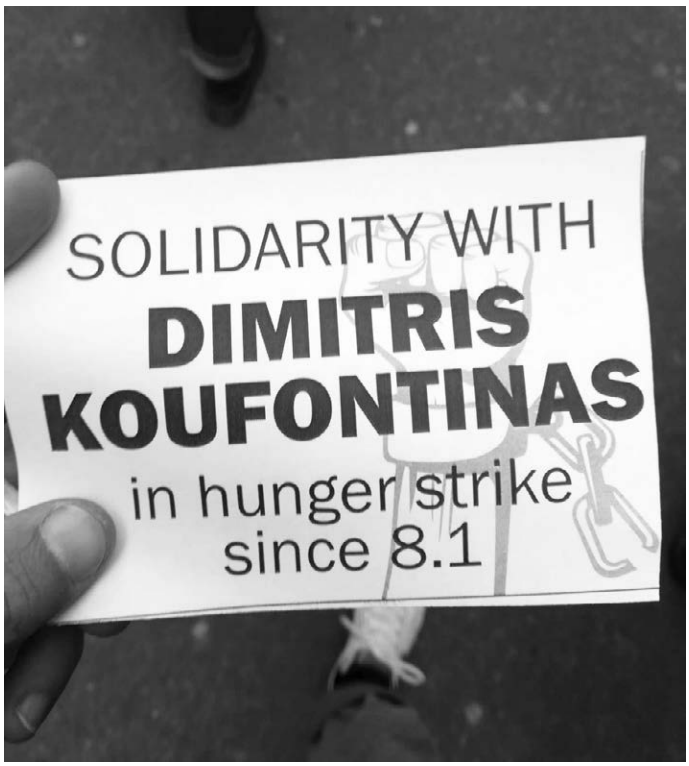
Diese Prämisse scheint notwendig zu sein, um mit verheerenden Folgen für die Idee, für den Traum vom freien Menschen, zu skizzieren, was von der zeitgenössischen Mentalität die Beziehungen und Individuen beherrschen soll. In der Tat haben die Modifikationen und Veränderungen auf wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Ebene eine solche Geschwindigkeit erreicht, dass jeder Versuch einer Beschreibung völlig vergeblich sein könnte. Es ist ein bisschen so, wie mit den brillantesten Ökonomen (und man muss schon genau hinschauen, um unter den Scharlatanen der Nützlichkeit jemanden zu finden), die es seit mindestens zwei Jahrzehnten aufgegeben haben, weitere Vorhersagen über die wirtschaftliche Entwicklung zu machen, weil sie erkannt haben, dass die Geschwindigkeit der Veränderungen so groß ist, dass jede Vorhersage, die schon von Anfang an fragwürdig war, nichts als reine Spekulation ist.

Selbsterfüllende Prophezeiungen, ein Konzept, das aus dem Bereich der Ökonomen stammt. Auf jeden Fall verbreiten und verallgemeinern sich die Veränderungen im Alltagsverhalten so schnell, dass wir bald nicht mehr die kritische Übertreibung brauchen, mit der der deutsche Philosoph des letzten Jahrhunderts vor dem moralischen Versagen warnte, das die Technifizierung der Welt mit sich bringt.

Von der Kaserne zum offenen Raum

Nach einer anfänglichen Periode chaotischer und wilder industrieller Entwicklung, die das verwüstete, was allgemein als unveränderlich galt, obwohl dieser Zustand seine eigene Geschichtlichkeit hatte, stellte die Industrialisierung ihre technischen Errungenschaften zur Schau, erwies sich aber als völlig unfähig, Elend und Armut zu verbergen. Sei es der Sozialismus mit der Idee einer Planwirtschaft nach den Bedürfnissen der Gesellschafts-Staates, sei es der demokratische Liberalismus mit der Idee einer Marktwirtschaft, die von einem Richter-Staat reguliert wird, der die verschiedenen Interessen vertritt, sei es der Faschismus mit der Idee einer korporatistischen Wirtschaft: Alle diese Massenströmungen haben versucht, eine Antwort auf die Lawine der Technologie und die daraus resultierenden beispiellosen Umwälzungen zu geben. Das „moralische Vakuum", das durch die Entmenschlichung der sozialen Beziehungen entsteht, konnte nur eine Antwort von rechts und links erhalten.

Parallel zur impliziten Standardisierung, die durch die industriellen Techniken der Zeit induziert wurde, wären die sozialen Beziehungen wiederum demselben Weg gefolgt. Die gesamte Gesellschaft begann einer riesigen Kaserne zu gleichen, die um den Konformismus früherer bäuerlicher Gesellschaften nicht mehr zu beneiden war, dank einer Uniformierungskultur, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg an Fahrt gewann. Der Massenkonsum wurde damals als eine viel stärkere Kraft der Anwerbung, Nivellierung und des Zusammenhalts konzipiert (Ostermontag). Im Gegenzug für ein solch tristes Leben zeichnete sich für immer mehr von der Industriegesellschaft unterdrückte Schichten endlich ein gewisser materieller Wohlstand ab. In den 1970er Jahren hätte diese Mentalität vor allem angesichts des Ansturms von Außenseitern, Unzufriedenen, Träumern und jungen



Rebellen Risse und Schwächen bekommen, zur Überraschung der alten revolutionären Kasernen, die dachten, dass ein neuer Anstrich der Wände für das Massenglück ausreichen könnte. Ablehnung von (nicht-kreativer) Arbeit, Ablehnung starrer Gewohnheiten, Ablehnung von Standardisierung und Uniformität, Ablehnung einer am Ort der Produktion verankerten Identität. Nachdem die subversiven Reste, die in diesen Angriffen enthalten waren, beseitigt waren, nachdem die revolutionären Minderheiten, die oft noch bestimmte Kasernen-Theorien (Marxismus, Leninismus, Staatssozialismus . . .) in sich trugen, getötet, eingesperrt und zerschlagen worden waren, hätte dieser proteanische Impetus sein trauriges Schicksal ereilt. Um, einmal verstümmelt und amputiert, in einer umfassenden Umstrukturierung des gesamten Unternehmens aufgefangen zu werden.

Heute scheint diese Bewegung kurz vor der Realisierung zu stehen. Die alten ökonomischen Gleichgewichte wurden transformiert, die mit den neuen Produktionsmodellen unvereinbaren Mentalitäten wurden eliminiert oder isoliert, der Boden für das Wachstum eines anderen westlichen Kapitalismus wurde durch die Kraft der Delokalisierung, die Demontage der großen Produktionsstrukturen und ihrer Begleiterscheinungen befruchtet. Politik (Gewerkschaften, Parteien usw.), Automatisierung, Neudefinition des Verhältnisses zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit (Verwischung der Grenzen), gewisse Liberalisierung der Sitten usw. Auf jeden Fall erscheint die Kasernenmentalität von damals heute rückschrittlicher denn je. Die moralische Starrheit, die auf christlichen Vorbildern beruht, ist einem Konsumismus gewichen, für den die Verdinglichung aller Bereiche des Lebens, selbst der intimsten, zur Norm geworden ist. Und die brutale Beschleunigung dieser tiefgreifenden Veränderungen hätte nicht (ohne möglicherweise Aufstände zu provozieren, die in der Lage wären, die Türen zum Unbekannten zu öffnen), ohne die Einführung und Verallgemeinerung von Technologien in allen Bereichen der Gesellschaft nicht geschehen können.

Eine neue Mentalität in einer neuen Welt

Es lohnt sich es immer wieder zu wiederholen. Der Industrialismus, die Technologien, sind nicht nur für die Verwüstung und dauerhafte Vergiftung des Planeten und seiner Bewohner verantwortlich. Sie implizieren auch eine Mentalität, die das paradoxe Verdienst hat, viele Aspekte der Freiheit darzustellen, indem sie sie von innen heraus völlig entleert, d.h. sie unfähig macht, nach Freiheit zu streben. Ein funktionaler Liberalismus, der das genaue Gegenteil des anarchistischen Verhältnisses zu letzterem ist. Heute, in der neuen Welt, sprechen wir zum Beispiel nicht mehr von Arbeitsplätzen, sondern von offenen Räumen. Wir sprechen nicht von Produktion, sondern von Kreation/Schöpfung. Wir sprechen hier nicht von Mitarbeitern, sondern von Mitstreitern. Sie provoziert nicht Gehorsam, sondern Teilnahme. Überall blüht diese neue Mentalität, die entschlossen ist, die letzten Bastionen des „altmodischen" Industrialismus zu beseitigen, gewinnt an Schwung, sammelt Ressourcen und Kapital auf, um zu den Märkten „durchzubrechen". Und das verändert alles, stellt alles auf den Kopf. Wer hätte gedacht, dass das kleine schuldige Vergnügen am Samstagabend, nach einer harten Woche der Ausbeutung, eine Pizza von zu Hause zu bestellen, zu einem auf unzählige andere Bereiche ausgedehnten Ernährungsmodell werden würde? Dass der „Luxus", eine Nacht in einem Hotel zu verbringen, sich „demokratisieren" würde, um alle Wohnungen der Welt in potenzielle Hotelsuiten zu verwandeln?

Auf die Gefahr hin, eher den Baum als den Wald zu betrachten, könnten wir sagen, dass die Technologie, die das, was wir über den „Menschen" und seine Art, mit anderen in Beziehung zu treten, zu wissen glaubten, zutiefst erschüttert, durch einen dünnen Metallkasten mit einem hellen Touchscreen repräsentiert wird. Nach dem Start ist es unmöglich, mit irgendjemandem im Voraus einen Termin zu vereinbaren. Es ist zu starr, es ist nicht Teil der permanenten Flexibilität, zu der wir verurteilt sind (oder besser gesagt, die wir uns als schlechten Ersatz für Freiheit anmaßen zu leben). Es ist schwierig, sich auf eine Vereinbarung zu verlassen, denn alles unterliegt einer lebendigen, dringenden und kurzfristigen Änderung. Es ist kompliziert, ein Geheimnis oder eine beschämende Situation zu bewahren, denn alles wird geteilt, man muss teilen, auf die Gefahr hin, unsozial zu sein. Es ist unmöglich, nicht zu präzisieren, wo wir uns befinden.

Man hat fast vergessen, dass ein Gespräch mit jemandem von Angesicht zu Angesicht nicht dasselbe ist wie die Worte auf oder in einem Bildschirm, möglicherweise hinter einem Menschen. Dass wir mit jemandem übereinstimmen, bedeutet nicht implizit, dass wir in letzter Minute durch diese verdammte technologische Prothese ändern können, was gestern festgelegt wurde. Wir haben vergessen, dass die Zeit, die wir mit jemandem verbringen, die Anwesenheit dieses Geistes ausschließt, der mit dem Klang der Glocken und der wechselnden Helligkeit in die Beziehungen eindringt. Wir haben vergessen, dass es nicht möglich ist, sich einer intensiven, manchmal schmerzhaften, aber besonders humanen Tätigkeit des Nachdenkens hinzugeben, wenn jeden Moment, wie ein Gefangener in seiner Zelle, der technologische Aufseher einbrechen kann.

Die wenigen „Partisanen", die trotzdem weitermachen oder einfach versuchen, die Präsenz des elektronischen Halsbandes des Handys einzuschränken oder drastisch zu reduzieren, haben ein schweres Leben. Nicht nur, weil sie durch den Ring springen müssen, wenn sie auf den Kontakt mit einer Institution, einer Firma, einem Eigentümer, irgendeinem Arzt warten (den sie anrufen werden, wann und wie es ihnen passt), nicht nur, weil es fast keine Arbeit mehr gibt, ohne dass sie gezwungen sind, ständig mit dem Chef und mit Kollegen zu kommunizieren, nicht nur, weil ihnen Einladungen zu verschiedenen sozialen Beziehungen durch den Kopf gehen (die fast ausschließlich durch den Geist fixiert werden, und natürlich in letzter Minute, vorbehaltlich ewiger Änderungen von Zeit und Ort . . .), sondern weil sie die Gefahr laufen, jeglichen Kontakt zu verlieren (wenn sie ihre digitale Präsenz nicht erneuern, hören sie in den Augen der anderen auf zu „existieren").

Auch sie haben ein schweres Leben, denn es ist nicht nur die Kaserne oder der Priester, es ist nicht nur die Schule oder die Arbeit, die sie all das erleiden lässt, sondern auch ihre Angehörigen tragen zu dieser Tyrannei der Flexibilität bei. Sie sind auch dem Senden von Bits und Bytes ausgesetzt. Sie erzwingen auch, manchmal gegen ihren (ausdrücklichen) Willen, ein verpflichtendes und schmerzhaftes Wissen mit dem Geisterwächter; bauen, Ring um Ring, Kette um Kette, das technologische Halsband um ihren Hals. Im Namen der Freundschaft, der Gefährtenschaft, der Liebe, des Teilens, natürlich. Und das ist vielleicht

der schrecklichste Aspekt: Wie macht man einem Freund klar, dass man nicht nur nicht telefonieren kann, sondern es auch nicht gerne tut? Wie stellen man sicher fest, dass ihr Ärger, ihre Frustration, ihr Unmut nach einer erneuten Terminverschiebung durch den Geisterwächter nicht in eine hochmütige Starrheit, eine elitäre Arroganz, eine Unfähigkeit, die Sorgen anderer zu verstehen, übergeht? Manchmal hat man den Eindruck, unter den letzten Mohikanern, dass alles umsonst ist. Ermüdet davon, jähzornig und unflexibel zu erscheinen, nimmt man schließlich in Kauf, eines zu werden: zu selten, zu starr und „uncool".

Bereits Anfang der 1990er Jahre warnte uns ein anarchistischer Text vor der Ankunft der neuen Mentalität, die in den Labors der Macht geschmiedet wurde: flexibel, inhaltsarm und basierend „auf kurzfristiger Anpassung, auf dem Prinzip, dass nichts sicher ist, aber alles festgelegt werden kann", es kann gelöst werden. Diese Mentalität „produziert eine moralische Degradierung, in der die Würde der Unterdrückten am Ende mit der Garantie des schmerzhaften Überlebens verhandelt und verkauft wird". Wo „alles zusammenarbeitet und übereinstimmt, um Individuen zu bilden, die in jeder Hinsicht bescheiden sind, unfähig zu leiden, dem Feind zu begegnen, zu träumen, zu wünschen, zu kämpfen, zu handeln", können sich Anarchismus und Anarchisten nur auf die Gefahr hin anpassen, als solche zu verschwinden. Und das ist vielleicht das, was passiert, obwohl es schwer zu erkennen und zu veranschaulichen ist. Wir sind darauf reduziert, uns auf ein dummes und begrenztes Bild wie das des weit verbreiteten Gebrauchs des kommunikativen Halsbandes zu berufen.

Wie könnten Anarchisten ernsthaft einen Vorschlag wie den der permanenten Verbindung vor nicht allzu langer Zeit verbreiten, um zu versuchen, seinen schrecklichen Konsequenzen zu entkommen? Wie könnte ein Anarchist am Ende zustimmen, umzukehren? Permanent mit eingeschaltetem Mikrofon und GPS, d.h. auch jenseits jeglicher „Notwendigkeit", die als unvermeidlich angesehen wird (wie z.B. für die Arbeit zur Verfügung zu stehen), sich nicht nur unangemessenen Abhör- und Verfolgungsmaßnahmen aussetzt, sondern auch jeder bekannten Person oder jedem Außenstehenden, der mit unsichtbaren Gitterstäben in der Tasche den Käfig betritt? Ende der 1990er Jahre hatte ein Universitätsaufsatz das Verdienst, die Charakteristika des neuen Geistes einzufangen: „Das Bild des Chamäleons ist verlockend, um den Fachmann zu beschreiben, der es versteht, seine eigenen Beziehungen so zu gestalten, dass er leichter auf andere zugehen kann", denn „ Anpassungsfähigkeit ist der Schlüssel, um den Geist des Netzwerks zu erreichen". Deshalb ist es „realistisch, in einer vernetzten Welt ambivalent zu sein …, weil die zu bewältigenden Situationen selbst komplex und unsicher sind". Ohne zu viel Heuchelei wurde erkannt, dass dies gleichbedeutend ist mit der „Aufopferung … der Persönlichkeit, verstanden im Sinne einer Seinsweise, die sich unabhängig von den Umständen mit ähnlichen Haltungen und Verhaltensweisen manifestieren würde". Kurz gesagt, „um sich in einer verbindenden Welt niederzulassen, muss man ausreichend formbar sein". Und wer würde nicht akzeptieren, einer zu werden? Dann besteht kein Zweifel, dass „Dauerhaftigkeit und vor allem Beständigkeit in sich selbst oder dauerhaftes Festhalten an" Werten „als inkongruente oder pathologische Starre kritisiert werden kann. Und, je nach Kontext, als Ineffizienz, Unhöflichkeit, Intoleranz, Unfähigkeit zu kommunizieren".

Der zu zahlende Preis

Die Ablehnung der Mentalität, die das Boot und seine Welt einflößen, scheint zu bedeuten, dass man sich sein eigenes Grab schaufelt, fern und vergessen bleibt. Nicht verbunden zu sein, ist gleichbedeutend damit, unsozial, mürrisch, intolerant und starr zu sein. Und es besteht kein Zweifel daran, dass der Preis, der für den Versuch zu zahlen ist, sich nicht von der Flut der „Kommunikations"-Technologie mitreißen zu lassen, im Laufe der Jahreszeiten und Jahre weiter steigen wird. Ob man nun zu den wenigen Deserteuren und Widerspenstigen gehört, die sich weigern, täglich von Anrufen und Nachrichten terrorisiert zu werden, oder ob man zu einer Einsamkeit verurteilt ist, wie sie kürzlich ein chilenischer Gefährte beschrieb, als die, die mit einer verborgenen Existenz einhergeht. Denn vielleicht ist es ja gerade eine neue Form der „Klandestinität", die man erleben muss: die der Flucht aus den Tentakeln der technologischen Krake. Nicht nur, dass es nicht so sehr darum geht, der böswilligen Aufmerksamkeit der Repressionsmaschine in Uniform und Robe zu entgehen, sondern Schritt für Schritt eine viel wichtigere tägliche Repression zu bekämpfen, wenn man das so sagen kann, nämlich die Anpassung an die neue Welt des Alptraums in Bewegung.

Die Krake ihrer Antennen und Lichtleitfasern zu berauben, würde in der Tat viel an Bedeutung verlieren, wenn sie ihr Gift kampflos in unsere Adern und die unserer Komplizen und Liebsten eindringen ließe. Wie viel, um Schritt für Schritt eine viel wichtigere tägliche Verdrängung zu bekämpfen, wenn man so sagen darf, die die Anpassung an die neue Welt des Alptraums in Bewegung ist.

„Der Mensch kann nur das außerhalb seiner selbst bauen, was er zuerst in sich selbst erdacht hat", warnte ein Dichter, der vom Unmöglichen träumte. Um eine Welt ohne Autorität zu errichten, muss man sie zunächst konzipieren. Es darf nicht programmiert, schematisiert oder gemessen werden. Nein, nur durch die Vorstellung, im doppelten Sinne des Wortes: an sie zu denken, heißt sie zu befruchten. Aber um eine Welt zu begreifen, müssen wir etwas anderes in uns haben, das keine Reflektion ist. Und genau dieser Aspekt des menschlichen Wesens ist nun das Ziel, Angriff um Angriff, der technologischen Welt. Wir können nicht gegen diesen „neuen Menschen", diesen flexiblen und vernetzten Zombie – der in jedem von uns geboren wird – kämpfen, ohne in unseren Tiefen und in unseren Affinitätskreisen eine Welt zu erdenken, eine fiktive, einen Traum, der sich qualitativ von der Käfigwelt unterscheidet, in der wir gezwungen sind, zu überleben. Dieses Imaginäre kann nicht in unserem Gehirn und Herzen abgeschottet bleiben, es sei denn, wir ersticken vor Schmerz: Es muss auch in die Realität eindringen. Jenseits der zu führenden Kämpfe, der zu erwägenden Handlungen, der Konflikte, an denen man teilnimmt, oder besser gesagt, mit denen man vertraut ist, stellt sich die Frage nach der praktischen Ethik. Lehnen wir die Invasion der Elektronik so weit wie möglich und so weit wie unmöglich ab, kultivieren wir keine Abhängigkeit von technologischen Hilfsmitteln, passen wir uns nicht dem Zeitalter des Augenblicks an. Den Umgang mit Tinte auf Papier fortsetzen, um sich zu etwas mehr zu öffnen als einer schäbigen Reproduktion des Vorhandenen, sich den Inhalt dieser fast veralteten Objekte, die so schnell den Staub der Zeit aufsaugen, aneignen, um ihre Einzigartigkeit aus einer begrenzten Erfahrung heraus zu bereichern. Trage nicht zur Ver-

armung der Sprache bei, Schöpfer der Welten. Vermeide den Einsatz von Technologie, um Probleme zu lösen, die diese nicht erst seit gestern benötigen. Lehne das Modell des „neuen Menschen", das sich um uns herum ausbreitet, ab, auch um den Preis, obsolet, unbehandelbar, irritierend zu erscheinen. Hier ist der neue Partisan, eine neue Art von Untergrund, der benötigt wird, um zu kämpfen, zu handeln und zu atmen, in einer komplett vernetzten Welt.

Rache für die zwei vom Jamnitzer!

Dokumentation:

„Am Sonntagmorgen [07.02.2021] haben wir am Jamnitzer Platz in Gostenhof ein Dutzend Autoreifen und einige E-Scooter mithilfe von 20 Litern Benzin abgefackelt. Zeitgleich haben wir das Ordnungsamt Nürnberg mit Farbbomben und Steinen angegriffen. An beiden Orten steht nun groß, was sich so viele wünschen: „Rache für die 2 vom Jamnitzer!"

Am 02. Februar wurden in Nürnberg zwei Menschen zu 14 Monaten Haft sowie 10 Monaten auf 3 Jahre Bewährung verurteilt. Die absurde Urteilsbegründung: Die beiden sollen im Sommer 2019 Polizist*innen am Jamnitzer Platz angeschrien haben. Dass der eine Verurteilte an jenem Abend nachweislich gar nicht vor Ort war, zeigt die Motivation hinter dem Prozess und seinen Urteilen: Hier wurde ein politischer Prozess geführt und staatliche Willkür in ihrer ganzen Härte durchgesetzt. Bei den Urteilen ging es also nicht um eine lautstarke und kritische Meinungsäußerung, sondern um alles, für das der Jamnitzer steht.

Der Jamnitzer steht für die zahlreichen Momente des Aufbegehrens der Menschen aus Gostenhof gegen die Bullenschweine und diesen Drecksstaat. Er steht für kraftvolle Spontis und den gemeinsamen Kampf gegen steigende Mieten im Viertel. Aber auch für ein solidarisches Miteinander, laue Nächte am Feuer und entspanntes Cornern, das ohne Konsumzwang auskommt. Das alles ist den Stadtoberen, dem Ordnungsamt und den Bullen ein Dorn im Auge!

Wer nicht ins System passt, Kritik übt, oder es wagt, sich selbst zu organisieren, wird mit aller Härte bekämpft: Seit Sommer 2019 wird Gostenhof massiv von Bullen belagert. Die Schweine vom USK terrorisieren alles und jeden, der nicht in ihr rechtes Weltbild passt. Die Belagerung des Jamnitzers, die ständigen Kontrollen und die fast durchgehende Präsenz der Bullen im Viertel haben Folgen: Immer mehr Menschen lassen sich die Scheiße einfach nicht mehr länger bieten und machen den Mund auf. Sei es bei Kundgebungen, im Gespräch mit den Nachbar*innen oder in der Konfrontation mit den Schweinen.

All das wurde den zwei Verurteilten zum Verhängnis! Der Bullenterror hat nicht die gewünschte Zähmung von Gostenhof bewirkt, deshalb wurde jetzt eines der schwersten Geschütze aufgefahren, die der „Rechtsstaat" zu bieten hat: Knast! Die Botschaft ist klar: Wer sich auch nur in die Nähe von Ungehorsam begibt, wird knallhart bestraft!

Einen Menschen 14 Monate in ein dreckiges Loch zu stecken und ihn seiner Freiheit zu berauben, ist ein Verbrechen! Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass wir dieses Unrecht angemessen vergelten könnten. Unseren Hass werden wir euch dennoch spüren lassen, das ist gewiss!

Rache für die 2 vom Jamnitzer!

P.S.: Grüße gehen raus an die Menschen, die es gestern Abend im Anschluss an eine Schneeballschlacht am Jamnitzer mit einem großen Feuerwerk ordentlich krachen haben lassen und lautstark Freiheit für alle politischen Gefangenen gefordert haben! Ganz Gostenhof hasst die Polizei!"

anonym

DNA-Beschluss wegen Hausfriedensbruch?

Datensammelwut des LKA 5 Sachsen

Vor wenigen Wochen flatterten Beschlüsse zur DNA- & Fingerabdruckabnahme bei vier Beschuldigten in die Briefkästen. Der Vorwurf: Hausfriedensbruch. (1)

Was vor Jahren noch mit spektakulären Massen-Gentests bei Gewaltverbrechen für Akzeptanz sorgen sollte, etabliert sich mittlerweile zum Standardrepertoire der staatlichen Repressionsbehörden:

Die DNA-Entnahme wird selbst bei kleineren Delikten durchgesetzt und von Gerichten fast immer genehmigt. Besonders in Strafverfahren gegen emanzipatorische Strukturen und Einzelpersonen kann ein inflationärer Gebrauch beobachtet werden. Es ist ein Versuch staatlicher AkteurInnen, mit dieser repressiven Praxis Teile unserer Bewegung massiv einzuschüchtern.

Ein noch junges Beispiel dessen, ist der Fall von Merle im Sommer 2019. Wegen eines Hausfriedensbruchs im Leipziger Umland und der politischen Entscheidung von Merle nach einer Festnahme eine Identitätsfeststellung zu verweigern, wurde Merle wochenlang in Untersuchungshaft gesteckt. Der Richter versuchte hier ein Exempel zu statuieren und ein klares Zeichen an alle Klimaaktivist*innen zu senden. Auch hier wurde die DNA-Abnahme bei Merle mit einem richterlichen Beschluss erzwungen. (2)

Soko Linx dreht frei

Besonders im letzten Jahr hat die Ermittlungswut der Soko Linx in Leipzig und vor allem in Connewitz massiv zugenommen. Beispielsweise durch die Kriminalisierung von Antifaschist*innen im Zuge der Verfahren um die Hausdurchsuchungen vom 10.06.2020 oder durch die Kriminalisierung des Protests gegen die Verdrängungsprozesse in Leipzig. Im Verlauf der Ermittlungen gegen Antifaschist*innen bekamen auch dort Menschen DNA-Beschlüsse zugestellt. Im Nachhinein musste die Staatsanwaltschaft dennoch zwei Hausdurchsuchungen- und DNA-Beschlüsse als rechtswidrig erklären, da gegen die Betroffenen kein ausreichender Anfangsverdacht vorlag. (3) Zudem wurde gegen einen Beschuldigten das Verfahren komplett eingestellt, da überhaupt kein Anfangsverdacht vorlag, gegen eine weitere Person auf die dasselbe zutrifft wird dennoch weiterermittelt. (4)

Weiterhin kann die Willkür und der Drang nach Ermittlungserfolgen auch sachsensenweit beobachtet werden. So wurden zwei Menschen ohne hinreichenden Tatverdacht über Monate in Untersuchungshaft gesteckt. Als „Hinweise" reichten hier ein kritischer Facebook-Kommentar und eine vermeintliche Geruchsspur, die ein Hund Monate nach der Tat in der Wohnung der Betroffenen gefunden haben soll. (5)

Interessant ist hier die zeitliche Nähe zu dem Wochenende rund um die Luwi71-Räumung, die B34-Räumung und die Demonstration „Kämpfe Verbinden" in den Tagen vom 04. bis 07.09.2020. Der große „Ermittlungserfolg" und die Inhaftierung dieser zwei Menschen folgte direkt zwei Tage darauf. Die Soko Linx schien damit angesichts der rebellischen und widerständigen Momente an anderen Punkten Stärke demonstrieren zu wollen, wenn es schon die Bullen auf der Straße nicht geschafft hatten.

Auch bei dem hiesigen Verfahren scheint das LKA 5 getrieben, Ermittlungserfolge zu präsentieren. Im Zuge ihres Kontrollverlusts rund um die Tage vom 04. bis 07.09. scheint der politische Druck groß, Verantwortliche zu präsentieren und der medialen Öffentlichkeit zum Fraß vorzuwerfen. So verwundert es nicht, dass Maßnahmen angeordnet werden, die kriminalhistorisch eigentlich für Kapitaldelikte vorgesehen waren. Die Beschuldigten werden somit bei einem geringfügigen Vergehen wie Hausfriedensbruch in linke Gesinnungshaft genommen und durch die Maßnahmen schikaniert. Es liegt auf der Hand, dass auch hier ein Exempel statuiert werden soll, welches eine klare Botschaft aussendet: Jegliche Handlung, die darauf gerichtet ist die Verwertung unseres Wohnraums anzuprangern oder dessen Akteure zu enteignen, gerät unter hohen und direkten Ermittlungsdruck. Es geht uns nicht darum, die DNA-Abnahme bei vermeintlich schlimmeren Straftaten eine Legitimation zuzusprechen. Wir sehen dennoch die Entwicklung, dass der Entnahme und Verwertung der eigenen DNA, in einer standardisierten Anwendung offensichtlich nichts mehr im Wege steht.

DNA - Treffer?

Auch bei der politischen Strafverfolgung gehören die Analyse und Speicherung von DNA-Profilen immer häufiger zum Standardrepertoire polizeilicher Ermittlungen. Ermittlungsbehörden machen sich bei ihrer Arbeit dabei nicht die Mühe, die DNA komplett auszulesen. Stattdessen wird nur eine bestimmte Zahl an festgelegten Markern ausgelesen, die ein genetisches Profil ergeben. Im Unterschied zur Identifizierung über Fingerabdrücke aber ist eine Identifizierung über DNA-Spuren viel umfassender, weil diese zwar vermindert, kaum aber komplett vermieden werden können. Einmal an einem Tatort eingesammelt, können Spuren darüber hinaus noch lange Zeit später ausgewertet werden. Im Zuge von Ermittlungen wird nämlich kaum berücksichtigt, wie DNA-Spuren an einen Ort gelangt sind. Das Vorfinden von bestimmten DNA-Spuren an einem Ort lässt immerhin auch nur den Rückschluss darauf zu, dass die DNA einer bestimmten Person auf die eine oder andere Weise zu dem einen oder anderen Zeitpunkt dorthin gelangt ist. Zudem besteht für gewöhnlich die „Schwierigkeit" der Vermischung verschiedener DNA miteinander – z.B. von verschiedenen Personen – und die der Verunreinigung eingesammelter Proben.

DNA-Proben zum eindeutigen Beweis zu erklären, muss somit auch aus Ermittlungsperspektive in Frage gestellt werden. Im Verlauf von Ermittlungen sammeln die Bullen an „Tatorten" alles ein, dessen sie habhaft werden können und das irgendwie der „Spurenermittlung" dienen kann. Diese Praxis dient auch dem Aufbau der mittlerweile schon über eine Million Einträge umfassenden BKA Datenbank (DAD - DNA-Analysedatei). Seit Jahren gibt es Bestrebungen die deutsche DAD mit Datenbanken aus den anderen europäischen Ländern zusammenzuführen. Seit 2005 gibt es einen regen Austausch von Spurendaten und Personenspuren mit anderen europäischen DNA-Datenbanken, wobei fast jedes europäische Land mittlerweile solche Datenbanken führt.(6) Jetzt schon gibt es einen europaweiten Austausch der DNA-Daten auf Anfrage. Bis 2022 soll jedoch ein einheitlicher europaweiter Zugriff auf alle eingespeisten DNA-Daten ermöglicht werden.

Auf Ewig? - Die persönlichen Basen-Paare in Ermittlungsverfahren

Zur Auswertung der an einem Ort eingesammelten DNA-Spuren brauchen die Bullen eine Vergleichsprobe. Diese versuchen sie entweder direkt nach einer Festnahme oder durch Vorladung zu einer DNA-Entnahme zu beschaffen. Wir wissen aber auch, dass die DNA der betroffenen Person(en) manchmal am Arbeitsplatz oder bei Hausdurchsuchungen von persönlichen Gegenständen (Zahnbürsten, Klamotten usw.) eingesammelt werden. Das „Bündnis für die Einstellung der §129(a)-Verfahren" berichtet in seiner Publikation zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg) auf S. 66: „Übrigens wurden mindestens einmal von observierten mg-Beschuldigten nach Kneipenbesuchen deren Gläser durch die observierenden BKA-Beamten beschlagnahmt, um DNA von den Beschuldigten zu bekommen." Es kam auch schon vor, dass Verwandte aufgefordert wurden, Proben abzugeben, weil deren DNA ähnlich sei.

Haben die Bullen zunächst für ein konkretes Strafverfahren die DNA einer Person entnommen lässt sich diese einfach umwidmen. Die Einspeisung in die DAD bedarf, wie auch die Zwangsentnahme, eines richterlichen Beschlusses. Als Begründung reicht eine einfache Wiederholungsgefahr. Ist die eigene DNA ersteinmal in der BKA - und bald europaweiten - Datenbank gespeichert, lässt sie sich nicht mehr löschen. Auf ewig wird jede kriminaltechnische Spur, die in Deutschland gefunden wird mit den ganz persönlichen Basen-Paaren abgeglichen.

In konsequenter Logik des Polizeistaates liegt es natürlich nahe soviele Daten wie möglich über die Bevölkerung zu sammeln. Seit Jahren wird im Rahmen „sicherheitspolitischer Maßnahmen" Überwachung ausgebaut, in die Reihe der Maßnahmen, fügt sich die aktuelle DNA-Sammelwut ein. Von der Entwicklung und Nutzung von Gesichtserkennugssoftware, der Ausweitung der Überwachung des öffentlichen Raums, die Abgabe und Digitalisierung von Fingerabdrücken für den Personalausweis, Online-Durchsuchungen bis hin zu dem Wunsch eines Generalschlüssels für verschlüsselte Messenger. Durch den Ausbau neuer Technologien und der Formulierung neuer Startegien wird versucht, gläserne Menschen zu schaffen. Wissen ist Macht und eine Bevölkerung aus gläsernen Menschen ist leichter zu kontrollieren.

Wenn zwar für die Rechtfertigung von DNA-Entnahmen immer auch eine mediale Hetze und Diffamierung der Betroffenen benötigt wird , kann zugleich die immer weiter gehende Verschiebung ihres „Verhältnismäßigkeitsgrundatzes" beobachtet werden. Früher waren große Verbrechen nötig um eine DNA-Entnahme zu rechtfertigen. Heute genügt schon ein Diebstahl, eine bemalte Wand oder eben eine Hausbesetzung, damit die Sicherheitsbehörden unsere Identität auf Vorrat speichern. Im Kontext politischer Strafverfolgung sollen präventiv Daten über außerparlamentarische (Links-)Oppositionelle gesammelt werden. (7) Nur für den Fall, diese sollten in der Zukunft Gesetze übertreten.

Die radikale Linke muss sich auch dieser Art von Repression kollektiv entgegen stellen. Von einem Widerspruch, begleitet mit möglicher offensiver Antirepressionsarbeit bis zur individuellen und kollektiven Verweigerung der Abgabe. Schon unsere Gefährt*innen aus Berlin veranschaulichten uns z.B. im Streugutkisten- und im Spucke-an-der-Wand-Verfahren, wie der Staatsschutz versucht antagonistische Kräfte mittels DNA-Entnahmen einzuschüchtern.(8)

Aber Repression fängt eben nicht erst an dem Punkt an, an den sie eine*n trifft. Man kann es den Bullen so schwer wie möglich machen, um keine DNA bei politischen Aktionen zu hinterlassen. Macht euch die juristischen Möglichkeiten bewusst und diskutiert in euren Bezügen, was ihr im Falle einer Maßnahme wie der DNA-Entnahme machen könnt und wollt. Bis dahin sollten wir uns nicht einschüchtern lassen und in unserem Widerstand fortschreiten.

- Lasst uns die Betroffenen spüren lassen, dass sie nicht alleine sind mit der Repression!
- Getroffen hat es Einige, gemeint sind wir alle!
- Solidarität mit den Hausbesetzer*innen in Leipzig und überall!

(1) https://b34soligruppe.noblogs.org/
(2) https://freemerle.noblogs.org/
(3) https://bteam.noblogs.org/pressemitteilung-vom-20-11-2020-zwei-hausdurch...
(4) https://bteam.noblogs.org/pressemitteilung-vom-23-01-2021/

Update: Zum §129 Verfahren in Berlin//Athen

Zum Kontext: Am 16. September letzten Jahres wurden die anarchistische Bibliothek Kalabalik und mehrere Wohnungen in Berlin und Athen durchsucht. Den sieben Personen, die in dem Verfahren beschuldigt sind, wird dabei vorgeworfen, mindestens seit 2016 eine vermeintliche linksextremistische kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Im Mittelpunkt der Ermittlungen stehen dabei der G20-Gipfel in Hamburg und im Besonderen die Krawalle an der Elbchaussee, welche die Beschuldigten angeblich vorbereitet haben sollen.(1)

Seit den Durchsuchungen dauern die Ermittlungen der Behörden weiter an. Bei allen Durchsuchungen wurden diverse Gegenstände beschlagnahmt, diese wurden nun nicht nur auf die DNA der Betroffenen untersucht, sondern auch auf mögliche DNA-Spuren anderer Personen und auf sogenannte Spur-Spur-Treffer. Darunter fallen auch die, in der anarchistischen Bibliothek Kalabalik beschlagnahmten, Gegenstände. Vom Ladekabel bis hin zum Notizblock soll praktisch jeder beschlagnahmte Gegenstand auf DNA untersucht werden.

Einige Betroffene wurden schon im Zusammenhang mit vorangegangenen Verfahren zur DNA-Abgabe gezwungen, woraufhin deren DNA-Muster in die sogenannte DAD (2) eingespeist wurde. Teilweise untersagten später gerichtliche Entscheidungen die Einspeisung oder veranlassten im Nachgang deren Löschung. Im aktuellen Fall wurde nun angeordnet, dassvon zwei Personen, von denen die DNA nicht in der DAD gespeichert ist, die DNA zum aktuellen Verfahren herangezogen werden soll.

Dem KT-Antrag (3) ist die Hauptmotivation der umfassenden DNA Überprüfung durch das BKA zu entnehmen:

„Während des G20-Gipfels in Hamburg kam es am 07.07.2017 abseits der genehmigten Demonstrationen entlang der Elbchaussee zu schweren ausufernden Gewalttaten durch Mitglieder eines ca. 220 Personen umfassenden „Schwarzen Blocks". Die Tatbegehung war in ein übergeordnetes strategisches Gesamtkonzept der linksextremen Szene eingebunden. Sie war planvoll und koordiniert sowie logistisch präzise

vorbereitet. Den Beschuldigten wird u. a. vorgeworfen, in die Planung und Organisation der Ausschreitungen maßgeblich eingebunden gewesen zu sein."

Laut Abschlussbericht der „Soko Schwarzer Block" sollen dort u.a. auch DNA-Muster gefunden worden sein, die auch an Spuren an Tatorten aus den letzten Jahren in Berlin zu finden seien.

Für ein im Zuge der Durchsuchungen beschlagnahmtes Smartphone wurde einem Beschluss stattgegeben, welcher die Auswertung der darauf gespeicherten Telegramm Nachrichten erlaubt. Erwähnenswert dabei ist, dass nach Paragraf 110 StPO die Durchsicht eben solcher räumlich abgetrennter Daten schon zum Zeitpunkt der Durchsuchung zulässig ist, sofern andernfalls der Verlust dieser Daten zu besorgen ist. Außerdem wurden auch Smartphones von Personen mitgenommen, die im hiesigen Verfahren nicht beschuldigt sind, welche nun ebenfalls „beschlagnahmt" wurden.Die Beschlagnahmung der Gegenstände der Durchsuchung reicht bis zu einem Schlüsselbund, welcher aufgrund „der vielen Schlüssel", als ein vermeintlicher Beweis für das Eingebundensein in die radikale Linke Szene Berlins gelesen wird.

Im Rahmen der Ermittlungen des Bundeskriminalamts wurden außerdem diverse Banken aufgefordert, alle Kontoverbindungen der Beschuldigten offenzulegen. Trotz Hinweis, dass durch eine Kontokündigung die Beschuldigten Kenntnis vom Verfahren bzw. der Maßnahmen erlangen würden, regt nun schon mindestens eine Bank, die Kündigung eines Kontos eines Betroffenen an.

In Athen wurde das Gerichtsverfahren, welches wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz in Griechenland gegen einige Betroffene geführt wird, wieder verschoben. Das Verfahren, geleitet von den griechischen Behörden, basiert auf dem Fund einiger Pfeffersprays, die in einer der durchsuchten Wohnungen gefunden wurden. Nachgeholt werden soll der Prozess nach dem Ende des Corona-bedingten Lockdowns.

Mit der Verhaftung der Antifachist:in Lina in Leipzig und der damit einhergehenden medialen Aufmerksamkeit, wurde zudem ein weiteres §129-Verfahren öffentlich bekannt. Eine Person, die im hiesigen Konstrukt beschuldigt ist, ist dabei auch im sächsischen §129-Verfahren Beschuldigte:r.

Den obsessiven Konstruktionsleidenschaften der Bullen beim BKA scheinen weiterhin wenig Grenzen gesetzt zu sein...

Wir sind gespannt, was sie sich als nächstes einfallen lassen:

- Freiheit für Lina!
- Für ein besseres Morgen!

Bisher zum Verfahren veröffentlicht:

- Hardfacts: Zu den Durchsuchungen im §129 Verfahren
- Zum Wanzen Fund
- Erklärung aus Athen
- Erklärung zur Durchsuchung des Kalabalik

(1) Für mehr allgemeine Information siehe den Text: Hardfacts: Zu den Durchsuchungen im §129 Verfahren
(2) Die DAD ist eine „DNA-Analyse-Datei" welche beim BKA angesiedelt ist, in dieser werden neben bekannten Personen DNA-Mustern auch, sogenannte Spuren-DNA gespeichert, also von an vermeintlichen Tatorten aufgefundenen Gegenständen
(3) KT-Antrag ist ein Antrag auf Kriminaltechnische Untersuchung, z.B. auf Fingerabdrücke oder DNA

Militante Kampagnen gegen Knäste

Es gab und gibt immer wieder Angriffe auf Profiteure und Beteiligte des Gefängniswesens. Aufgrund der erforderlichen Anonymität, die die Angreifenden schützen soll ist es kaum möglich mit den Gefangenen, deren Kommunikation stark überwacht wird, in einen Austausch darüber zu gelangen ob diese Ereignisse bis hinter die Knastmauern vordringen und welche Gedanken dort dazu entstehen. Aber auch zwischen uns gibt es neben den Bekennungen, die sich meist auf einzelne Anschläge beziehen, kaum eine Auseinandersetzung was andere mit dieser Kampagne betreiben oder was sich erhofft wird. Dieser Text ist einerseits als Umfrage unter politischen Gefangenen und allen, die sich mit dem Kampf gegen die Knastgesellschaft identifizieren können gedacht und andererseits ein Versuch die militante Kampagne als

solche anhand der unter ihren Namen durchgeführten Anschläge zu beschreiben.

Wir benennen in diesem Text beispielhaft verschiedene Angriffe oder Kampagnen der letzten Jahre und zitieren an einigen Stellen aus Bekenner*innenschreiben. Unsere Hoffnung ist, über die eine oder andere Sache eine Meinungsäußerung zu provozieren. Unsere Fragen sind: Freuen Euch diese Angriffe? Welche Arten der Attacken scheinen euch besonders sinnvoll, welche haltet Ihr für belanglos? Was haltet Ihr von den inhaltlichen Statements in den Bekennungsschreiben? Wie gliedern sich diese Art der Angriffe in Eure eigenen Kämpfe ein? Wie würdet Ihr von solchen Anschlägen erfahren? Welche Vorschläge für andere Angriffe habt Ihr?

Der Text ist folgendermaßen gegliedert: Nach einer kurzen Einleitung werden verschiedene Anschläge, grob sortiert nach

- Angriffe auf staatliche Akteure im Knastbetrieb,
- Angriffe auf Firmen, die den Knastbetrieb laufen lassen,
- Angriffe auf Profiteure der Knastarbeit,
- Angriffe auf Firmen, die Knäste bauen, zuerst allgemein und dann konkret.

Zitate aus den Bekennungen sind mit „" markiert. Die meisten Informationen kamen von den Seiten de.indymedia.org sowie chronik.blackblogs.org und dem Autonomen Blättchen.

Über die Knastmauern hinweg

In Solidarität mit bestimmten Gefangenen, allen Gefangenen oder in Feindschaft gegenüber Knästen allgemein oder der Gesellschaft die sie braucht werden dauerhaft militante Angriffe verübt. Das Interesse dieser Zusammenstellung ist, zu erfahren, wie die Sachen in den Knästen selber ankommen sowie bei Leuten die sich auch an den Kämpfen gegen die Knäste beteiligen. Es wird hier nur auf Aktionen von außen eingegangen und nicht die vielfältigen widerständigen Handlungen, Sabotagen oder Verweigerungen die hinter den Knastmauern die Kämpfe bestimmen. Hier folgen beispielhaft einige der Angriffe und Ausschnitte aus den dazu veröffentlichten Schreiben.

Jedes Jahr zu Silvester gehen in vielen Städten Leute zu den Knästen, brennen vor den Knastmauern Feuerwerk ab, spielen Musik und Redebeiträge ab oder zeigen Transparente um die Gefangenen zu grüßen oder ihnen beste Wünsche zu übermitteln. Meistens grüßen (einige) Gefangene zurück und es ist schon ganz offensichtlich, dass diese Aktion im Inneren der Knäste erfreut zur Kenntnis genommen wird.

Angriffe auf staatliche Akteure im Knastbetrieb

Im Frühling 2019 brannte das Auto eines JVA-Bediensteten in Berlin und es ist anzunehmen, dass dieses Auto gezielt ausgesucht wurde. Die Autos des Gefängnisdirektors von Brügge wurden 2016 vor seinem Haus abgefackelt. Am 1.4.2020 gab es einen Brandnagriff auf den Strafanstaltsdienst für Eingliederung und Bewährungshilfe (SPIP) in Amiens (Frankreich). Dem Gefängnis gegenüber wurden drei Wagen von SPIP und zwei Gefangenentransporter durch Flammen zerstört. Zwei weitere Autos von SPIP wurden unter der Hitzeeinwirkung beschädigt. Für manche Gefangene gibt es gelegentlich öffentliche Kampagnen in denen begrüßt wird, bestimmte Institutionen oder Firmen anzugreifen. Üblicherweise werden dann Bullenwachen oder Firmen die zum Teil weiter unten im Text noch Erwähnung finden „besucht". Bullenwachen, Gerichte, Ordnungsämter und so weiter, die Behörden also, die dafür sorgen, dass

Leute erst in den Knast hineingezwungen werden sehen sich mindestens im Wochentakt, Angriffen ausgesetzt.

Angriffe auf Firmen, die den Knastbetrieb laufen lassen

Sodexo: Sodexo ist ein multinationaler Konzern, der in Deutschland (Abschiebe-)Lager mit Dienstleistungen und Kommunalverwaltungen mit Chipkarten- und Gutscheinsystemen für Geflüchtete versorgt. Anstatt Bargeldauszahlungen bekommen Geflüchtete (und gelegentlich Menschen die von Leistungskürzungen beim Arbeitsamt betroffen sind) Lebensmittelgutscheine, mit denen man nur in ausgewählten Läden allein als‚Lebensmittel' deklarierte Waren bezahlen kann. Damit wird den Geflüchteten jedes Selbstbestimmungsrecht aberkannt und sie werden damit zur freiwilligen Ausreise oder an den sozialen Rand der Gesellschaft gedrängt.

Sodexo ist ebenfalls in den Betrieb und den Ausbau teilprivatisierter Knäste in Hessen und andernorts involviert. Seit der Privatisierung der britischen Justiz betreibt der Konzern in England fünf Knäste in Eigenverantwortung. Ebenso bietet Sodexo im In- und Ausland seine Dienstleistungen für Militärs an. Sodexo ist damit einer der Topverdiener_innen am Knastsystem und an der Abschiebeindustrie.

„Im Sommer 2019 haben wir den Gewinn von Sodexo ein wenig geschmälert und in Wuppertal einen Lastkraftwagen der Firma angezündet. Für uns ist Gewalt wenn Menschen gegen ihren Willen in Knästen eingesperrt werden und der Kontakt mit der Außenwelt so unterbunden wird. Das Versprühen von Sprühkreide und das Abfackeln von Sodexo Eigentum sehen wir nicht als Gewalt an, sondern als legitimes Mittel des Protestes gegen die herrschenden Verhältnisse. Wenn ein internationales Unternehmen wie Sodexo dann auch noch Geld mit dem Betreiben von Privatknästen und dem Einsperren/Abschieben von Menschen verdient, hatdieses Unternehmen unsere volle Wut verdient."

Ebenso brannten Autos von Sodexo im April 2019 in München, im Juli 2018 in Berlin, im April 2018 in Halle, im Januar 2017 in Berlin und sicherlich noch an der einen oder anderen Stelle. Am 18.4.2020 brannte ein Transporter von GA tec in Prenzlauer Berg (Berlin), GA tec gehört zum Sodexo Konsortium.

Dussmann: Dussmann ist eine Firma, deren Eigentum häufig durch Autobrandstiftung, Reifenstecherei, Scheibeneinschlagen oder Bitumisierung beschädigt wird. Die Begründung ist dabei, dass sich Dussmann am Betrieb der Knäste beteiligt, sie schreiben selbst: „Gefängnisse sind verborgene Welten inmitten unserer Gesellschaft und zugleich ein fester Bestandteil von ihr. Dass diese Welten bestehen, da-

für sorgen jeden Tag hunderte Mitarbeiter, unter ihnen auch Experten von Dussmann Service." Autos von Dussmann wurden beispielsweise demoliert im Juni 2016 in München, im April 2018, 2019 und 2020 in Leipzig, im Juli 2019 in München, im Oktober 2019 in Wuppertal und im August 2020 in Berlin.

Massak: „MassakLogistik liefert normierte Waren des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Tabak, etc.) zu überteuerten Preisen hinter die Mauern der Knäste. Da es im Knast für solche Zulieferer keine Konkurrenz gibt, kann die Firma Massak ihre Gewaltherrschaft in diesem System verwirklichen. Das systematische Wegsperren von Menschen, hier in Form von Gefängnissen, ist eine der deutlichsten Formen alltäglicher Herrschaft und Unterdrückung. Der Staat koordiniert durch u.a. Armut, Erniedriegung und Ausgrenzung, wer gerade weggesperrt gehört. Wer dann weggesperrt ist, kann im Knast noch stärker ausgebeutet werden, als außerhalb der Mauern. Daraus hat sich der Sektor der „Gefangenen-Industrie" als eine moderne Form der Sklaverei entwickelt. Nirgends so perfide wie in den USA.

Um unsere Wut gegen dieses menschenverachtende System auf praktische Weise auszudrücken, zogen wir in einer Nacht im Frühling 2019 los. Durch mehrere Brandsätze ließen wir vier Lastwagen und einen Transporter der Firma MassakLogistikGmbH in Flammen aufgehen."

Weil der Langzeitgefangene in der Freiburger Sicherungsverwahrung, Thomas Meyer-Falk, kritisch über diese Firma berichtet hatte, bekam er nach diesem Anschlag eine Einladung zu einer Zeugenaussage von der Kripo Bamberg. Thomas dazu:

„Ich verzichtete auf ein Gespräch. Nunmehr verschickte die Polizei, Abt. Staatsschutz wohl auch Briefe an Menschen in Dresden und Freiburg. Offenbar reichte in meinem Fall schon der Umstand, dass ich kritisch über die Firma berichte, um ins Fadenkreuz der Polizei zu geraten. Bei drei Briefempfänger*innen reichte dann aus, dass die mich kennen."

Telio: „In den Nacht auf den 17.8.20 hat es bei Telio in der Holstenstraße 205 (Hamburg) gescheppert. Telio ist der Monopolanbieter in der Gefängnistelefonie und präsentiert sich auch selbst gerne als den europaweiten Marktführer. Dank dieser Stellung kann Telio Preise festlegen, die man durchaus als Wucher verbuchen kann."

WISAG: „In Solidarität mit allen gefangenen, obdachlosen und geflüchteten Menschen haben wir in der Nacht auf Sonntag, den 5.4.2020 eine WISAG Karre in der Offenburgerstraße in Freiburg kunstvoll zerlegt, indem wir Bitumen in den Lüftungsschacht gekippt haben. Die Isoltation der Gefangenen wurde durch die staatlichen Maßnahmen aufgrund von Corona massiv verstärkt, die medizinische Versorgeung ist abwesend wie immer. Es sind die Schatten unserer Gesellschaft. Obdachlose, Gefängnisinsass*innen und geflüchtete Menschen, die nun eingesperrt und komplett ignoriert werden. In Gedanken an die Vergessenen des kapitalistischen Systems sind wir zur Tat geschritten und haben mit WISAG eine Firma getroffen, die durch Repression, Vertreibung und Ausbeutung generelll und vor allem jetzt - in Zeiten zunehmender Überwachung, Kontrolle und Krisenstimmung - massiv profitiert."

Angriffe auf Profiteure, die durch Knastarbeit Geld verdienen

„An einem Herbstnachmittag 2019 fand vor dem Knast in Tegel in Berlin ein „Winterbasar" statt, bei dem die von Gefangenen hergestellten Produkte verkauft wurden. Diesen Basar griffen wir mit Farbkugeln an, um den laufenden Knastbetrieb wenigstens kurz zu stören und um den Justizschweinen, Verkäufer*innen und Unternehmen vor Ort zu zeigen, was wir von ihnen halten.

Unter Zwang, schlechten Arbeitsbedingungen, einem Stundenlohn von einem bis zwei Euro und unter absoluter Kontrolle müssen Gefangene auch in Berliner Knästen für Unternehmen, die Knäste und Berliner Behörden produzieren. Diese geben an die Knäste Aufträge und lassen die Gefangenen dann für einen lächerlichen Lohn und ohne Sozialversicherungsabgaben schuften.

Viele Gefangene stehen der Arbeit im Knast auch wohlwollend gegenüber, da sie dadurch für ein paar Stunden die Zelle verlassen und andere treffen können - in einer Institution, die absolut kontrolliert, überwacht und isoliert ist.

Das ändert aber nichts daran, dass Knast und sein ganzes System gänzlich abzulehnen sind. Knast sperrt Menschen aus der Gesellschaft, die sich nicht angepasst verhalten haben und soll die Menschen nun zu einem gefügigen Leben zwingen, in dem das System schweigend akzeptiert wird. Der Arbeitszwang unter schlechtesten Arbeitsbedingungen ist dabei ein perfides Mittel, damit der Staat seinen Willen erreicht. Der eigene Körper wird an den Knast und an Unternehmen verkauft, um das Kapital geldgeiler Schweine zu steigern. Auf der Strecke bleiben natürlich die Gefangenen. Sie werden auf unterster Schublade entlohnt, im Knast scheiße behandelt und bei Widerstand sofort der Repression ausgesetzt."

„Wir haben in einer Nacht im September 2018 das Unternehmen „Paprcuts" aufgesucht und ihnen eine Botschaft an der Fassade gelassen. Paprcuts bereichert sich an der Ausbeutung von Gefangenen und verkaufte sogar öffentlich bis vor Kurzem die Arbeit der Frauen aus der JVA Reinickendorf als ‚Soziales Projekt' und besser ‚als miese Arbeitsbedingungen in Drittländern'."

Nachdem die Soligruppe der GG/BO Paprcuts kontaktiert hatte und öffentlich darstellte, warum die Arbeit im Knast pure Ausbeutung und Unterdrückung ist, stellte Paprcuts die öffentliche Werbung ihrer Knast-Arbeit sofort ein. Paprcuts weiß offenbar sehr genau, dass ihre Arbeit im Knast nichts „soziales" ist, sondern dazu dient, Gefangene noch mehr zu unterdrücken, zu beherrschen, für ihre Profitmaximierung zu nutzen."

Im Februar 2019 folgte ein weiterer Angriff, bei dem die Scheiben des Ladens eingeschlagen wurden. Gleichzeitig veröffentlichte die GG/BO ihre Kritik an der Knastarbeit von Paprcuts unter anderem in der taz und machte so die Auseinandersetzung um die Ausbeutung bekannt. Im August teilte dann die GG/BO mit, dass Paprcuts die Knastarbeit einstellt. Die GG/BO schlussfolgert, dass „die Veröffentlichung (welche ohne die gefangenen Frauen nicht zustande gekommen wäre!), die mediale Aufmerksamkeit und der militante Widerstand dazu führten, dass Paprcuts die Ausbeutung der Gefangenen aufgab."

Angriffe von Außen auf den Knastbau

Unbestimmt auf sehr große Baukonzerne

Üblicherweise werden Autos und Baugeräte der Firmen Spie, Vinci, Implenia und Strabag (und dessen Tochterunternehmen Züblin) in Zusammenhang mit Knastbauten angezündet. Dabei handelt es sich bei Vinci, Strabag und Implenia um die größten Baukonzerne aus Frankreich, Österreich bzw. der Schweiz. Spie ist als Tochterunternehmen des französischen Spie Batignolles eine große Ingenieursgesellschaft, die Gebäude mit Technik ausrüstet, beispielsweise Lüftungsanlagen, Netzwerke oder Sicherheitstechnik. Diese Unternehmen beteiligen sich an jeder Art großen Bauprojekten und so kommt es auch, dass hier und da ein Knast (allesamt), Atomkraftwerk (Vinci), Flughafen (Vinci, ZAD) oder Braunkohleverstromung (Spie) dabei ist. So baute beispielsweise Implenia 2019 den Knast im Bässlergut in der Schweiz, Spie an den Knästen im belgischen Leuze 2016 und in Leipzig 2018, Vinci den Knast auf Martinique 2013 und Paris 2016, Züblin den Knast in Schwäbisch Hall 1998 und Offenburg 2009.

Spie: „In einer Nacht im Herbst 2011 brachen wir auf das Gelände der Firma „SPIE" in Hamburg ein um unter mehreren Fahrzeugen Brandsätze zu deponieren. Wir verstehen unsere Tat als einen Aufruf gegen den Knast-, Braunkohle- und Atomindustriedienstleister und wollen, dass dieser Angriff weitere nach sich ziehen wird. Die Firma SPIE ist einer von vielen Profiteuren von Einsperrung und Unterdrückung und Sabotage an ihrem Eigentum ein Weg, Herrschaft direkt anzugreifen. Denn nur durch Zuarbeitende wie SPIE kann dieses System funktionieren."

Insgesamt spielen bei den Angriffen auf diese Firmen auch andere Beteiligungen mit hinein: Zu Zeiten der Angriffe fanden intensive Kämpfe in der Lausitz, dem Hambacher Forst und der ZAD in Frankreich statt. Der Kampf gegen kapitalistische Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur und Knäste, richtet sich gegen den Staat und seine Konzerne, welche die Natur als Ware sehen, die zerstört oder ausgebeutet werden kann.

Vinci: Im Kampf gegen das inzwischen gestoppte Flughafengroßprojekt Notre-Dame-des-Landes (ZAD) war VINCI schon öfter ziel militanter Aktionen in Frankreich aber auch in der BRD. „Vinci hat sich als eines der großen Konsortien herauskristallisiert, um reibungsloses Funktionieren staatsgesellschaftlichen Zusammenlebens infrastrukturell zu organisieren. Staatliche Infrastruktur, im allgemeinen und Frankreichs im Besonderen, sind die kommerziellen Interessen von VINCI und diese sehen wir uns genötigt anzugreifen!"

Strabag: „Als beitrag zur dezentralisierung der stadtteilkämpfe haben wir in einigen nächten 2017 STRABAG angegriffen. Wie schon von anderen nachtschwärmerInnen geschrieben gehört. STRABAG zu züblin und arbeitet in kooperation mit der cg-gruppe. Die cg-gruppe bezeichnet sich selbst als eine der führenden investoren in der immobilienbranche. In mehreren großstädten wie leipzig, dresden, berlin und neuerdings auch münchen spielen sie eine große rolle in der gentrification ganzer stadtteile. Sie maßen es sich an ganze neue viertel durch ihr geld und ihre architektur zu beherrschen.

Dafür wurde in einer Nacht im Sommer 2017 ein LKW der Firma STRABAG in Berlin Lichtenberg in Brand gesetzt, ein Konzern der nicht nur in Friedrichshain die CG Gruppe beim Umbau der Städte in Quartiere für Eliten und zukünftige Elendsviertel unterstützt."

Implenia: „In Freiburg im Breisgau ist in der Nacht zum 25.10.2019 ein Firmenwagen des Konzerns Implenia abgebrannt. In der Schweiz ist der Konzern unter anderem berühmt berüchtigt für den Bau des Ausschaffungsknastes Bässlergut. Das Bässlergut ist ein Gefängnis mit Strafvollzug und Abschiebehaft direkt an der Grenze zu Deutschland. Im Rahmen der neuen Gesetzgebung wurde nun ein Teil zu einem sogenannten Bundeslager umfunktioniert. Diese sind ein weiterer Schritt in der autoritären Verwaltung Geflüchteter in der Schweiz, in denen zentralisiert die Massenabfertigung von Menschen stattfindet. Registrieren, verwalten, abschieben ist die Devise.

In den letzten zwei Jahren wurde Implenia immer wieder Ziel von Aktionen, die sich gegen eine Welt der Mauern und Grenzen richten. Leider bleiben diese Aktionen bislang jedoch isoliert in der Schweiz und einzelnen Städten wie Berlin. Wir möchten diesen Kampf verbreiten, darauf aufmerksam machen und mehr Gruppen motivieren die Knastprofiteur*innen in den Fokus zu nehmen."

Angriffe von Außen auf den Knastbau

Konkrete Beteiligungen

Derzeit wird in Zwickau ein größerer Knast für Sachsen und Thüringen neu gebaut, auf die Baustelle und Firmen, die sich an dem Bau beteiligen gab es mit einer ganzen Reihe von Angriffen den Versuch den Neubau zu behindern oder zu stoppen:

„In einer Nacht im Sommer 2019 haben wir mehrere Baufahrzeuge auf dem Gelände der JVA Zwickau Marienthal in Brand gesetzt. Dabei brannte ein Bagger vollständig aus, die weiteren vier Bagger und ein Radlader wurden durch unser Feuer beschädigt und teilweise unbrauchbar gemacht."

Im Herbst 2019 folgten Angriffe auf zwei Baufirmen, die sich am Knastbau in Zwickau beteiligen:

„Die Existenz der Knäste dient der Konditionierung des Menschen, der Verwaltung des Elends, der Vernichtung der Rebellion, der Marterung des Körpers, der Abstumpfung der Seele. Für eine Knastgesellschaft wie unsere ist es notwendig das Elend, welches die kapitalistische Ordnung produziert, wegzusperren. Wird man arm geboren, ist die Gefahr irgendwann hinter Gittern zu landen sehr hoch. Der Knast hält die ganze Maschinerie der Unterdrückung am Laufen, indem es die Urteile der Justiz vollstreckt, welche im Interesse der wohlhabenden Klassen richtet. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit muss daher immer auch Kampf gegen diese Mentalität und die Existenz von Knästen sein. Der Kampf um die Befreiung der Menschen muss die Knastgesellschaft abschaffen.

Deshalb haben wir in einer Nacht im November 2019 zweimal zugeschlagen: Einmal in Rodewisch beim **Straßenbauunternehmen VSTR GmbH** und bei der **Hentschke Bau GmbH** in Bautzen. An beiden Orten haben wir schwere Baugeräte in Brand gesetzt und zwei Lastwagen, zwei Bagger, einen Kleintransporter und eine Sattelzugmaschine den Flammen übergeben. Der entstandene Sachschaden liegt im sechsstelligen Bereich. Beide Firmen haben Aufträge zum Bau der neuen JVA in Zwickau-Marienthal angenommen und ziehen dort fleißig die neuen Knastmauern hoch."

Kurz darauf haben in Dresden Unbekannte einen Kastenwagen der Baufirma Hentschke in Brand gesetzt.

„Der Eigentümer von Hentschke Bau ist der Reichsbürger Jörg Drews. Er spendete im Jahr 2017 19.500 Euro an die AfD und war damit einer der größten Einzelspender der Partei in diesem Wahlkampf. Zudem treibt Drews sich auf Veranstaltungen und Demonstration der Identitären Bewegung herum, organisiert im Namen seiner Firma rechte Veranstaltungen und ist Mitglied bei „Wir sind Deutschland" aus Bautzen. Es verwundert nicht, dass gerade Faschisten wie Drews den Bau von Knästen unterstützen und sich dabei noch einiges in die Taschen stecken können."

Zum Tag der politischen Gefangenen, am 18.3.2020 wurden wiederum zwei Firmen, die am Bau des neuen Knastes Zwickau-Marienthal beteiligt sind angegriffen:

„Heute jährt sich der internationale Tag der politischen Gefangenen. Dieser Tag wurde ausgerufen um an die vielen kämpfenden Genoss*innen und Gefährt*innen zu erinnern, die in den Kerkern der Gefängnisse weltweit stecken. Das Datum ist angelehnt an den Tag an dem die Pariser Kommune 1871 ausgerufen wurde. Für viele galt und gilt die Pariser Kommune bis heute noch als Bezugspunkt revolutionärer Bestrebungen für soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit. Die Zerschlagung der Kommune, das Blutbad an tausenden Kommunard*innen und die Deportation von Hunderten

in die Strafkolonien, in welchen sie ein langsamer Tod erwartete, sollte allen Revolutionären auf der Welt zeigen, was eine bürgerliche Regierung bereit ist zu tun, wenn sie ihre Macht in Gefahr sieht."

Architekt*innen, die sich am Bau von Gefängnissen in Bremen und Berlin beteiligten wurden ebenfalls besucht:

„Mit Nachdruck haben wir in der Nacht zum 9. April 2020 den Architekt*innen von GSP gezeigt, was wir von Profiteur*innen des Knastsystems halten. Die **GSP – Gerlach Schneider und Partner Architekten** - werben auf ihrer Homepage mit dem Bau und der Modernisierung mehrerer Gefängnisse, unter anderem die JVA in Bremen und in Berlin-Tegel. Dafür zu sorgen, dass Menschen unter modernsten Sicherheitsvorkehrungen weggesperrt werden, das ist das Kerngeschäft der Architekt*innen von GSP. Dafür zu sorgen, dass ihre eigene Infrastruktur geschützt ist, das können sie offensichtlich nicht so gut."

„Als Zugabe zu der Attacke auf das Architekturbüro GSP – Gerlach Schneider und Partner Architekten haben wir in den Abendstunden des 14 April 2020 ein Firmenfahrzeug von GSP angezündet."

Am 19.4.2020 brannte ein weiteres Firmenfahrzeug von GSP in Bremen.

Wir hoffen, dass die Zusammenstellung erkenntnisreich war und euch der eine oder andere Angriff freuen konnte. Falls es euch möglich ist und ihr wollt, schreibt gerne was ihr zu diesen Aktionen oder diesen Kampagnen denkt.

Getroffen sind Einige - Akten für Alle!

Einige saßen oder sitzen vor Akten der Repressionsbehörden, oder werden das in Zukunft tun müssen. Traurig aber wahr! Während die Bullen beim herumschnüffeln hinter ihren Akten verstauben, möchten wir diese nutzen um für zukünftige Widerstandsmomente zu lernen. Ermittlungsmethoden, Datenerhebungen, Konstrukte, Technologien, Fehler und Strategien der Repressionsbüttel können zugänglich gemacht werden, indem für euch und uns relevante Analysen von Akteninhalte veröffentlicht werden. Wir ermutigen zur allgemeinen Inspektion der Repressionsbehörden, um ihnen auf die Schliche zu kommen. Und um sie im selben Moment kalt abblitzen zu lassen.

Sie wollen uns vereinzeln und wir denken, dass niemand mit Repression alleine bleiben sollte. Deshalb könnten Veröffentlichung, sowie kollektive Aufarbeitung von Akteninhalten und Repression von Bedeutung sein.

Egal was, wie und warum die feindlichen Behörden ermitteln: Alles könnte interessant sein. Falls ihr euch dafür entscheidet, bleibt nicht allein damit, besprecht mit Freund*innen, Bekannten, in euren Affinitäts- und Bezugsgruppen, was und wie ihr veröffentlicht!

Um einen Rahmen der Aktualität zu geben, sowie Spekulationen und Gequatsche zu vermeiden, haben wir uns folgende Kriterien für Veröffentlichungen überlegt (können gerne ergänzt werden):

- keine Copy und Paste direkt aus den Akten, dass wäre für die Repressionsbehörden strafrelevant
- Keine Orte, Namen und Strukturen nennen
- Tatgegenstände, Kleidung etc. nicht genau, sondern grob benennen oder beschreiben, damit sie nicht zum Zeugenaufruf dienen oder Spekulationen füttern könnten,
- Zeiträume um die es geht grob beschreiben, damit es eine zeitliche Einordnung von Ermittlungsmethoden möglich ist
- Falls ihr über Konstrukte berichtet, unbedingt auch so benennen, um die Ermittlungsmethoden davon abzugrenzen
- Veröffentlichungen können natürlich kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit ("...so und so ermitteln sie immer") oder Vollständigkeit ("...die und die technischen Möglichkeiten haben sie") haben und sollten entsprechend verfasst sein, um vermeintliche Sicherheiten auszuschließen
- Gut wäre es, wenn auf den gleichen Webseiten und Zeitschriften veröffentlicht wird und im Titel "Akten für Alle" steht, damit die Beiträge vielleicht irgendwann einmal gesammelt werden können. Dieser Aufruf wurde an de.indymedia.org, barrikade.info und kontrapolis.info geschickt.

Viel Spaß!

Die Zeit umdrehen!

> *„Der Militarismus lässt sich nicht ausblenden, ob es nun um Ökonomie geht oder um sozialen Aufruhr, um internationale Solidarität oder um Umweltzerstörung. Wer das nicht versteht, versteht eine der fundamentalen Rollen des Staates im Kapitalismus nicht."*
>
> Sandra Rein, 2015

Krieg und Frieden in einer Welt am Abgrund

Es gibt aktuell so viele Bürgerkriege und so viele Geflüchtete wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Die fatalen Auswirkungen der Klimakatastrophe, die diese Verhältnisse noch zuspitzen, werden mehr und mehr sichtbar. Um den Horror zu stoppen, müssen wir handeln. Jetzt.

Das Militär, und damit immer eng verknüpft: das Patriarchat, hat eine zentrale Bedeutung in Politik und Wirtschaft. Die Staaten rüsten hoch und Deutschland vorne mit dabei. Die Militärhaushalte des Bundes und der EU steigen. Trotz anderslautender Vereinbarungen im offensichtlich wertlosen Koalitionsvertrag liefert die Bundesregierung Waffen unter anderem an die im Jemen kriegführende Allianz um Saudi-Arabien und an die Türkei, die Teile Rojavas besetzt und eine gelebte Hoffnung in Nahost auf Demokratie, Ökologie, Freiheit, Säkularismus und Frauenbefreiung zerstört. Das ganze Elend resultiert aus Bomben und Panzern u.a. aus deutscher Produktion. Der Bundes¬regierung geht es dabei nicht um die verhältnismäßig geringe, fast zu vernachlässigende Zahl von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie. Sie verfolgt damit geopolitische Interessen: Indem sie ausgewählte Staaten mit Waffen versorgt, kann sie Machtverhältnisse in der Welt mitbestimmen.

Mit den Waffen von Rheinmetall & Co wird Krieg gegen Millionen geführt. Mit der Herstellung und dem Export von Panzern, Geschützen und Bomben nehmen Politik und Konzerne diesen Massenmord in Kauf. Menschen flüchten, wenn sie überhaupt die Möglichkeit dazu haben. Menschen krepieren. Wir hören von der „größten humanitären Katastrophe".

Nein! Nicht mit uns! Schluss damit! Wir rufen unsere Freund*innen, Genoss*innen, Gefährt*innen auf, sich am Kampf gegen Krieg, gegen das Sterben und den Tod zu beteiligen – nicht um dagegen zu protestieren, sondern um es zu beenden.

In der Defensive lässt sich jedoch nicht gewinnen. Bevor deutsche Waffen Menschen töten und Rojava auslöschen, müssen wir einschreiten,

die direkte Konfrontation und den Konflikt mit der Macht suchen. Es müssen Taten folgen.

Gegen Waffenproduktion und Rüstungsexporte sein, heißt für die Menschen sein. Und das lässt eine Perspektive einer anderen Welt aufscheinen, eine Welt, wie sie beispielsweise im Projekt der selbst-verwalteten demokratischen Konföderation Nordostsyrien sichtbar wird.

Die Frage von Krieg und Frieden ist eine existenzielle Frage oder, wie man früher sagte, die Systemfrage. Wir scheitern alle, wenn wir sie nicht stellen. Ihre Antwort lässt sich nicht systemimmanent finden und weist damit über den Kapitalismus hinaus.

> *„Für die Strategie des antiimperialistischen Kampfes, für die Vermittlung antiimperialistischer und antikapitalistischer Strategie scheint uns hier jede Möglichkeit gegeben zu sein. Große Teile der Bevölkerung sind gegen die sinnlose Rüstung zu mobilisieren, besonders weil der BRD-Kapitalismus nicht mit der Rüstungsproduktion steht und fällt."*
>
> Rudi Dutschke, 1968

Schafft zwei, drei, viele Camps

Das Rheinmetall-Entwaffnen-Camp in Unterlüß bei Celle in Niedersachsen fand 2019 in unmittelbarer Nähe der Panzer- und Bombenfabriken von Rheinmetall und des riesigen firmeneigenen Übungsgeländes statt, auf dem der Konzern mit Panzern und Geschützen Schießübungen unternimmt, in den 1970ern übrigens auch mit Uranmunition.

Das Camp erinnerte – unter anderem mit der eindrücklichen Rede von Esther Bejarano – an die Schweinereien von Rheinmetall gestern und heute. Neben Antifaschismus war auch Klimagerechtigkeit ein Thema. Ein Schwerpunkt lag auf Feminismus. Verbunden war alles mit der gemeinsamen Klammer der internationalen Solidarität. So waren die Tage von zahlreichen Inhalten und Diskussionen bestimmt, die sich erfrischend von Althergebrachtem unterschieden und damit für viele eine starke Anziehungskraft besaßen.

Praktisch wurden gut organisierte, aktionsfähige Strukturen und Kleingruppen sichtbar, die vielfältig und bunt waren: Rot, pink, grün, blau, lila und schwarz vermummt waren sie unterwegs. Das, so hieß es, seien die Farben einer neuen Antikriegsbewegung, die am Firmament aufgegangen ist.

Tatsächlich waren Ansätze erkennbar, die sich unterscheiden von der traditionellen Friedensbewegung, die zwar Unterschriften sammeln, aber weder Schlagkraft entwickeln noch Druck aufbauen kann. Während der Blockade der Rheinmetallfabrik mit Tripods und allerhand Material setzten die Teilnehmenden auch ihre Körper ein, um sich zwischen die mörderische Produktion und das Leben auf diesem Planeten zu stellen. Sie haben begonnen, sich zu wehren. Und sie haben Ort und Zeit dafür selbst bestimmt.

Insofern nahmen wir dieses Camp als einen Neuanfang wahr, der zugleich an einer Tradition anknüpft, die spätestens mit dem Internationalen Vietnamkongress 1968 in Berlin begann und an Schlaglichter militanter Interventionen außerhalb der traditionellen Friedensbewegung erinnert: der Anschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber in Europa und späteren Rüstungskonzernchef Alexander Haig 1979 in Belgien, das Rekrutengelöbnis im Bremer Weserstadion 1980, die Besuche von US-Präsident Reagan 1982 und 1987 in Berlin und seines Stellvertreters Georg Bush 1983 in Krefeld.

Das kommende Rheinmetall-Entwaffnen-Camp schien also sehr vielversprechend. Dann aber kam Corona und mit der Pandemie der große Rückzug der radikalen Linken, der auch an Rheinmetall Entwaffnen nicht spurlos vorbeizog. Statt Fortsetzung und Erweiterung von 2019 auf einem nächs¬ten Camp, war 2020 nicht mehr möglich als eine eintägige Aktion am Rüstungsstandort Kassel.

Die Blockade in Kassel (die Teilnehmerzahl war erneut gestiegen – was wird dann erst nach Corona möglich sein?) hat jedoch auch Grenzen verdeutlicht, an die Rheinmetall Entwaffnen gekommen ist: Die Polizei begrüßt freundlich den Protest und beschränkt sich darauf, den Verkehr zu regeln. Das ist schwer auszuhalten, schließlich will man den Konflikt und nicht eine von Polizei und Rüstungsindustrie geduldete Sitzblockade. Aktionistisch scheint – wie auch schon auf dem Camp – viel mehr möglich, die Chancen werden aber nicht genutzt.

> *„Die Rede von der Hoffnung auf den Menschen, die Rede von der Hoffnung auf eine bessere Welt, bleibt sentimentales Geschwätz, wird zum Betrug, solange wir uns weigern, von den machbaren materiellen Bedingungen zu reden, auf denen solcherlei Hoffnung verwirklicht oder nicht verwirklicht werden kann. Wer Besseres will, muss schon auch Falsches angreifen wollen!"*
>
> Christian Geissler, 1964

Aktionsbild aus der nahen Zukunft

Auf einem der Plakate, die 2017 zu den Protesten gegen den G20-Gipfel in Hamburg aufriefen, befanden sich Wale – unter als auch über der Wasseroberfläche. Dieses Bild greifen wir auf, indem wir beginnen wieder Wellen zu schlagen. Große Wellen. Dazu werden wir uns zunächst verbünden. Bestenfalls wird sich unser Widerstand zusammensetzen aus Laienschauspieler*innen, Stelzen-gänger*innen und Riesenpuppen, die die Breite der Bewegung symbolisieren; aus agilen Klein-gruppen, die sich auf Sabotageaktionen vorbereitet haben; aus Musikgruppen, die sich vor die Fabriktore setzen und uns mit einem Konzert beglücken; aus Ungehorsamen, die entschlossen Polizeiketten durchfließen und den Weg öffnen zu einer großen Massenaktion; aus Steine-schmeißer*innen, die bereit sind, Bullen anzugreifen und in Schach zu halten; aus Christ*innen, die auf das Gelände vordringen

und die Produktion stoppen; aus Kletterer*innen, die neue Höhen erklimmen und die Fabrikgebäude in ein neues Ambiente tauchen; aus allen anderen, die zusammen kämpfen wollen und die denen zur Seite stehen, die kämpfen.

Schon Wochen vor dem nächsten Camp brennen eines Nachts in Oberndorf am Neckar Autos von Rheinmetall und einem seiner Dienstleister ab. Die auf Indymedia veröffentlichte Anschlags¬erklärung endet mit „Rheinmetall Entwaffnen!" In einem Indymedia-Kommentar wird gefragt, ob das Abfackeln nicht nur von Firmenwagen, sondern auch des Privat-Pkw eines leitenden Ange¬stellten das richtige Aktionsziel sei. Die Mehrzahl der Antwortenden bejaht diese Frage und teilt die Einschätzung, dass solche Aktionen zur Mobilisierung beitragen.

Schon kurz nach Campbeginn ist das Zeltlager tatsächlich gut gefüllt. Alle müssen zusammen¬rücken. Die Vorbereitung hat nicht mit so vielen Teilnehmenden gerechnet. Entsprechend passiert auch sehr viel. Als die zentrale Aktion des Camps startet, machen sich von überallher jeweils Hunderte auf den Weg zur Rheinmetall-Fabrik. Unvermummte sind darunter ebenso wie solche, die ihr Gesicht nicht zeigen wollen.

Nach noch nicht einmal einer Stunde ist das komplette Werk dicht. Die Blockaden an den Zufahrten und sämtlichen Eingängen stehen. Dazwischen hindern prächtige Materialblockaden Fahrzeuge am Vorbeikommen. Allein auf der zentralen Zufahrtsstraße zum Haupttor der Fabrik stehen und sitzen etwa 1000 Menschen zusammen. Ein Beschäftigter schreit, er wolle durch. Um zur Arbeit zu kommen, stößt er Demonstrant*innen zur Seite, läuft in die Blockade, tritt auf Sitzende ein, um sich einen Weg zu bahnen. Die Blockierer*innen schreien vor Empörung, einzelne Getretene vor Schmerz. Erst entschlossenes Einschreiten der Umstehenden lässt den Arbeitnehmer von seinem Vorhaben abkommen. Er dreht resigniert um. Die Menge jubelt.

Mit der Zeit schwindet die anfängliche Hektik. Die Sonne scheint, die Stimmung ist ausgelassen, die Parolen kreativ. Die Situation wirkt stabil, schon fast statisch. Bald wird es manchen auch etwas langweilig. Als sich herumspricht, dass in den Fabrikhallen noch Betrieb ist, weil Rheinmetall die Produktion nicht ganz herunterfahren wollte, beginnt eine Diskussion. Rheinmetall hat offensicht¬lich alles dafür getan, um die Fabrikation mit einer Minimalbesetzung sicherzustellen. Ob die dafür notwendigen Beschäftigten auf dem Gelände nächtigen? Nach ersten Gesprächen wird ein Delegier-tenplenum einberufen, um mögliche Antworten auf diese Situation zu finden. Mehrere Vorschläge stehen im Raum. Der kollektive Entscheidungsprozess dauert mal wieder länger als erwartet, schließlich überlegen die Aktivist*innen an einer Idee, die eine unkontrollierbare Situation auslösen könnte. Dann ziehen etwa die Hälfte der Aktivist*innen Richtung Fabrikgelände, reißen Zäune nieder, betreten das Gelände, laufen zügig in Richtung Produktionshallen und öffnen zielstrebig die Tore. Die Bullen werden äußerst unruhig, aber bevor sie ihre Kräfte zusammenziehen und die Eindringlinge ausfindig machen können, sind diese schon wieder verschwunden.

„Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, unmöglich machen. Einfach den Nachschub kappen. Ich weiß, es ist angesichts des Zustands in den Metropolen utopisch. Auch auf längere Sicht wird es so bleiben. Schade, das wäre was. Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahmlegt."

Andrea Wolf, 1997

Das Böse darf nicht siegen, weil gute Menschen nichts tun

Als sich alle wieder auf dem Camp einfinden, meint man in den fröhlich strahlenden Gesichtern lesen zu können: „Wir wollten handeln und wir haben gehandelt." Die Entschlossenheit, die sich in den Aktionen der vergangenen Tage gezeigt hat, ist auf der ganzen Campwiese deutlich spürbar.

„Nach so langer Coronapause, in der wir uns einschränken mussten, aber Rheinmetall weiter tödliche Waffen produzieren und ihre Gewinne steigern konnte, haben wir gezeigt, zu was eine Antikriegsbewegung fähig ist." So eröffnet die Moderation das Abschlussplenum des Camps. Tatsächlich waren einige von der Vehemenz der vielen unterschiedlichen Aktionen überrascht oder, wie es auf dem Plenum formuliert wird: Die Aktionstage haben unsere Erwartungen übertroffen. Gerade die Spontanität, mit der auf aktuelle Situationen originell reagiert wurde, sei das bedeutende Neue gewesen.

Denjenigen gegenüber, die sich – vielleicht zum ersten Mal – an einer großen gemeinsamen Aktion beteiligen, wollte man von Beginn an transparent darlegen, was sie erwartet. Dafür stehen der knackige Bündnisaufruf und andere Texte, die erschienen sind. Sie waren eine prononcierte Ein-ladung an alle, sich mit vielfältigen Aktivitäten, die das menschliche Leben schätzen, zu beteiligen. Darin war von Widerstand und Blockaden, von Angriff und Sabotage, von möglicher Repression und Ingewahrsamnahme zu lesen. Und dass keinerlei Bedürfnis existiert, sich von Taten, die gegen Rüstung und Krieg zielen, zu distanzieren. Diese Sätze werden während des Plenums nochmals lobend hervorgehoben, die Geschlossenheit hätte maßgeblich zur Mobilisierung und dem beein-druckenden Verlauf der Tage beigetragen. „Die Rüstungsindustrie steuert nichts zum Überleben der Menschheit bei, im Gegenteil. Wir hatten genug", sagt eine junge Teilnehmerin, „und wir haben es gewagt, den Worten Taten folgen zu lassen."

Bei der Auswertung ist man sich in einem Punkt weitgehend einig: Mit dem Verlauf der kreativen Aktionen sind alle sehr zufrieden. Einzelne Aktivist*innen aus der Region fragen sich jedoch, ob die „eindringliche" Aktion mit unangekündigter Sachbeschädigungen eventuell negative Aus¬wirkungen für ihre Bündnisarbeit und den Rückhalt aus dem wohlwollenden Teil der lokalen Bevölkerung haben wird. Nun, wenden andere ein, über ein Loch im Zaun und etwas Sabotage regen sich die Leute auf, aber über das Sterben der Menschen in Kriegen nicht. „Ja", heißt es zustimmend, „die Angehörigen der Toten und die Menschen, die die Angriffe der türkischen Armee mit deutschen Waffen überlebt haben, werden sich nicht für die Formen unseres Wider-

stands interessieren. Sie werden fragen, warum wir Produktion und Export dieser Waffen nicht verhindert haben."

„Die Kriegsindustrie weiter laufen zu lassen ist gewalttätiger als sie zu sabotieren", ruft eine Gefährtin dazwischen. Eine andere meldet sich und erinnert – apropos Gewalt – an den inhaltlichen Workshop zum Thema bei Campbeginn: „Gewalt beinhaltet psychologische als auch körperliche Verletzungen. Wenn die Medien jetzt von „Ausschreitungen" und „Gewalt" sprechen, dann wollen sie uns nicht verstehen. Uns ging es doch nie um Gewalt oder Gewaltfreiheit, sondern um die Frage, ob wir dahinvegetieren und die Welt dem Sensenmann, dem personifizierten Tod, der die Menschen wie ein Feld dahin mäht, überlassen oder ob wir was tun!" Zustimmendes Wendeln.

„Unsere Aktionen waren großartig, aber sie reichen nicht aus", kritisiert ein Redner. „Morgen, wenn wir weg sind, läuft die Produktion wieder an. Einmal im Jahr ist zu wenig, wir müssen unseren Kampf auf permanent stellen." „Wir brauchen mehr Biss", ergänzt eine andere. „Wenn wir mehr riskieren, können wir auch mehr gewinnen." Und das gelte ja nicht nur für die Antikriegsbewegung, sondern für alle Kämpfe, die aktuell auf der Straße präsent sind und zusammengenommen das ganze System infrage stellen.

Während der Abenddämmerung serviert die Küfa das Abendessen. Danach spielt auf der Bühne als Überraschungsgast eine Punkband ihre bekannten Songs. Wir sind alle erschöpft, aber alle sind in Bewegung und tanzen zur Musik. Die Erfahrungen dieser Tage werden wir in unseren Alltag, aber auch zum nächsten Rheinmetall-Entwaffnen-Camp mitnehmen.

*Gefährt*innen aus der Antikriegsbewegung*

rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Subversiv & unkontrollierbar!

Angriff auf das Hauptzollamt und die Bundeswehr in Bremen

Dokumentation:

„Es gibt sie noch, die einfach verglasten unbewachten Bürogebäude staatlicher Gewaltbehörden.

Am 28.02.21 haben wir die Fensterfront des Hauptzollamtes in der Großen Sortillienstraße unter massivem Einsatz von Kleinpflastersteinen und Farbgläsern eingeworfen. Wir hinterließen zwei durchlüftete Etagen und und ein farbenfrohes Scherbenwerk.

„. . . Der viel diskutierte Rechtsruck ist aus unserer Sicht allgegenwärtig spürbar. Die Angst vor dem sozialen und ökonomischen Abstieg,die durch die weltweite Corona-Krise verstärkt wird, macht Menschen noch anfälliger für die einfachen vermeintlich alternativlosen Antworten: Autorität, Rassismus, Kapitalismus, Egoismus, Sexismus usw. Für uns ist klar: In so einer Welt Können und wollen wir nicht leben. „(. . .) Aufruf subversiv & unkontrollierbar

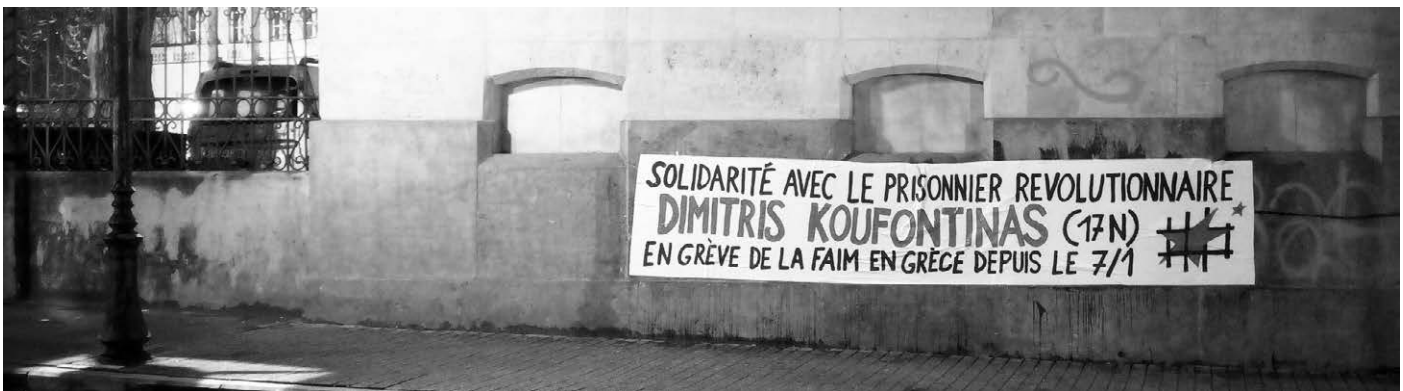
Die Knechte vom Zoll sichern bewaffnet die wirtschaftlichen Interessen des Staates. Mittel dazu sind die Kontrolle des Warenverkehres an den Grenzen und die Unterdrückung von Schwarzarbeit. Razzien und Menschenjagden auf Großbaustellen gehören zum Standardreportoire, um staatliche Steuern unter Gewalt zu sichern. Die Betroffenen Arbeiter*innen sitzen fest zwischen Ausbeutung der Unternehmer und staatlicher Strafverfolgung. Passenderweise ist die sogenannte Karriereberatung der Bundeswehr im selben Gebäude untergebracht. Aus Perspektivlosigkeit und ethischer Verkommenheit werden hier Menschen zu Schweinen des Militärs rekrutiert, um bewaffnet die Interessen des Staates außerhalb der Landesgrenzen – und vermehrt auch innerhalb – durchzusetzen . Wir verachten die Armee, ihre Tradition, ihre Geschichte, ihre Reproduktion von Rassismus und ihre Funktion für das Patriarchat. Kurzum fanden wir in Armee und Zoll zwei angemessene Adressaten für unseren nächtlichen Wutausbruch.

Die sich ausbreitende Repression gegen militante und autonome Strukturen werden wir weiterhin beantworten. Viele Mittel haben wir nicht. Was wir haben schleudern wir diesem Staat und seinen Behörden mit aller Wucht entgegen.

Unsere Gedanken sind bei Dimitris Koufontinas, der sich im Hungerstreik griechischen Knast befindet, und allen anderen kämpfenden Militanten innerhalb und außerhalb der Knäste!

Wir bleiben subversiv & unkontrollierbar!"

Autonome Gruppen



Angriffe auf Immobilienwirtschaft und Bullen in Bremen

Dokumentation:

„In Reaktion auf die Urteile gegen die drei von der Parkbank haben wir in Bremen eine Reihe militanter Angriffe durchgeführt. Ziele waren Fahrzeuge und Büros von Immobilienunternehmen und eine Bullenwache.

Den 3 von der Parkbank werden unter anderem geplante Angriffe auf Fahrzeuge von Vonovia vorgeworfen. Der Konzern vermietet auch in Bremen tausende Wohnungen und glänzt durch Mieterhöhungen und Zwangsräumungen – ein unter kapitalistischen Maßstäben überaus erfolgreiches Unternehmen, das den Wohnraum der Mieter*innen effektiv verwertet. Aus der Perspektive der Mieter*innen ein ausbeuterischer Scheissverein.

Neben den großen Immobilienkonzernen treiben auch die Maklerbüros die Mieten und Immobilienpreise erfolgreich weiter nach oben. Sie profitieren direkt von Aufwertung und Verdrängung im städtischen Raum und sind fester Bestandteil der Stadt der Reichen. Hier können die Wohlhabenden Häuser und Wohnungen shoppen um diese dann so teuer wie möglich zu vermieten. Gegen Büros und Fahrzeuge von Makler*innen und Immobilienkonzernen gibt es mittlerweile eine Kontinuität militanter Praxis. Angriffe werden durch Presse und Nachbar*innen direkt in einen politischen Kontext eingeordnet.

Wohnraum muss denen gehören, die ihn brauchen. Bis dies der Fall ist werden wir die Realität von Verdrängung und Aufwertung angreifen und ihre Profiteure ins Visier nehmen. Die Ziele sind überall auffindbar mit mit vielfältigen Mitteln wie Glasbruch, Feuer, zerstochenen Reifen oder Farbe angreifbar.

Während der Aktionswochen kam es zu neuer Repression gegenüber Kompliz*innen, denen vorgeworfen wird Christbaumkugeln gegen eine Bullenwache in Bremen geworfen zu haben. Als Antwort auf die Hausdurchsuchung färbten wir die Wache erneut ein, woraufhin die Bullen eine zweite Hausdurchsuchung bei den Betroffenen durchführten. Sie werden damit nichts erreichen! Wir sind viele und schlagen weiterhin überall dort zu, wo sie es nicht erwarten. All Cops Are Targets.

- 11.11.2020 Büro von Engel & Völkers in der Innenstadt eingeworfen
- 15.11.2020 Büro von Immobilien Bremen im Viertel eingeworfen
- 16.11.2020 Fahrzeug von einem Immobilenbüro in Findorff angezündet
- 18.11.2020 Fahrzeug von Vonovia in Bremen Walle angezündet
- 27.11.2020 Bullenwache am Bürgerpark (Schwachhausen) mit farb-gefüllten Christbaumkugeln beworfen
- 14.12.2020 Reifen von einer Vonovia-Karre in Bremen Findorff zerstochen
- 15.12.2020 Ein Fahrzeug von Vonovia und ein weiteres von Engel & Völkers im Viertel tiefer gelegt
- 17.12.2020 Literweise rote Farbe im Büro von Immobilien Bremen in der Neustadt verteilt + Vonovia-Karre in Bremen Walle entglast
- 20.12.2020 Fahrzeug und Porsche von Florian Wellmann Immobilien GmbH in Bremen Schwachhausen angezündet

Solidarität mit allen von Repression Betroffenen Kompliz*innen in Bremen, Hamburg und überall!
Die Häuser denen, die drin wohnen!
Für mehr militante Praxis!“

Autonome Gruppen

Rigaer94: Was kostet die Drecksbude eigentlich? (1)

Berlin, März 2021: Ein Konflikt, in dem es keine andere Möglichkeit geben wird als sich zu positionieren, eskaliert. Es geht nicht um Brandschutz. Dieses Argument ist nur Maskerade. Die Regierenden versuchen die Öffentlichkeit von der Moral ihres Handelns zu überzeugen und ein Spektakel zu erschaffen. Wir erklärten wiederholt, dass eine:r unabhängige:r Brandschutzgutachter:in jederzeit mit uns durch das Haus gehen kann, wie es auch schon 2016 und im November 2020 geschah. Da dieses Angebot ignoriert wird ist offensichtlich, dass es um die Vernichtung des seit dreißig Jahren bestehenden Projekts Rigaer94 geht. Dieser Einsatz bezweckt nichts anderes als eine Belagerung und eine schrittweise Verwandlung in ein zerstörtes, unbewohnbares, durch Gitter und Sicherheitsschleusen kontrolliertes Haus. Sie wollen uns räumen und die Verantwortlichen wählten für den Auftakt den 11. und 12. März 2021. Dieser Versuch wird auf unseren Widerstand stoßen.

Warum sprechen wir von einer Räumung? Bereits im Januar diesen Jahres schickte der vermeintliche Eigentümer-Anwalt Bernau einen Drohbrief an einige Mieter:innen, in dem er sie erpresste ihre Mietverträge bis zum 31.01.2021 zu kündigen. Ein “Angebot”, dem sie nicht nach kamen. Der selbsternannte Hausverwalter Luschnat hat angekündigt, die “Begehung” zu nutzen, um am besagten Termin das Haustürschloss auszutauschen. Die Schlüssel sollen nur nach Vorlage eines Personalausweises und Mietvertrages ausgehändigt werden. Während das Landgericht Berlin erst am 10.3. über den Widerspruch gegen die Begehung unseres Hauses entscheiden wird, ist uns die brisante Information zu Ohren gekommen, dass es schon in den schmierigen Portfolios von Immobilienspekulant:innen als Verkaufsobjekt gehandelt wird. 1700 m^2 “unbewohnte Fläche” zu einem Preis von 2000 €/m^2. Angeboten möglicherweise durch keinen anderen als einen Projektentwickler des Padovicz-Geflechts, Nudelmann & Friends Immobilien.

Rigaer 94

VERTEIDIGEN

rigaer94.squat.net

Wenige Monate vor den Wahlen ist der politische Druck hoch. Niemand will die Verantwortung dafür tragen, an unserer Entschlossenheit zu scheitern, diesen Raum und die ihm innewohnende Idee zu verteidigen. Alle wollen die Lorbeeren einstreichen, die Straße zu befrieden und einen weiteren Teil dieser Stadt nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Das bedeutet konkret dieser Stadt einen weiteren lebenswerten Raum zu entreißen und dem Kapital den Boden zu bereiten, den Reichtum einiger weniger zu vermehren.

Während Baustadtrat Florian Schmidt bereits aus Angst vor den Konsequenzen seines eigenen Handelns zurückrudert, zweifelt nun auch Justizsenator Behrendt an der Rechtmäßigkeit des aktuellen Vorgehens. Konsequenz dessen ist, dass der Senat am Freitag (5. März) über Schmidts alternativen Lösungsvorschlag entscheiden möchte. Schmidt schlägt eine Begehung durch eine:n Mitarbeiter:in der Bauaufsicht aber ohne Bullen vor. Während das Lager unserer Feind:innen in der Politik gespalten ist, wird sich noch herausstellen, ob sich Politiker:innen von Geisel (Innensenator, SPD) bis Dregger (politischer Brandstifter, CDU), die ihr Spiel um Macht auf unser aller Rücken austragen, die Finger an uns verbrennen werden. Der rot-rot-grüne Senat kann fadenscheinige sozialdemokratische Konzepte wie Mileuschutz und Mietendeckel nicht nutzen, um zu verbergen, dass seine Politik in erster Linie seit jeher niemand anderem als der kapitalistischen Klasse dient.

Seit Jahrzehnten versuchen Machthabende, die Kontrolle über und die wirtschaftliche Nutzung der Stadt zu maximieren, indem sie ein Hindernis nach dem anderen beseitigen. Ein solches Hindernis war die Zeltstadt Rummelsburger Bucht. Ihre Räumung wurde als „humanitär" getarnt, während sie in Wirklichkeit das Ziel verfolgte den Bau von Coral World zu ermöglichen. Solche Räumungen sind Teil einer umfassenderen Strategie, alles loszuwerden, was dem Profit im Wege steht oder nicht in die hegemoniale Vision der Stadt passt. Es werden selbstorganisierte Räume zerstört, in denen sich Menschen zusammenschließen, um dem Elend zu entkommen, in das sie von Vermieter:innen, Herrschenden, Bossen, Bullen oder Machos gedrängt werden, die sie täglich konfrontieren und ausbeuten, am Arbeitsplatz, in persönlichem und öffentlichen Raum.

Auch Orte wie der KØPI Wagenplatz, das autonome Jugendzentrum Potse, die Voigstraße 36 oder die Kollektivkneipe Meuterei sind bedroht von denen, die ihr Profitstreben befriedigen wollen. Die verantwortlichen Gesichter mögen von Räumung zu Räumung variieren, die Logik dahinter bleibt dieselbe. Jeder Lakai, der versucht, seinen Besitz zu erweitern und Profite zu einzustreichen, indem er Räume und Ideen bedroht und angreift, hat das gleiche Ziel und das gleiche Maß an Verantwortung. Unsere Kämpfe hingegen sind miteinander verbunden, da wir die selben Feind:innen haben. Hinter den Kulissen bedrohen Leute wie „Freiherr" von Aretin auf verschiedenen Ebenen Existenzen und Ideen. Während er Abteilungsleiter für Reprivatisierung in der Treuhand war, ist seine Kanzlei heute in Waffenexporte verwickelt. (2) Das Zusammenwirken von Staat und Kapital ist bei jedem Räumungsversuch sichtbar. Bullen, Politik, Justiz, Wissenschaft und Medien treten gemeinsam auf, um politische Positionen und Mittel der staatlichen Gewalt zu legitimieren. In konzertierten Aktionen greifen sie unsere Strukturen an.

Das Kapital hat sich Worte wie „alternativ" und das dazugehörige Image angeeignet, um uns eine Stadt zu verkaufen, die in Wirklichkeit grau und nur für diejenigen sicher und zugänglich ist, die Geld haben. Der Neoliberalismus hat längst Einzug in die Stadtplanung gefunden und das Konzept der „Aufwertung" funktioniert als repressiver Gesamtplan. Er verwandelt die Orte, die wir schätzen, in unbequeme und kontrollierbare Orte. Der Senat greift unsere politischen Strukturen in der Metropole an, was zu einer direkten Konfrontation zwischen ihm und uns führt.

Wir als Rigaer94, zu denen auch der autonome Jugendclub Keimzelle und der offene Raum Kadterschmiede gehören, sind Teil der bedrohten autonomen Strukturen. Wir haben uns entschieden selbstbestimmt, sozial, politisch miteinander zu leben und uns von unten zu organisieren. Wir haben uns entschieden, uns gegen die Mechanismen von Staat und Kapital innerhalb und außerhalb der Mauern unseres Hauses zu wehren. Wir unterstützen und schaffen Orte des Widerstands in der Stadt, wir verbreiten unsere Ideen von selbstorganisierten Gemeinschaften. Orte, an denen unsere Gemeinschaft wächst, um sich gegenseitig zu helfen, voneinander zu lernen und um sich dem System zu widersetzen. Orte, an denen sich die Jugend autonom, ohne die Kontrolle von Eltern, Lehrer:innen oder Chefs, treffen kann. Orte, um sich kollektiv zu wehren wenn jemand von Autoritäten unterdrückt wird und um rebellische Nachbarschaften zu schaffen, in denen Widerstand von einer breiteren Kollektivität unterstützt werden kann. Um die Normen zu überwinden, die uns diese Gesellschaft aufgezwungen hat.

Unsere politische Infrastruktur ist nicht nur für die Bewohner:innen unseres Hauses wichtig, sondern auch für eine breitere Gemeinschaft, die sich gegen Unterdrückung und Diskriminierung organisiert. Offene Strukturen, in denen eine Atmosphäre von Vertrauen und einer solidarischen Nachbarschaft wachsen kann. Strukturen, die kämpfende und revolutionäre Individuen zusammenbringen, um dazu beizutragen, die Idee von Autonomie und Kollektivität durch Diskussionen und Aktionen zu verbreiten. Gruppen und Einzelpersonen, die sich in Räumen jenseits von Konsum und Arbeitsausbeutung treffen, wo Menschen sich wohlfühlen, essen, trinken und aufwärmen können, egal ob sie Geld haben. Wo radikale Ideen auf Broschüren und Plakate gedruckt oder an Wände gemalt werden, die die:den Einzelne:n umgeben und ermutigen.

Die Verteidigung dieser Strukturen gehört nicht nur denjenigen, die in ihnen leben, sondern allen, die sich in ihnen wiederfinden können. Es ist ein Kampf nicht nur für uns, sondern für alle! Lasst uns auf der Straße in die Offensive gehen! Keine Ruhe für Vermieter:innen und Staatsdiener:innen!

Wir rufen alle, die unter diesem System leiden, dazu auf, sich unserem Kampf anzuschließen und die Auswirkungen der ständigen staatlichen Angriffe zu erkennen. Ihre eigenen Feinde anzugreifen, jene, die uns täglich und ständig unterdrücken. Lasst uns gemeinsam für kollektive Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Selbstbestimmung eintreten, am und über den 11. & 12. März hinaus. Lasst uns als Bewegung verschiedene Formen und Mittel des Widerstands zeigen.

Wenn sie versuchen, uns zu brechen, werden wir explodieren!
Solidarität ist unsere Waffe

Rigaer94

(1) https://www.amazon.de/%C2%BBWas-kostet-Drecksbude-eigentlich-Immobilienmaklers/dp/B08TZ3HWZW/

(2) https://www.gvw.com/en/services/detail/foreign-trade-and-customs-law.html

Räumungsankündigung für die Meuterei

Es ist soweit. Goran Nenadic, der Eigentümer der Räumlichkeiten der Meuterei in der Reichenberger 58, hat den Räumungstitel eingereicht. Der Termin ist für den 25.03.21 um 08:00 Uhr angesetzt. Eine Weile war es still um den Eigentümer geworden, wir wurden nur hin und wieder vom Vertragsinhaber informiert, dass Nenadic versucht, eine „friedliche Lösung" zu finden. Dabei ging es um Angebote, dass uns diverse Kosten erspart blieben, wenn wir bis zu einem bestimmten Datum die Räume freiwillig verlassen würden. Doch es kann keine friedliche Lösung sein, wenn wir gezwungen werden, unsere Räume zu verlassen. Wir vermuten, dass er vor allem keine größere Öffentlichkeit auf sich ziehen will. Deswegen rufen wir dazu auf, aktiv zu werden. Machen wir überall sichtbar, dass wir es nicht stillschweigend hinnehmen werden, wenn man unsere Räume zerstört. Machen wir sichtbar, dass Goran Nenadic und seine Helferchen die Verantwortung dafür tragen, was passiert, wenn er zwangsräumt.

Zeigen wir, dass wir es nicht hinnehmen, wenn die Stadt die kapitalistischen Machenschaften weiter unterstützt, indem sie Geisels Prügeltrupps aussendet, zu räumen. Aber nicht nur bei uns. Die Rigaer94, die Potse, der Köpi-Wagenplatz und viele andere sind dieser Bedrohung akut ausgesetzt.

Auf in einen heißen Frühling!
One struggle, one fight!

Euer Meuterei-Kollektiv

(weitere Infos auf kontrapolis.info)

Interview mit einigen Menschen, die zum Kollektiv der geräumten Liebig34 gehören

Fast zwei Monate (Erstveröffentlichung Kontrapolis, Dez. 2020) ist es her, dass die Liebig34 geräumt wurde und die Intensität dieser Phase droht hinter dem pandemischen Ausnahmezustand und aktuellen Ereignissen zu verblassen. Daraus entstand die Idee, den Konflikt der letzten Jahre zeitnah und subjektiv zu reflektieren. Auch um möglichst viele der gemachten Erfahrungen nicht der Vergessenheit zu übergeben. Das Interview gibt einzelne Positionen wieder und spricht keineswegs für das ganze Kollektiv. Kommentierungen und weitere Interpretationen sind ausdrücklich erwünscht.

Frage: *Einige von uns und ihr sicher auch, haben sich teilweise zwei Jahre auf die Räumung der Liebig34 vorbereitet. Lange waren wir im Ungewissen wann der Tag X eintritt, zwischenzeitlich wurde spekuliert ob Padovicz das wirklich durchziehen kann oder sich die Verantwortlichen in der Politik doch nicht die Finger verbrennen möchten und dann ging es doch ganz schnell. Im Rückblick, wie seht ihr die Reaktion der Szene in Berlin und wie habt ihr für euch die Räumung ausgewertet?*

A: Über eine Auswertung der Räumung zu reden, ist für uns immer noch etwas schwer. Wir arbeiten gerade an diesem Prozess, weil wir

gründlich und längerfristig eine Auswertung über unseren über zweijährigen Kampf liefern wollen. Über zwei Jahre zu reflektieren und dann damit auch an die Öffentlichkeit zu gehen, ist viel Arbeit. Und gerade weil die Räumung einfach noch nicht so lange her ist und wir erstmal noch mit diesem Trauma und dem ganz einfachen alltäglichen Leben klarkommen müssen, braucht das noch Zeit.

Aber insgesamt können wir sagen, dass uns die Solidarität überwältigt hat. Die Voraussetzungen waren einfach nicht die Besten, gerade in Zeiten einer Pandemie, dem rechten Aufschwung und antifeministischer Formierung ist ein Häuserkampf auch mal untergegangen. Und zu sehen, dass es doch für so viele zu einem wichtigen und gemeinsamen Kampf wurde, war enorm empowerend. Natürlich müssen wir auch klar sagen, dass wir im Vergleich zu der Liebig14 Räumung nicht so viele Leute auf die Straße gebracht haben, aber dazu müssen auch die Umstände und das politische Umfeld betrachtet werden – überall brennt es momentan. Aber wir haben gerade mit unserer klar anarchafeministischen Ausrichtung inhaltliche Standpunkte gesetzt, die den Kampf nochmal anders begleitet haben und verschiedene Diskurse zusammengebracht haben. Das war auch einer der großen Ziele bei der Verteidigung des Hausen, wir wollten Anti-Gentrizierungskämpfe mit militant-feministischen Kämpfen verbinden. Das hat funktioniert. Wir werden in der Zukunft sehen wie und wo Liebig34 weitergewirkt hat.

L.: Ich denke, dass sich die Räumung auf verschiedenen Ebenen bemerkbar macht. Sie war eine Art kollektives Trauma, und damit meine ich nicht nur die Menschen die unmittelbar und physisch Teil dieser Räumung waren. Viele Menschen haben sich mit der Idee der Hauses, dieser Art der Gesellschaftskritik und dieser Form des Zusammenlebens identifiziert und haben sich dafür engagiert. Dass die Räumung am Ende tatsächlich passiert ist, hat bei diesen Menschen verschiedene Gefühle hinterlassen – Wut, Ohnmacht, Trauer, Entsetzen, Ungläubigkeit. Bei manchen hat die Wut das Bedürfnis freigesetzt, sich zu organisieren und eigene Konzepte zu entwickeln. Die schreiben uns dann, schicken Fotos und solidarische Grüsse. Andere fühlen sich durch die Trauer wie gelähmt und teilen ihren Schmerz auf andere Weisen mit uns. Ich denke auch, das sich die Auswirkungen der Räumung noch zeigen wird. Gerade ist durch Covid 19 und die Winterzeit wie eine Art Moratorium. Die Aufarbeitungsprozesse, politisch sowie emotional, finden nicht ganz so sichtbar auf der Strasse statt, wie es vielleicht sonst passiert wäre. Sie passieren noch mehr im inneren, kleineren Raum. Dennoch gibt es zum Beispiel unsere ehemaligen Nachbar_innen, die auf der einen Seite vor Ort die Stellung halten und auf der anderen Seite den Verlust der Liebig34 stärker erleben müssen. Sie versuchen neben den Resten dieses Hauses durch Aufrufe und Aktionen ein Mahnmal für Gentrifizierung und Verdrängung zu gestalten, und verbünden sich darin. Wir stehen im engen Kontakt mit ihnen und es gibt uns einerseits Kraft, auf der anderen Seite macht es uns auch traurig. Denn sie erzählen uns auch, wie sehr sich nun schon alles verändert. Nachbarinnen erzählen uns beispielsweise, dass sie seit der Räumung meistens die Gardinen geschlossen halten, da sie den Anblick der ehemaligen Liebig34 kaum ertragen können, dass die Leere der Liebig34 ein grosses Loch hinterlässt.Sie berichten uns von ihrer Wut auf den Hauseigentümer und die Firma, auf die Enttäuschung bzgl. der rotrotgrünen Regierung, den Ärger auf das hohe Polizeiaufgebot vor Ort am Tag und die Sorge vor der Zukunft dieses Kiezes.

Dabei gehen die Generationen von alteingesessen Kiezbewohner_innen bis hin zu jungen Menschen, die durch die Räumung noch mal stärker politisiert wurden.

Ich bin ganz sicher, dass die Räumung noch eine ganze Weile weiterwirken wird – und sich die Auswirkungen auf verschiedene Weisen präsentieren werden. Und zwar so unerwartet und vielfältig, wie auch schon der Kampf um die Liebig34 im vorhinein war.

Frage: *Der Vergleich mit der Liebig14 biete sich an. Dieses Haus wurde ja damals im Vorfeld von der Presse als unpolitische Säuferbude diffamiert, mit der sich niemand solidarisieren würde. Dann waren alle von den Ausschreitungen überrascht und es wurden in den Medien heftig skandalisiert. Ihr hingegen wurdet von der Presse oft im Schatten der Rigaer94 behandelt, die Verzerrungen eures Projekts wurden etwas professioneller gesteuert und Anschläge und Krawalle eher kleingeredet. Dabei wollten zum Schluß viele Medien Interviews mit euch. Wie seht ihr die Rolle der Presse in diesem Konflikt? Wie kann die autonome Szene mit der Presse umgehen, bekämpfen oder benutzen? Und habt ihr Ideen, wie wir die Fixierung auf Resonanz in den bürgerlichen Medien beenden können bzw. wie die Nutzung eigener Medien verbreitet werden kann? Das auch vor dem Hintergrund, dass Twitter irgendwann als Infoquelle ausgefallen ist, weil es von Nazis unter #liebig34 vollgespamt wurde?*

A.: Wir haben in dem Prozess der letzten Jahre immer wieder dieses Thema neu diskutiert und unsere Haltung überarbeitet. Wir waren aber durchgehend davon überzeugt, dass wir mit der Presse reden würden, aber da von Jounalist*in zu Journalist*in entscheiden. Zwischendurch hatten wir die Meinung, dass jede Art von Berichterstattung wichtig ist und wir immer wieder aufs Neue versucht haben, da durch die Medien einer breiteren Masse zugänglich zu machen, wer wir sind und für was wir stehen. Da war häufig auch mit eingerechnet, dass die Presse uns eben auch nicht ernst nehmen wird und und diffamiert, auch wenn wir persönlich mit denen geredet haben. Das war uns dann einfach irgendwie egal. Das ist auch ein wichtiger Teil der Auswertung – unsere Pressearbeit. Es war auf jeden Fall wichtig den Schritt gewagt zu haben und auch außerhalb der Komfortzone Interviews zu führen – auch wenn nicht viel dabei rausgekommen ist.

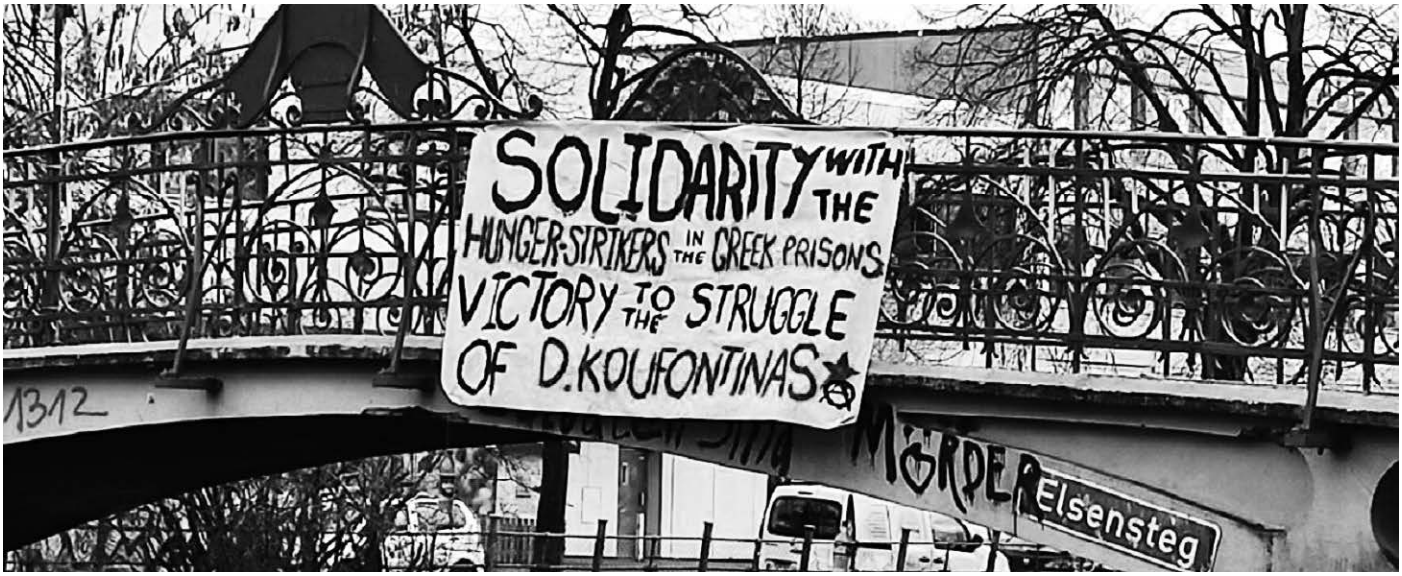
L.: Ich finde vor allem beachtlich, das die Berichterstattung über die Liebig34 in der Regel auch immer ziemlich misogyne Züge hatte – in den Erzählungen während und vor allem nach der Räumung war es dabei am deutlichsten. Ich denke, dass die Anfeindungen ganz stark damit zu tun hatte, das es sich um feministisches LGBTIQ Projekt handelte. Das hat schon immer zu Irritationen geführt. Für die bürgerlichen Medien war es oft schwer einzuordnen, was für eine Art Haus wir eigentlich sind, da es nicht so gut in vorherige Schubladen passte. Es war auf der einen Seite zwar radikal in seinem Auftreten, Protestweisen und Forderungen, aber gleichzeitig auch sehr nah an Themen dran, mit welchen sich auch der kritische Mainstream der Gesellschaft beschäftigt: mehr Schutzräume für Frauen, Trans*Menschen und Queers, Wohnungslosigkeit, Prekarisierung von marginalisierten Menschen, Gentrifizierung, steigende Mieten, die Veränderung dieser Stadt in den letzten Jahren. Das hat die Medien in ihrer Berichterstattung schnell überfordert. Und oft haben sie es sich dann einfach gemacht und es bei halbherzigen Recherchen und dem „linken Chaos" – Image belas-

sen. Wir haben in all den Jahren wirklich viel undifferenzierten Journalismus erlebt. Manchmal haben wir damit gespielt, wenn zum Beispiel wiederholt das Bild der „hysterischen Frauen" aufgemacht wurde, was ja eine relativ bekannte Diffamierungstrategie gegen feministische Gruppen ist. Der erste Gerichtsprozess beispielsweise war ja ein einziges Theaterstück – es war ein Schauprozess, den wir als Schauprozess entlarvt haben, durch medienwirksame Bilder und lauten Protest.

Trotzdem kann man natürlich nur bedingt Einfluss auf die eigene Darstellung in den Medien haben, vor allem in so einer Ausnahmesituation wie einer (bevorstehenden) Räumung. Wichtig war uns vor allem, das wir in unserem Handeln und Auftreten authentisch bleiben. Das macht es manchmal schwierig die richtige mediale Plattform zu finden.

Frage: *Gibt es etwas was ihr vermisst habt an Formen der Unterstützung während der heißen Phase bzw. habt ihr Kritik an der Mobilisierung der autonomen und linksradikalen Szene in Berlin?*

A.: Da gibt es zwei Dinge. Was immer wieder kritisiert worden ist, ist der praktische Feminismus, vor allem aus der autonomen und linksradikalen Szene. Es ist ja schon immer sehr problematisch und müßig gewesen, dass Feminismus in diesen Kreisen nicht so ein großes ernstzunehmendes Thema ist. Es wird immer wieder gesagt: Ja klar – Patriarchat ist scheiße. Aber konkrete Konsequenzen folgen zu lassen, war immer schwierig. Das war auch in unserem Struggle ein Thema. Da wurden auf militant auftretenden Demos die feministischen Sprüche von männlich gelesenen Stimmen übertönt, um ACAB zu rufen. ACAB zu rufen ist ja schön und gut, aber ruf doch verdammt nochmal auch



Frage: *Könnt ihr was dazu sagen, wie sich das lange Warten auf die Räumung emotional auf euch ausgewirkt hat?*

A.: Es ist komisch den Kampf als „Warten auf die Räumung" zu sehen. So hat es sich eigentlich nie angefühlt (außer vielleicht in den letzten drei Wochen). Aber wir haben das ja immer als etwas Größeres verstanden, in dem wir die Öffentlichkeit, die wir bekommen haben, dazu nutzen wollten unsere Inhalte zu diskutieren und weiterzubringen. Die tatsächliche Räumung hat, bei mir persönlich, selten eine tatsächlich emotionale Rolle gespielt. Es waren viele Etappen auf dem Weg dahin, die immer wieder schwierig, aufregend und/oder schön waren. Gerichtsprozesse, Festnahmen, Events, Feste, Diskussionsrunden, Vernetzung. Diese Jahre waren ein Strudel der Gefühle und jetzt ist da irgendwie erstmal ein Loch.

L.: Ich denke auch, dass es tatsächlich kein Warten war. Dafür war das Aktions- und Stresslevel einfach zu hoch. die ganze Zeit. Wir haben ja unsere ganze Energie und Kapazitäten in diesen Ort gesteckt. Wir wussten natürlich dass es sein kann, dass irgendwann die Räumung kommt. Das wir nicht wussten wann und wie, war tatsächlich kräftezehrend. Vorbereiten kann man sich emotional kaum auf so eine Situation. Die verschiedenen Gefühle die damit einhergehen waren ziemlich überwältigend und der Schmerz über den Verlust und die Bilder der Räumung werden auch noch eine Weile bleiben. Es ist wie ein Schockzustand, der sich sehr, sehr lange zieht.

den feministischen Spruch mit! Über Emotionen reden, Reproarbeit bei Aktionen umverteilen, sich füreinander Sorgen – das sind alles feministische Tools in einer autonomen Praxis. Das wäre schön, wenn das mehr zu Thema gemacht wird. Uns hat das auch gefehlt.

Ich glaube, dass uns auch feministische Solidarität gefehlt hat. Es gab und gibt unglaublich viele FLINTA's, die aktiv waren und auch feministische Gruppen, wie der International Women's Space und WTF haben ihre Solidarität gezeigt. Leider haben viele feministische Gruppen sich nicht eindeutiger solidarisch gezeigt, gerade weil es ja so viele davon, auch in Berlin gibt. Das gab uns schon auch ein bisschen das Gefühl, dass wir stark als Nischending gesehen wurden, obwohl die L34 Kämpfe verbunden hat und eben auch einen klaren intersektionalen Feminismus gelebt hat.

L.: Es gibt in Deutschland auch einfach nicht so viel Vorbilder was die Verbindung von feministischen Kämpfen und Häuserkampf angeht – wir hatten oft das Gefühl das Rad neu erfinden zu müssen um unsere Standpunkte und Vorgehensweisen in den einzelnen Gruppierungen zu etablieren. Oft kochen in Berlin auch einfach alle ihr eigenes Süppchen, sind gespalten oder mit sich selbst beschäftigt. Aber wo wir uns an manchen Stellen offensichtlichere Solidaritätsbekunden gewünscht hätten, kam an der anderen Stellen völlig überraschend Unterstützung. Und wir haben auch viel Zuspruch und Solidarität aus anderen Städten und anderen Ländern bekommen.

Frage: *Zum ersten Teil eurer Antwort – ja stimmt. Aber viele Menschen haben den Kurs der Liebig34 auch oft vor allem als Abgrenzung zu anderen Strukturen wahrgenommen. Hätten nicht einige, wenn auch kompliziertere, Versuche unternommen werden können, breitere Bündnisse zu etablieren um den politischen und materiellen Preis für die Räumung in die Höhe zu treiben?*

Zum zweiten Aspekt eurer Antwort: was Solidarität betrifft, nicht nur die feministische, vielleicht ist es einfacher sich mit einem Konflikt zu solidarisieren, der soweit entfernt ist, dass mensch nicht eingreifen muss? Beispielsweise würden sich alle mit der feministischen Perspektive der kurdischen Bewegung solidarisieren – was einfacher ist weil es schwerer praktisch umzusetzen ist. Sich mit euch zu solidarisieren, entwickelt leicht die Erwartung sich dann auch die Hände schmutzig machen zu müssen. Ist das so? Und wie bewertet ihr im Rückblick diese Erklärung von Prominenten für euren Erhalt? Bedeutet Solidarität auch etwas zu Riskieren?

A.: Viele Fragen auf einmal. Ich würde nicht sagen, dass der Kampf um die Liebig34 vor allem aus Abgrenzung zu anderen Strukturen bestand. Bündnisse, wie die Interkiezionale und regelmäßig stattfindende FLINTA-VV's sind aus der Arbeit des Projektes entstanden. Es wurde auch immer wieder diskutiert, dass wir uns auch an breitere Bündnisse, z.B. Mietenwahnsinn oder anderen feministischen Kämpfen beteiligen – aber die Kapazitäten waren unglaublich knapp. Das Leben in der Liebig34 war ein permanenter Ausnahmezustand, bei dem schon allein Alltägliches sehr viel Arbeit bedeutet hat. Mit einer Mischung aus Angst vor Repression und dem Wissen, dass wir auch von Sicherheitsbehörden in den Fokus gesetzt worden sind, war es auch nicht einfach neue Leute ins Kollektiv zu bekommen, die diesen Ausnahmezustand mittragen. Wir haben vieles, was wir machen wollten, einfach nicht geschafft.

Die Analyse z.B. dass eine Solidarität mit der kurdischen Bewegung einfacher ist aus einer feministischen Perspektive, weil das weit weg ist – puh, weiß ich nicht, ob das so ist. Die Kämpfe haben auch andere Dimensionen und ich würde auch sagen, dass z.B. aus der feministischen Bewegung auch Solidarität für die kurdische Bewegung fehlt. Da sind einfach auch viele Grabenkämpfe und fehlende gemeinsame Analysen, z.B. was die Haltung zu Identitätspolitik, Antikapitalismus und/oder Internationalismus geht. Es wird nichts Gemeinsamen ausgehandelt, manchmal kommt mir Feminismus halt einfach nur als Lifestyle vor. Es wird sich an Events entlang gehangelt, wie der Fundimarsch, aber es wird nicht gemeinsam überlegt, was setzen wir in einen Fokus. Und wenn da Differenzen sind, muss eben auch darüber gesprochen werden und es ausgehandelt werden. Wir brauchen Diskussionen und eben auch Konflikte, um einen gemeinsamen Kampf zu entwickeln. Aber dem wird häufig ausgewichen und sich nur an Organisatorischen abgearbeitet. Das ist aber nicht nur ein Problem in feministischen Kreisen.

L.: Dem würde ich zustimmen. Aber wichtig ist auch zu bedenken: es gibt nicht DEN Feminismus. Alleine die verschiedenen Ansätze in dieser Stadt der verschiedenen Zusammensetzungen macht die Dimensionen der Lebensrealitäten deutlich, die sich in den unterschiedlich gelebten und diskutierten Feminismen widerspiegeln. Da sind Widersprüche, die wir lernen müssen auszuhalten bzw. zu bearbeiten und oft wird es sich da zu einfach gemacht. Diese Widersprüche waren allerdings an einem so von Diversität geprägten Ort wie der Liebig34 an der Tagesordnung. Deswegen denke ich auch, dass dieses Haus für einen intersektionalen Zugang zum Feminismus eine gute Plattform geboten hat – das wurde eben teilweise genutzt und teilweise leider nicht. Und wie vorher schon gesagt wurde, wir mussten bei unseren Bündnissen auch immer Prioritäten setzen. Aus persönlichen und zeitlichen Kapazitäten, aber auch weil wir den Anspruch hatten und nicht bis zur Unkenntlichkeit zu verbiegen- Und manchmal passt man dann eben nicht mit allen Gruppen zusammen.

Frage: *Was bedeutet der Verlust des Hauses für die feministische Perspektive in dieser Stadt?*

A.: Auf jeden Fall ist es ein großer Verlust in der feministischen Praxis. Ein Ort, an dem Veranstaltungen stattgefunden haben, an dem Feminist*innen gewohnt haben, an dem international Feminismen diskutiert werden konnten. Ganz praktisch ist da jetzt einfach ein Loch. Außerdem haben wir als L34 ein eindeutiges Profil gezeigt, das nicht so häufig eine breite Plattform bekommen hat. Wir führten einen antipatriachalen Kampf, der sich nicht dem Kapitalismus oder dem Staat angebiedert hat. Häufiger konnten wir die entgegengesetzte Entwicklung bei feministischen Kämpfen erkennen. Als Anarchist*innen und Feminist*innen haben wir Anarchafeminismus wiederbelebt, der immer öfter in Vergessenheit geriet.

L.: Ich denke, dass es auf jeden Fall möglich ist, die Ideen weiterzuleben, die in und mit der Liebig34 entwickelt wurden. Allerdings braucht es dafür Räume. Und leider wächst für jeden Raum der genommen wurde nicht einfach so ein neuer nach. Deswegen ist alleine auf der Ebene des faktischen Ortes eine Lücke entstanden. Gleichzeitig empfinde ich die Räumung an sich, die Art wie sie vollzogen wurde und die vielen diffamierenden Berichterstattungen danach ziemlich gewaltvoll. Und diese Gewalterfahrung hat auf jeden Fall Auswirkungen auf die feministische Perspektive. Es schafft zwar eine Wut, die auch Kräfte frei setzen kann. Aber es hat auch Hoffnung genommen und Wunden hinterlassen. Ich denke, wenn es keine Räumung gegeben hätte, hätte es positivistischeren Ausblick auf das feministische Wirken in dieser Stadt gegeben. Die Räumung und der Umgang der Medien und der Stadt damit hat das Selbstbild vieler Feminist*innen verändert und

deutlich gemacht, das feministische und queere Räume trotz dem bunten Berliner Image immer noch sehr vulnerabel sind.

Frage: *Jetzt ist es ja in Berlin nicht so einfach neue Orte zu besetzen. Andererseits, wenn es einen Bedarf für eure Praxis gibt, lassen sich Orte auch anders aneignen. Viele Hausprojekte dümpeln nur als Wohnnischen vor sich hin, andere warten vielleicht neuen Input. Könnte das eine Forderung an die existierenden Strukturen in der Stadt werden, gemeinsam einen Weg zu finden, der eurem Ansatz einen neuen Ort gibt?*

A.: Wir müssen erstmal evaluieren, was unser Ansatz überhaupt ist. FLINTA-Organisierung reicht ja nicht aus um einen Kampf zu definieren. Wir haben im Laufe des Kampfes ja Standpunkte gebracht. Aber wir müssen auch ehrlich sein, dass dies unter der Prämisse der bevorstehenden Räumung geschah und das sich auch einfach darauf ausgerichtet hat diese Räumung zu verhindern und dabei klar konfrontativ mit Staat und Patriarchat zu sein und eben so eine Art von Häuserkampf zu führen. Jetzt ist das Haus weg. Das heißt der Häuserkampf ist rein objektiv auch beendet – außer wir definieren diesen neu. Wir müssen gemeinsam analysieren, was wir uns von der Zukunft wünschen und wo wir unseren gemeinsamen Kampf in Zukunft sehen. Brauchen wir einen Raum oder können wir auch eine Gefahr für den Staat bilden, wenn wir zerstreut sind? Es sind Fragen, die sich eigentlich schon in der Vergangenheit gestellt haben, aber die Zeit hatte gefehlt inne zu halten und zu überlegen.

L.: Ich weiss auch nicht ob die Stadt die Bereitschaft hätte, einfach eine neue Liebig34 entstehen zu lassen. In der Regel wollen sich auf dem Gebiet wenige die Finger schmutzig machen.

Und so sehr ich mir wünschen würde diese gelebte Utopie der Liebig34 wieder an einem anderen weiter existieren zu wissen, damit mehr Menschen die Chance haben, diese Erfahrung zu machen. Ich würde mir auch wünschen, das wir es schaffen, die Idee der Liebig34 weiter zu denken, über die Wände dieses geräumten Hauses hinaus. Aber das ist ein Prozess, der Zeit, Raum und Heilung braucht.

Frage: *Eine Gefahr für den Staat bilden – das wird vermutlich auch einen quantitativen Sprung benötigen. Leider ist ja im Frühjahr der Kongress Militanter Feminismus wegen Corona abgesagt worden. Glaubt ihr das da nochmal was kommen wird in die Richtung? In diesem Jahr 2020 sind so viele Sachen passiert, die einer Auswertung bedürfen und die auch Ansatzpunkte für uns hier liefern könnten. Seht ihr das auch so, dass zum Beispiel die feministische Organisierung und Mobilisierung, wie sie aktuell in Mexiko oder Polen passiert, etwas für die Szene in Berlin bedeuten kann? Oder ist in Deutschland die Gewalt des sozialen Friedens schon so perfektioniert, dass sich solche Formen der Selbstverteidigung nicht etablieren können?*

A.: Ich habe gehört, dass es auf jeden Fall Bestrebungen gibt den Kongress 2021 stattfinden zu lassen Der wird nach den letzte Entwicklungen wegen der Pandemie nicht so stattfinden kann wie geplant. Aber es werden neue Wege gefunden werden. Vielleicht ein größeres Event im Sommer und draußen oder eben Hygienekonzepte. Wir werden sehen.

International können wir viel lernen von feministischen Kämpfen. Momentan sind wir allerdings wegen der Pandemie in einer besonderen Situation, die auch eine Chance bilden kann. Gerade feministische Inhalte sind da massentauglicher geworden und immer mehr Menschen machen diese Umstände wütend, die Frage nach Verteilung von Reproduktionsarbeit, das Thema häusliche Gewalt und die ansteigenden Zahlen, das Thema Carearbeit, die nun plötzlich beklatscht werden, aber unter unterdrückenden Umständen arbeiten müssen. Das alles kann und muss eine breitere Masse mobilisieren. Inmitten all dessen ist ja auch unser Haus geräumt werden, das diesen Entwicklungen etwas entgegengesetzt hätte.

Frage: *Werdet ihr als Kollektiv in irgendeiner Form weiter bestehen?*

A.: Das Liebig34-Kollektiv besteht noch und ist weiterhin aktiv. Wir stehen in Diskussionen, wie es ohne Raum weitergehen kann und welche Form und Struktur unser Plenum haben kann.

L.: Nach der Räumung fühlt sich manchmal an wie vor der Räumung. Es gibt immer noch so viel zu tun und zu besprechen… Liebig lebt ist nicht einfach nur ein Phrase. Es steht immer noch viel dahinter.

Gegen diese patriarchalen Zustände!

Auto der polnischen Botschaft angezündet

Dokumentation:

„Als, am 22. Oktober 2020, das polnische Verfassungsgericht (mehrheitlich von cis-Männern besetzt) sich mit 13 zu 2 Stimmen dafür entschied, das ohnehin schon restriktive Abtreibungsgesetz noch weiter zu verschärfen, kam es zu einer Protestwelle im Land, die wohl auch die konservativsten Prognosen übertroffen haben dürften. Hunderttausende Menschen, vorrangig junge Frauen*, gingen in verschiedensten Städten auf die Straße und ließen ihrer Wut freien Lauf.

Das polnische Abtreibungsgesetz führt seit dem Jahr 1993 drei Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch an:

– bei einer Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung oder Inzest
– bei akuter Gefahr für das Leben der schwangeren Person
– bei einer „dauerhaften und schweren Behinderung“ bzw. einer „lebensbedrohlichen Krankheit“ des Fötus

Punkt eins existiert dabei faktisch nur auf dem Papier, denn in den meisten Fällen entscheidet die Staatsanwaltschaft, die jedoch erfahrungsgemäß die zeitlichen Fristen für legale Abbrüche so oft überschreitet, dass Betroffene sich lieber direkt ins Ausland für einen Schwangerschaftsabbruch begeben. Mit der aktuellen Verschärfung entfällt nun auch Punkt 3, der im Jahr 2019 rechtliche Grundlage für 98% aller Schwangerschaftsabbrüche war.

Das macht aus der Verschärfung des Gesetzes ein faktisches Verbot für Schwangerschaftsabbrüche!

Der Zeitpunkt für die Gesetzesverschärfung schien denkbar günstig gewählt. Durch die staatlichen Corona-Maßnahmen sollten Proteste weitgehend illegalisiert und dadurch unterbunden werden. Die allgemeine Kritik der polnischen Bevölkerung an der Corona-Politik der Regierungspartei PiS wurde jedoch immer lauter. Die täglich wachsenden Infektionszahlen zeugten von der Hilf- und Wirkungslosigkeit der Maßnahmen und die Tatsache, dass die PiS den Sommer über lieber zum „Sturm auf die LGBTQ-Community" bließ sorgte für Unmut gerade bei der jüngeren polnischen Bevölkerung.

Die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes war dabei früher schon einmal Anstoß zu Protesten.

So gab es im Jahr 2016 bereits Bestrebungen der polnischen Regierung. Diese scheiterten allerdings damals am breiten gesellschaftlichen Widerstand. Die sich zu jener Zeit gebildeten Strukturen, sind auch in den aktuellen Protesten hilfreich und beschleunigten den raschen Zuwachs. Weiterhin wurde, ähnlich wie in Deutschland, das polnische Gesundheitssystem in den letzten Jahrzehnten durch den neoliberalen Kurs kaputt gespart. Die Folgen dieser Politik tragen, wie überall, mehrheitlich Frauen*. Verschärft wird dies noch durch Schul- und Kita-Schließungen während der aktuellen Pandemie. Diese Punkte sehen wir unter anderem als Gründe für die große Wut und die Verzweiflung in den aktuellen Protesten.

Die Regierung entschied sich (vielleicht auch deswegen), dass Parlament zu umgehen und sich direkt an das Verfassungsgericht zu wenden, um die Verschärfung des Gesetzes ohne viel Widerstand durchzuprügeln. Das war auch möglich, weil die Präsidentin des Verfassungsgerichts, Julia Przyłębska, im Jahr 2015 von einer PiS Mehrheit zur Verfassungsrichterin gewählt wurde und als eine Schlüsselfigur für die „Übernahme" des Verfassungsgerichts durch die Regierungspartei gilt. Sie ist außerdem mit dem polnischen Botschafter in Berlin, Andrzej Przyłębski, verheiratet und war selbst eine Weile im diplomatischen Dienst in Köln und Berlin tätig und residiert in Berlin.

Sie ist daher eine wichtige Persönlichkeit die Mitverantwortung für eine Politik trägt, die insbesondere das Leben aller Personen bedroht, die nicht in ihr konservatives Familien-, Geschlechter- und Politikverständnis passen. Dieses Weltbild ist wiederum auch das Fundament der regierenden PiS Partei. Auch deshalb geht es einem Teil der Protestierenden vor allem um eine radikale Kritik an jeder Regierung und jeder Politik, die über den Körper von FLINTA*, Schwulen und von be_hinderten Menschen entscheidet. Darüber hinaus wird auch Kritik an einer nationalistischen und rassistischen Politik, die ganz reale und lebensbedrohliche Konsequenzen hat und an einer Politik, die immer mehr Armut schafft, formuliert.

Wir finden es wichtig diese Kritik gerade jetzt sichtbar und hörbar zu machen. Der realpolitische Spielraum ist durch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und die Besetzung des obersten Gerichts klein geworden. Es wird schwierig gegen diese Gesetzesverschärfung rechtlich oder parlamentarisch vorzugehen. So stark der Protest auf der Straße in den ersten Monaten auch gewesen sein mag, konnte er die Verschärfung nicht verhindern. Dies und der Fakt, dass die nächsten Wahlen in Polen erst im Jahr 2023 anstehen, machen es schwieriger die Intensität des Widerstands aufrechtzuerhalten.

Es werden also vor allem die selbstorganisierten und außerparlamentarischen Strukturen sein, die diesen Kampf weiter führen. Doch nicht nur in Polen. Denn auch in Deutschland und Berlin, sehen wir einen antifeministischen Backlash auf allen Ebenen. Alleine 2019 wurden in Deutschland 117 Frauen* von ihren (Ex-)Partnern umgebracht. 119 Frauen* entkamen dem Versuch. Das bedeutet, dass alle 28 Stunden ein Mann versucht hat „seine" (Ex-)Partnerin zu töten.

Auch von staatlicher Seite wird mit aller Härte gegen jeden Versuch feministischer Selbstorganisierung vorgegangen. Die Räumung der Liebig 34 und der damit verbundenen widerwärtigen und misogynen Berichterstattung sind da nur ein Beispiel.

Für uns ist es deshalb sinnvoll, mit vielfältigen Aktionsformen unterschiedliche Akteure neoliberaler und konservativer Politik zu benennen und die vielen selbstorganisierten Gruppen und Proteste in ihren Kämpfen solidarisch zu unterstützen.

Diesen Kampf werden wir selber führen müssen, dies wird uns weder eine Regierung noch andere staatliche Instanzen abnehmen. Um aufzuzeigen, dass es auch immer Möglichkeiten jenseits eben jener Rechtsstaatlichkeit gibt, die Ungleichheit, Diskriminierung und Unterdrückung produziert, haben wir in der Nacht vom 22.02 zum 23.02. ein Auto der polnischen Botschaft angezündet.

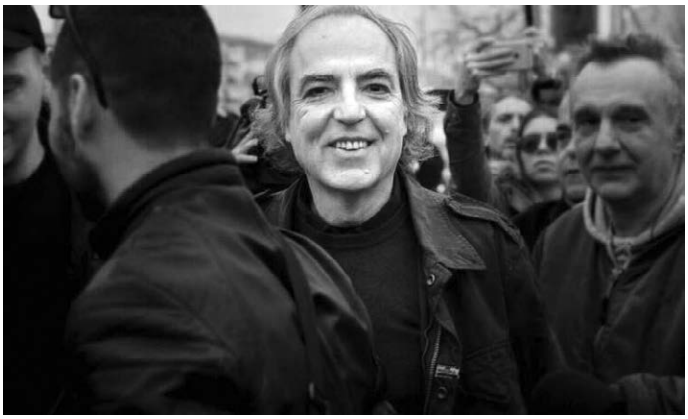
Wir haben uns für dieses Ziel entschieden, weil wir darauf aufmerksam machen wollen, dass Julia Przyłębska, als maßgebliche Mitverantwortliche für die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes, eine direkte Verbindung zur polnischen Botschaft in Berlin hat. Wir hoffen, dass Sie dieses Signal erreicht und ihr klar wird, dass ihre Politik auch reale Konsequenzen für sie und für jede Person und Institution, die sich an dem Angriff auf selbstverwaltete, feministische, linksradikale Strukturen beteiligt, hat.

Gegen diese patriarchalen Zustände!
Militanter Feminismus bleibt notwendig!"

anonym

Kronstadt Kongress 2021

Anarchistische Bewegungen und Perspektiven heute



Wir haben Sehnsucht nach einem herrschaftsfreiem Leben, nach Möglichkeiten uns frei zu entfalten, gemeinsam füreinander Verantwortung zu übernehmen. Jedoch stehen wir vielfältigen Gesichtern direkter und indirekter Repression gegenüber. Lohnsklaverei, Knäste, Residenzpflicht, Geschlechterrollen oder der Zwang zur kapitalistischen Selbstoptimierung, der unmerklich zur Erschöpfung führt, dienen lediglich dazu, machtpolitische Positionen zu erhalten. Ökologische Folgen dieser Systemlogik, die Profite an erste Stelle setzt, sind abgebaggerte Dörfer, nitratverseuchte Böden, verschmutztes Wasser und ein kollabierendes Klima, um nur wenige zu benennen.

Wenn wir den Zustand der Welt heute betrachten, mit ihren sozialen Verwahrlosungen, ökologischen und ökonomischen Problemen sind revolutionäre Perspektiven zwingender denn je. Doch bestehende Theorien und Praxen entbehren häufig anti-kolonialer und queer-feministischer Blickwinkel und schließen auch mit vielen weiteren blinden Flecken Lebewesen und Perspektiven aus.

Genau wie die Kronstädter Arbeiter*innen und Soldat*innen, die vor 100 Jahren mit ihrem Slogan "Alle Macht den Räten, keine Macht der Partei" für selbstverwaltete Strukturen und eine gesellschaftliche Organisation jenseits des Staates kämpften, treten wir in ihrer Tradition für einen Aufbau der Gesellschaft von unten ein.

Um unterschiedliche anti-autoritäre Bewegungen und Strömungen zusammen zu bringen, bieten wir im Juni 2021 mit einem anarchistischen Kongress in Berlin eine Plattform. Wir wollen die Auseinandersetzung mit all jenen, die die herkömmlichen autoritären Antworten auf die Krisen nicht mehr hören können. Die Befreiung von jeglicher Herrschaft wird niemals von der Sozialdemokratie, dem Parlamentarismus oder gar von postleninistischen Sekten ausgehen! Anstatt dessen möchten wir verschiedene Perspektiven der Selbstverwaltung, Konzepte der gegenseitigen Hilfe und Kooperation und widerständige Formen herrschaftsfreier Kämpfe diskutieren und Neues entstehen lassen. Wir möchten keine fertigen Antworten liefern, sondern wollen sie gemeinsam mit allen Neugierigen finden.

Dabei werden wir von dem Mut geleitet, sehen zu wollen, wo wir in unserer Unterschiedlichkeit stehen, und viel mehr noch, wohin wir von da aus gehen möchten.

Es geht um unsere Zukunft! Wir brauchen euch, eure Beteiligung und eure Kritik, euren Mut und eure Sehnsucht!

Die Tradition vergangener Kronstadtkongresse in Berlin aufgreifend - diese fanden 1971 und 1981 statt- planen wir vom 3. bis 6. Juni 2021 ein überregionales Treffen von Gruppen und Einzelpersonen, die sich libertärem Gedankengut verpflichtet fühlen. Das Programm legt derzeit seine Schwerpunkte auf Ökologie, Wohnen und Arbeiten, wobei wir gleichzeitig für aktuelle Entwicklungen und andere Themenfelder offen sind. Allen Beiträgen gemein ist eine antikapitalistische und anti-autoritäre Perspektive sowie das Ziel eine queer-feministische und anti-koloniale Praxis zu etablieren.

Wir planen ein vielseitiges Programm aus theoretischen, praktischen und gestalterischen Veranstaltungen, die der Information, Vernetzung und Diskussion dienen. Aber auch für ein buntes Kultur- und Familienprogramm mit Musik, Performances und künstlerischen Workshops, sowie Distris/Bücherständen, Küfa und Cafébetrieb ist gesorgt.

Wir freuen uns über eure Beiträge für den Kongress und suchen Gruppen und Menschen, die sich bei der allgemeinen Organisation und Durchführung des Kongresses beteiligen wollen. Gerne könnt ihr uns einen inhaltlichen Beitrag vorschlagen oder Aufgaben wie die Koordination des Cafés, eine vegane Küche-für-Alle-Einheit oder einen Stand etc. übernehmen. Eine Bettenbörse wird organisiert.

Uns ist es wichtig eine tiefgreifende Diskussion zu ermöglichen, wir wollen den Kongress aber auch für verschiedenste Bedürfnisse offen halten. Deshalb sollen die Beiträge so gestaltet sein, dass Partizipation, Zugänglichkeit und Inklusivität mitgedacht werden. Dazu ist es uns wichtig, dass wir Ergebnisse, Diskussionen, Beiträge, Fragen und Antworten auf dem Kongress dokumentieren und festhalten, damit nicht alles zweimal gesagt werden muss und der Kongress seine nachhaltige Wirkung entfalten kann.

Wir freuen uns auf Eure Beteiligung! Bitte sendet Rückmeldungen an: **kontakt@kronstadtkongress.de**

Die Vorbereitungsgruppe

„Tot sind wir erst wenn man uns vergisst“

erinnern
heißt
kämpfen

www.19feb-hanau.org